PLUTUS

Kritische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man bezieht vom Buchhandel, von der Post und direkt vom Verlage

Berlin, den 23. Juni 1920.

In Groß-Deutschland: für 16.— M. vierteljährlich, M. 60.— für das Jahr. Ins Ausland: für 60.— u. 200.— M.

Der finanzielle Völkerbund.

Für alle, die der Völkerbundidee Bedeutung beimessen, liegt es nahe, diesem Bunde über das Pazifistisch-philosophische und über das rein Politische hinaus Bedeutung zu verleihen. Von den Versuchen, die in dieser Richtung unternommen sind, stammt wohl der interessanteste vom Grafen Harry Keßler. Er will die Gemeinsamkeiten der Völker wirtschaftlich und sozial fundieren, weil er mit Recht des Glaubens ist, man dürfe die wirtschaftlichen und finanziellen Realitäten nicht außer Betracht lassen, wenn man Wirkungen und Nebenwirkungen eines Völkerbundes richtig erkennen will. Entweder werden diese Realitäten überhaupt geleugnet, dann ist der Völkerbund ein Hirngespinst, etwas, das nicht höher zu bewerten ist, als die in früheren Jahrhunderten schon erdachten Phantasien vom ewigen Frieden. Oder der Völkerbund ist lebensfähig, dann wird durch die Wirkung der wirtschaftlichen und finanziellen Realitäten unter Umständen entgegen der Idee eines Schutzbundes für alle, insbesondere für die schwachen Völker, aus dem Völkerbund ein Mittel der wirtschaftlichen und damit auch politischen Verknechtung.

Die Gefahr einer solchen Entwicklung liegt in der formaldemokratischen Verfassung, die dem Völkerbund gegeben ist. Es ist die gleiche Gefahr, die für die innere Entwicklung der einzelnen Völker durch die formaldemokratischen Verfassungsgrundsätze gegeben ist. Die Demokratie verlangt, daß alle Glieder des Volkes gleiche Rechte haben. Aber diese Rechtsgleichheit erstreckt sich lediglich auf die Mitgestaltung bei der Form der Obrigkeit und bei der Bestallung der Obrigkeitsfunktionäre. Also auf die rein politischen Lebensbedingungen. Der Mensch lebt aber nicht von der Politik allein, vielmehr von ihr am allerletzten. Für sein Glück und seine Lebenskraft sind die materiellen Bedingungen des Einzellebens viel wichtiger, und diese materiell-ökonomischen Bedingungen der einzelnen Lebensexistenzen werden durch die Regierungsformen nur wenig beeinflußt.

Umgekehrt aber wirken die Verschiedenheiten der materiellen Lebensbedingungen der Staatsbürger auf deren politische Betätigung zurück. Die formale Gleichheit wird faktisch zur Ungleichheit durch den Unterschied zwischen arm und reich. Dieser Unterschied schafft Abhängigkeiten und Verschiedenheiten, die aus dem formellen gleichen Wahlrecht ein moralisches Pluralwahlrecht der ökonomisch Mächtigen macht. Die Demokratie wird ganz automatisch überall da, wo man sich mit der formellen Stimmzettelgleichheit begnügt, zur Plutokratie, wie in Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika oder in den südamerikanischen Republiken. Die Folgen der Abhängigkeit sind dadurch noch verschärft, daß die Demokratie nicht nur ein politisches System von Rechten, sondern auch von Pflichten der Staatsbürger ist. Diese Pflichten aber belasten den Bürger eines demokratischen Staates besonders stark, weil in ihm der Form nach, die Gemeinschaft allen Bürgern, zu gleichen Teilen und mit gleichen Rechten die Verpflichtungen selbst auferlegt, und daher jede Pflichtverletzung als besonders schwer zu ahndender Disziplinbruch ausgegeben werden kann.

Man übertrage einmal diese Gedanken der allgemeinen Staatspolitik und des allgemeinen inneren Staatsrechts auf das Völker-

recht und auf den Spezialfall des Völkerbundes. Der Völkerbund, der durch den Frieden von Versailles festgelegt ist, hat eine Reihe von Schönheitsfehlern, durch die schon rein formell der wirklich demokratische Charakter der Völkerrechtsverfassung in Frage gestellt ist. Aber nehmen wir einmal an, seine äußere Verfassung wäre vollkommen einwandfrei, liegt nicht aber in der internationalen Demokratie der Völker dieselbe Gefahr der Wandlung von Gleichheit in Ungleichheit, von Freiheit in Abhängigkeit, wie innerhalb einer nationalen Demokratie? Gewiß, und zwar aus den gleichen Gründen. Das kapitalistische Moment der Verungleichung in der nationalen Demokratie ist die Herrschaft einzelner über die Produktionsmittel. Will man zu einer wirklichen Demokratie innerhalb eines Volkes kommen, so muß man eine Organisation einer Arbeitsdemokratie schaffen, d. h. die unbedingte Beherrschung der Produktionsmittel durch einzelne einschränken. Das große Produktionsmittel der wirtschaftlichen Internationale ist nun der Rohstoff, ohne den die Völker nicht produzieren können.

Wie die Menschen innerhalb eines Volkes sich in Kapitalisten, die die Produktionsmittel besitzen, und in Arbeiter scheiden, die, weil sie kein Kapital besitzen, am fremden Produktionsinstrument arbeiten müssen, so scheiden sich die Völker in diejenigen, die die Herrschaft über die Rohstoffe ausüben, und in die Rohstoffbezieher, die von den Rohstoffbesitzern abhängig sind. Die formaldemokratische Gleichheit jeder Völkerbundverfassung muß mithin faktisch zu der Ungleichheit führen, eine Herrschaft der Rohstoffstaaten zu etablieren. Für den europäischen Kontinent würde das bei der augenblicklichen Lage der Verhältnisse die vollkommene Abhängigkeit seiner sämtlichen Völker von England bedeuten. Der einzige organische Ausweg wäre, die Trennung des Völkerbundes nach kontinentalen Kurien, indem nämlich zunächst die Kontinente sich zusammenschließen, die (wie das ja auch, Rußland eingerechnet, bei Europa der Fall wäre) alle in sich geschlossene und selbstgenügsame Wirtschaftsgebilde darbieten. Wenn dann solche kontinentalen Gruppen im Völkerbund sich gegenübertreten, so ist die formelle Gleichheit in der Tat gewährleistet, weil jede einzelne Kurie auch die nötige ökonomische Unabhängigkeit besitzt, um ihre Stimme, von Zwang und Nebeninteressen frei, abzugeben.

Freilich hat das zur Voraussetzung, soweit es Europa betrifft, ein aufgebautes und neu organisiertes Rußland. Das ist im Augenblick nicht vorhanden, und so schnell auch nicht wiederherzustellen, wie der Völkerbund zusammentreten und wirksam werden soll. Bis Rußland als Rohstoffquelle und als Vermittlungsgebiet für die asiatischen Rohstoffe in Aktion treten kann, bleibt also Europa in einem Völkerbund, wie er bisher gedacht ist, der arme Rohstoffbezieher, der vom rohstoffbeherrschenden England abhängig bleibt. Und gerade unter diesen Umständen sind die Ideen zur Umgestaltung der Völkerbundverfassung, die Graf Harry Keßler neuerdings mit besonders propagandistischer Kraft in den verschiedenen Teilen Deutschlands rednerisch vertreten hat, von besonderer Bedeutung. Keßler überträgt die Grundsätze der Ergänzung der formalen Demokratie durch eine Arbeitsdemokratie von der nationalen Politik auf die internationale. Er will eine Art von Mitbestimmungsrecht der Völker an den Rohstoffen konstituieren und die nationale Planwirtschaft zu einer internationalen erweitern. Man hat nicht mit Unrecht behauptet, die Keßlersche Idee stelle eine internationale Verallgemeinerung des Rätesystems dar. Das ist dann richtig, wenn man darunter das Rätesystem in jener veredelten Form begreift, in der es auf dem zweiten Rätekongreß durch den Antrag Cohen-Kaliski-Büchel zur Grundlage des deutschen Wiederaufbaues gemacht ist. Wie lebenskräftig die insbesondere von Cohen und Kaliski vertretene Idee der Zusammenfassung der einzelnen Gewerbezweige unter Mitverwaltung der Arbeiterschaft und mit der Spitze einer Kammer der Arbeit ist, kann man am besten daraus erkennen, daß während des Krieges in England, unabhängig von dieser deutschen Ideenprägung, eine starke gildensozialistische Bewegung entstanden ist, die im Grunde genommen genau dasselbe will, und auch bereits sehr starke Ausläufer nach Frankreich hinüber besitzt. Da in Deutschland eine Idee nur dann für voll genommen wird, wenn sie nachweisen kann, daß sie im Ausland ebenfalls erdacht worden ist, vor allem aber dort gebilligt wird, so darf man wohl mit einer ernsten Bewertung der Ideen von Kaliski und Cohen für die Praxis des deutschen Wiederaufbaues rechnen.

Da die Keßlersche Idee den gleichen Aufbau auf den Völkerbund übertragen will, wie er ja auch im Plutus immer wieder für den kontinentalen Wiederaufbau vertreten worden ist, so halten wir die Keßlerschen Pläne für die einzigen, die wirklich den Erfolg versprechen,

aus dem Völkerbund etwas wirklich Brauchbares zu machen. Dagegen scheint es uns unmöglich, ohne solche Umformung den Völkerbund mit wirtschaftlichen Aufgaben zu betrauen, weil das ja letzten Endes gar nichts anderes ergeben könnte, als die freiwillige Sanktionierung der wirtschaftlichen Beherrschung des Bundes durch England. Dieses Bedenken haben wir besonders gegen einen Plan, dessen Urheber Professor Dr. Johann Friedrich Schär ist, der im letzten Heft des Plutus bereits erwähnte Senior der deutschen Handelswissenschaftler und frühere Rektor der Handelshochschule. Schär erkennt vollkommen klar die verwüstende Folge des europäischen Valutaelends. Er schlägt vor, unter der Aegide und Kontrolle des Völkerbundes ein Zentralbankinstitut mit Filialen in jedem Staate zu gründen, das von Privaten aus Europa und Amerika große Anleihen an sich ziehen, und das so erlangte Kapital den notleidenden Staaten zur Verfügung stellen soll. Dieses Institut soll u. a. ein neues Rechnungsgeld auf Goldbasis schaffen, alle Staaten sollen ihre Firmen verpflichten, ihre Exporte und Importe unter Kontrolle dieser Zentralbank zu stellen, und endlich soll diese Hauptbank ein internationales Clearing errichten.

Das internationale Clearing wird ja selbstverständlich so wie so kommen müssen, denn bei der augenblicklichen Lage können sich die Völker das planlose Hin- und Herschieben von Valuten nicht mehr leisten, und außerdem müssen die Valutenschwankungen dadurch eingeengt werden, daß eben nur noch die Spitzen des Angebots und der Nachfrage in Devisen zum Ausgleich kommen. Aber dadurch werden diese Schwankungen, damit die Devisendifferenzen, und damit das europäische Valutaelend doch nicht aus der Welt geschafft, und der große Irrtum, den Schär begeht, und den er mit Julius Wolf teilt, der früher schon einmal die Schaffung einer internationalen Goldnote vorgeschlagen hat, ist der, daß eine internationale Rechnungsmünze die nationalen Valutaverschiedenheiten aufhebt. Diese Valutenverschiedenheit würde in dem Verhältnisse der einzelnen Staaten zur Zentralbank, und damit im Wertverhältnis des nationalen Geldes zur internationalen Rechnungsmünze doch immer wieder hervortreten. Dabei soll gar nicht verkannt werden, daß die von der Zentralbank gegebenen Goldersatzanleihen vorübergehend eine gewisse Wirkung auf die einzelnen Länder ausüben können. Jedoch wäre diese Wirkung gar keine andere als die Wirkung von Anleihen, wie sie von Amerika oder Holland z. B. Deutschland gegeben werden. Ob solche Anleihen aber dauernd von günstiger Wirkung sind, das hängt genau wie bei den holländisch-amerikanischen Darlehen, auch bei denen der Zentralbank davon ab, ob die einzelnen unterstützten Staaten ihre Zahlungsbilanz durch diese finanzielle Unterstützung aktiv gestalten können. Denn die Frage der Devisenkurse ist, wenn auch nicht ausschließlich, so doch in der Hauptsache eine Frage der aktiven oder passiven Zahlungsbilanz. Zu ihrer Wiederherstellung sollen gewiß nicht alle internationalen Maßnahmen ausgeschaltet werden. Aber andererseits muß Europa verpflichtet werden, zunächst sich selbst zu helfen und diese Eigenhilfe ergibt sich gleichsam von selbst, wenn man den vorhin geäußerten Gedanken des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Staaten des europäischen Kontinents bis zur Erzielung eines selbstgenügenden Wirtschaftsgebietes auch auf das finanzielle Gebiet anwendet. Die Valutendifferenzen zwischen den europäischen Staaten sind aus der Verschiedenartigkeit der Wirtschaftsnatur ihrer engen Grenzgebiete zu erklären, die bei dem einen eine aktive, bei dem anderen eine passive Zahlungsbilanz zur Folge haben. Durch die Aufhebung der engen Grenzen und ihre Erweiterung durch Zusammenlegung der Wirtschaftsgebiete ergibt sich an Stelle vieler Zahlungsbilanzen eine einzige, die die früheren in sich aufsaugt und einbegreift. Hier würde schon ein gewisser Wandel durch die Einrichtung eines nationaleuropäischen Clearing geschaffen werden. Aber man soll doch ruhig den Mut haben und diesen Gedanken bis zur äußersten Konsequenz durchdenken und realisieren. Man schaffe durch Abstempelung der jetzt vorhandenen Währung für die Staaten mit den zusammengelegten Zahlungsbilanzen eine einzige kontinentale Währung. Man lasse den Ausgleich zwischen den einzelnen europäischen Völkern, soweit er überhaupt noch vorgenommen werden muß, als einen Akt interner Verrechnung vor sich gehen. Das Ideal dieser kontinentalen europäischen Münzunion wäre schließlich, daß ganz Europa, mit Einschluß von Rußland, nur noch eine Währung und nur noch eine kontinental-europäische Zahlungsbilanz hat. Das muß meines Erachtens die finanzielle Vorbereitung für den Eintritt Europas in den Völkerbund sein. Denn damit erst wird dann wirkliche Gleichheit an Stelle einer formalen Gleichheit geschaffen, die in Wirklichkeit nur den gesetzlichen Vorwand für die dauernde Knechtung Europas abgeben würde.

Die Papierwirtschaft.

Von Dr. Franz Ullstein-Berlin.

Es zeigt sich im Papierfach wie auf vielen anderen Gebieten, daß es nicht leicht ist, die überraschend fest verankerten Kriegsgesellschaften zu beseitigen. Die Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe hat bereits seit einiger Zeit den „Krieg“ aus ihrer Firma löschen lassen und, ohne sich sonstwie umgestellt zu haben, wünscht sie nun als harmloser Selbstverwaltungskörper zu gelten, eine Art „Mimikry“, ein rein äußerlicher Versuch der Anpassung an die heute nicht mehr ganz verpönte Planwirtschaft.

Der grundlegende Fehler der alten Kriegsgesellschaften war und ist es noch heute, daß man den Rohstoff- und Warenmangel durch eine „gerechte“ Verteilung des Vorhandenen zu heben sucht, indem man die Verbraucher kontingentiert, anstatt alles an die Hebung der Produktion zu setzen und diese so wirtschaftlich wie nur irgend möglich zu gestalten.

Nach diesem falschen Rezept hat nun sowohl die Tagespresse wie der Buch- und Zeitschriftenverlag seine Nöte schon seit mehr als vier Jahren behandeln lassen. Die Mehrheit will sich auch jetzt noch nicht eingestehen, daß es Kurpfuscherei war, die Papierversorgung lediglich als Verteilungsproblem zu behandeln. Die Kontingentierung wird fortgesetzt, obwohl die Marktlage sich vollkommen verändert hat. Auch an dem Einheitspreis für Zeitungsdruckpapier wird festgehalten, obwohl diese Einheitlichkeit, mangels ausreichender wirtschaftlicher Durchdenkung des Problems, immer verderblicher für die Tagespresse geworden ist. Schon im Frieden, als der Papierpreis sich noch um 20 Pf. herum für das Kilo bewegte, gingen die Produktionskosten der in einem Syndikat vereinigten Druckpapierfabriken um etwa 1 Pf. auseinander. Heute, nachdem nun aber der Einheitspreis für das Druckpapier allmählich auf das 20fache hinaufgeschraubt werden mußte, dürfte die Unterschiedlichkeit der Produktionskosten einer Zeitung auch auf das 20fache gestiegen sein, das heißt, das Zeitungsdruckpapier kostet durchweg über 4 ℳ das Kilo, obwohl manche Fabriken schon bei einem Verkaufspreis von 3 ℳ Ueberschuß haben werden. Trotzdem wird von Reichs wegen durch das Wirtschaftsministerium immer von neuem ein einheitlicher Druckpapierpreis festgesetzt, und zwar nach sorgfältigster Prüfung der von dem Druckpapiersyndikat und dem Verband ringfreier Fabriken vorgelegten Kalkulationen. Wie es aber möglich ist, diese Kalkulationen anzuerkennen, die nicht etwa von jeder Fabrik einzeln vorgelegt werden, sondern gemeinsam, also mit den Durchschnittspreisen, dürfte selbst manchem der Eingeweihten ein Rätsel bleiben. Ob eine Fabrik für einige Wochen oder für einige Monate Vorrat an Holzschliff oder Zellstoff hat, ob diese oder jene besser mit Filzen und Sieben versorgt ist, wer größere Reparaturkosten hat, wer die besseren Reserven aus früheren Jahren, wer viel, wer wenig abgeschrieben hat, wer an Stelle der teuren Kohle immer mit Wasserkraft arbeiten kann, wer öfter wegen Kohlenmangels stilliegen muß — alles das sind unterschiedliche Fragen, die durch die einheitliche Kalkulation unmöglich unterdrückt werden können. Die Fragen stellen, heißt aber zu der Forderung gelangen: Ein Einheitspreis für Druckpapier führt zur schlimmsten Ausbeutung der Verlegerschaft, wenn nicht die Erzeuger gezwungen werden, unter sich eine Art Ausgleichskasse zu schaffen, aus der die wirtschaftlicher arbeitenden Fabriken die unwirtschaftlicheren unterstützen oder wenn man nicht in wirklicher Planwirtschaft die Fabriken zu einem Selbstverwaltungskörper zusammenschließt und von diesem beschließen läßt, welche Fabriken in der Zeit des Kohlenmangels stillgelegt und welche dafür ununterbrochen und daher mit größerer Rentabilität weiterzuarbeiten haben. Es dürfte kaum einem Zweifel unterliegen, daß dann der Papierpreis niedriger gehalten und trotzdem vielleicht noch die stillgelegten Betriebe entschädigt werden können. Die planlose Wirtschaft aber mit dem an sich gerechtfertigten Einheitspreise führt lediglich dazu, daß dieser Einheitspreis sich im wesentlichen nach den Gestehungskosten der am unwirtschaftlichsten arbeitenden Fabrik richtet, und aber andere Fabriken über das erforderliche Maß hinaus, zum Teil sogar märchenhafte Gewinne erzielen. Der indiskrete Kurszettel, die Dividendenerklärungen, die Kapitalverwässerungen lassen erkennen, daß zahlreiche Papierfabriken in der größten Verlegenheit sind, wie sie ihre Gewinne verdecken.

Aber es wäre falsch, die Schuld an diesen ungesunden Verhältnissen lediglich auf die Fabrikanten zu schieben. Die Mehrheit der Verlegerschaft, die Wirtschaftsstelle, das Reichswirtschaftsministerium, sie alle haben mindestens die gleiche Verantwortung, denn sie haben jahrelang, trotz vereinzeltem Widerspruch, hartnäckig an dem falschen System festgehalten.

In der letzten Zeit hat sich nun die Lage vollkommen verändert. Auf dem Papiermarkt sind, wenn auch etwas später als anderwärts, dieselben Erscheinungen zu beobachten wie auf den übrigen Märkten: Die Preisschraube ist überdreht, der Bedarf gedrosselt und Absatzstockung zeigt sich auf der ganzen Linie. Die deutsche Presse hat schon im ersten Vierteljahr 1920 ihr Gesamtkontingent nicht mehr in vollem Umfange abgenommen. Während noch bis vor kurzem jeder Zwischenfall, z. B. der Binnenschifffahrtsstreik die Papierversorgung der Zeitungen gefährdete, werden sie jetzt dringend um die Abnahme ihres vollen Kontingents gebeten, das sie aber infolge der veränderten Wirtschaftslage zumeist nicht mehr abnehmen können und auch nicht abnehmen wollen, um ihre ohnedies geschwächten Mittel nicht noch weiter festzulegen. Andererseits geraten nun-

mehr auch die Papierfabriken trotz ihrer hohen Gewinne in Kapitalnöte, weil sie selbst Kohle, Zellstoff, Holzschliff bar oder gar im voraus bezahlen müssen, aber nun ohne den vollständigen Gegenwert für ihre Gesamtproduktion bleiben. Zum Teil scheint diese veränderte Marktlage durch die Stopfung des Loches im Westen oder die Steigerung der Mark verursacht zu sein, welch letzterer vielleicht besser als jeder Grenzschutz, gewissermaßen unter dem Motto: „schließt von selbst“, den Verschiebungen in das Ausland ein Ziel gesetzt hat.

Es ist charakteristisch für das völlige Versagen unserer ganzen Wirtschaftskontrolle, wie jetzt überall die Hamsterlager sich öffnen, die bei ordnungsmäßigem Funktionieren der Wirtschaftsstelle für das Zeitungsgewerbe niemals hätten gefüllt werden können.

Noch viel deutlicher tritt die Umwälzung auf dem Markt für das übrige Papier, besonders also für den Bedarf des Buch- und Zeitschriftenverlages in Erscheinung.

Hier ist aber auch die Verwüstung, welche durch die Ueberdrehung der Preisschraube verursacht ist, bereits viel ärger. Einzelne Zweige, wie der wissenschaftliche und der Schulbücherverlag, sind vollkommen lahmgelegt. Auch hier ist nicht mehr ein Papier m a n g e l, auch nicht mehr eine Papiernot und Produktionsstockung bloß wegen der H ö h e der Preise, sondern vor allen Dingen wegen ihrer Unsicherheit. Ein Verleger, der zum Absatz einer Auflage längere Zeit gebraucht, kann es nicht wagen, heute Papier einzukaufen und darauflos zu drucken, weil vielleicht schon in einem Vierteljahr besseres und billigeres Papier auf dem Markt ist, so daß ein noch länger zögernder Konkurrent das vorzeitig gedruckte Werk des anderen unverkäuflich macht. Leider tragen aber auch hier an der ungesunden Entwicklung der Verhältnisse nicht etwa bloß die Fabrikanten, sondern die Gesamtheit der Beteiligten einschließlich der Verleger schwere Schuld. Dieser Mangel an wirtschaftlicher Einsicht besteht auch noch weiter. Jetzt in dem Augenblick, da auch die Papierpreise zu sinken scheinen und der Papier m a n g e l gehoben ist, haben sich die Buch- und Zeitschriftenverleger merkwürdigerweise unter Zustimmung der bei den Beratungen zugezogenen Arbeitnehmervertreter durch Mehrheitsbeschluß für eine Fortsetzung der Bewirtschaftung entschieden. Die Kontingentierung soll fortgesetzt werden, obwohl sich in den Jahren des Papiermangels kaum einer an die Einschränkung gekehrt hat und die Kontrolle der Wirtschaftsstelle versagte, und obwohl jetzt, wo die Produktion wieder in Fluß kommt, kaum einer mehr sein Kontingent in vollem Umfange abzunehmen wünscht! Ja noch mehr! In diesem Augenblick, in dem sich eine Wendung der ganzen Wirtschaftsverhältnisse vorbereitet, soll zwischen dem Buch- und Zeitschriftenverlag und ihren Papierlieferanten eine Preiskonvention unter der Aegide des Reichswirtschaftsministeriums zustande gebracht werden. Konventionspreise für die einschlägigen Papiersorten hat es schon die ganzen Jahre gegeben, nur daß bei steigender Tendenz die wenigsten Fabriken zu diesen Konventionspreisen zu liefern sich bemüßigt sahen, so daß nur auf Schleichwegen und durch Schieber das von den Fabriken hergestellte Papier über Konventionspreis „hintenherum“ erhältlich war, — ein Vorgang, der ja auf allen Märkten der gleiche war. Was kann nun bei sinkender Tendenz eine solche Konvention bedeuten? Doch nur, daß man den Fabrikanten in diesem Augenblick vor einer Preissenkung oder gar einem Preissturz schützt.

Die Folge wird für Zeitungsdruckpapier wie für alles andere Papier dieselbe sein: in wenigen Wochen werden die Fabrikanten schreien, daß ihnen die Grenzen für die Ausfuhr von Rohpapier in weitestem Umfang geöffnet werden. Sie werden die Zustimmung auch der von ihnen vorher durch die hohen Preise an der Verarbeitung gehinderten Papierverbraucher herbeizuführen suchen, durch die Drohung, daß die Papierpreise noch weiter emporgeschraubt werden müßten, wenn den Fabriken nicht ein Mehrgewinn aus der Ausfuhr zuflösse... Bereits im Frühjahr 1917 haben, kurz vor dem Eintritt der ärgsten Papiernot, die Fabrikanten die Ausfuhrerlaubnis mit einer solchen Begründung durchzusetzen gewußt. Sie werden sie auch jetzt wieder erhalten, wenn weiter planlos darauflos gewirtschaftet wird. Tatsächlich dürfte überhaupt keine Ausfuhr gestattet werden, bevor nicht Vorsorge dafür getroffen wird, daß der Gewinn aus der Ausfuhr nicht mehr einer einzelnen Papierfabrik, sondern ihrer Gesamtheit und damit letzten Endes auch den Papierverbrauchern und damit der ganzen Wirtschaft zugute kommt. Es müßte eine der ersten Aufgaben des Reichswirtschaftsrates sein, in die Papierwirtschaft hineinzuleuchten und in irgendeiner Weise für den Zusammenschluß der Fabriken und für eine planmäßige Produktion zu sorgen.

Das Elektrizitätsgesetz.

Von Emil Schiff.

Das Elektrizitätsgesetz ist, nachdem es der Ausschuß beraten hatte, so plötzlich auf die Tagesordnung der Vollversammlung gesetzt und so sehr durchgepeitscht worden, daß es nicht möglich war, rechtzeitig und ausreichend zur endgültigen Fassung Stellung zu nehmen. Wenn eine nachträgliche Erörterung einer nutzlosen Bemängelung gleichkäme, würde der Verfasser sie unterlassen; in Wirklichkeit wird aber vieles auf die Durchführung des Gesetzes ankommen, und diese wird maßgebend von Einflußgrößen abhängen, die noch in der Schwebe sind: von der persönlichen Zusammensetzung des

Beirates, von den Ausführungsbestimmungen — an denen der Beirat mitwirken soll —, von dem angekündigten Wirtschaftsgesetze und von der Zusammensetzung der Schiedsgerichte. Neben diesen gesetzlichen Einflußgrößen werden die Richtlinien für den freihändigen Erwerb von Anlagen und Rechten, den das Gesetz zuläßt, und die Sachkunde und Geschicklichkeit der Unterhändler des Reiches wichtig sein. Eine günstige Ausnützung dieser Möglichkeiten öffentlich zu begehren, erscheint um so angebrachter, als Herr Geheimer Oberregierungsrat Wiehler auf die früher vom Verfasser vorgebrachten Bedenken entgegnet hat, daß die Ausführungsbestimmungen wesentliche Ergänzungen und Klärungen enthalten werden.

Um alles in diesem Sinne Nötige auszuführen, reicht der verfügbare Raum nicht hin; nur auf einige wichtige Punkte sei hingewiesen.

Ein Grundfehler des Gesetzes besteht darin, daß die natürliche Reihenfolge der Gesetzgebung vernachlässigt worden ist. Vorweg wäre ein Genehmigungsgesetz nötig gewesen, um weiterer unwirtschaftlicher Erneuerung, Erweiterung und Neuschöpfung von Elektrizitätsanlagen vorzubeugen. Diesem Schritte hätte ohne Verzug eine wohlüberlegte Neuordnung der gesamten Elektrizitätswirtschaft folgen müssen, und im Zusammenhange mit dieser Regelung wäre ein Recht des Reiches, Anlagen zu übernehmen, zu errichten gewesen. Diesen Mangel fühlend, hat man nunmehr an die Spitze des Gesetzes die Bestimmung gebracht, daß bis zum 1. Oktober 1921 das Reichsgebiet in Bezirke, „die sich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gliedern“, einzuteilen und daß für diese Bezirke „unter Führung des Reiches“ Körperschaften oder Gesellschaften zu bilden seien, in denen „jedenfalls“ die allgemeinen Anlagen zur Erzeugung und Fortleitung elektrischer Arbeit „zusammenzuschließen“ seien. Das Nähere soll das bis zum 1. April 1921 einzubringende Wirtschaftsgesetz bestimmen. Diese gesetzestechnisch eigenartige, verschwommene Festsetzung ist Ausdruck der Umkehrung eines wirtschaftlich folgerichtigen Vorgehens; wäre es doch natürlich gewesen, erst einen technischen und organisatorischen Grundplan der Elektrizitätswirtschaft festzulegen und dann auf dieser Grundlage das Weitere aufzubauen.

Auch sonst ist das Gesetz mit Dehnbarkeiten und Zweifeln und leider auch mit Schädlichkeiten beladen worden. Besonders unklar sind gerade die Bestimmungen, die nach allen Erfahrungen am meisten klarer Gründlichkeit bedurft hätten: die engeren Bedingungen der Enteignung. Die für Anlagen zu gewährende Entschädigung ist mit dem Ausdrucke „Gestehungskosten unter Berücksichtigung angemessener Abschreibungen“ unzureichend und zweifelhaft umschrieben worden. Noch mangelhafter und unklarer sind zum Teil die Bestimmungen wegen des Erwerbes von Beteiligungen und anderen Rechten; über die Art der Entschädigung bei Uebernahme der Ausnutzung von Anlagen ist überhaupt nichts bestimmt. Es ist auch nicht einmal ausgesprochen, daß dingliche Lasten, deren Mitübernahme unvermeidlich sein kann, von der Entschädigung abzusetzen sind, und wenn auch gerade dies kein unheilbarer Mangel sein dürfte, so ist es immerhin bezeichnend. Schwerer wiegt, daß man nicht neben den „Abschreibungen“, da dieser Ausdruck im allgemeinen nur auf die körperliche Entwertung bezogen wird, ausdrücklich einen Abzug wegen rechtlicher Entwertung berücksichtigt hat. Rechtliche Entwertung liegt vor, wenn das Unternehmen mit einer Heimfallast zugunsten des wegeberechtigten Konzessionsgebers belastet ist. In solchen Fällen muß der Unternehmer alljährlich eine besondere Abschreibung oder Rücklage vorsehen, um den Verlust, der ihm durch den unentgeltlichen Heimfall von Anlagen droht, ausgleichen zu können. Diese Last übernimmt das Reich bei Enteignung heimfallbeschwerter Anlagen, indem es den Heimfallberechtigten abfindet. Das Reich schenkt also dem Unternehmer die anteilige Heimfalltilgung, falls dieser Mangel nicht durch eine entsprechende Auslegung des Begriffes der Abschreibung mittels der Ausführungsbestimmungen geheilt wird. Ebenso schließt es ein Geschenk nach der anderen Seite, gegenüber dem Heimfallberechtigten, ein, wenn dieser grundsätzlich uneingeschränkt für den Verlust des Heimfallanspruches entschädigt werden soll. Denn oft übernehmen Heimfallberechtigte die Anlagen, bevor der Heimfallanspruch fällig wird, und in solchen Fällen gehen ihnen — wegen der auch in diesem Punkte meist schlechten Konzessionsverträge — Vorteile aus dem Heimfallanspruche häufig verloren. Demgemäß wäre es gerecht, auf der einen Seite dem Unternehmer — in gewissen billigen Grenzen — einen Abzug wegen der Heimfallast zu machen und auf der anderen Seite dem Konzessionsgeber grundsätzlich nur eine anteilige und beschränkte Entschädigung zu gewähren. In einer Reihe von Enteignungsfällen wird eine Abfindung von Pächtern oder betriebführenden Unternehmern hinzutreten. Es ergibt sich somit unter Umständen eine grundsätzlich dreifache Entschädigung, der nur der Erwerb eines einfachen Wirtschaftswertes gegenübersteht.

Diese Bedenken fallen um so mehr ins Gewicht, als die meisten privaten Elektrizitätswerke von elektrotechnischen Bauunternehmen abhängig sind und diesen Unternehmungen Monopolpreise gewähren müssen; die „Gestehungskosten“ pflegen deshalb schon an sich ungesund hoch zu sein. Ueberdies bemessen die privaten Betriebsunternehmen die Abschreibungen meist zu gering, weil ihnen die Ausbeutung der Stromlieferung nur für begrenzte Frist zugestanden wird und ihre ganze Wirtschaft daher vom unmittelbarsten Gewinnstreben beherrscht ist. Allerdings sind diese Abschreibungen für die Berechnung des Enteignungspreises nicht unmittelbar maßgebend; immerhin birgt diese Sachlage die Gefahr, daß Abschreibungen, die in Wahrheit nicht ausreichen, Dritten „angemessen“ erscheinen. Diese Ge-

fahr erwächst besonders daraus, daß neben Abnutzung und Altern das Veralten oft nicht gebührend als Entwertungsgrund berücksichtigt wird.

Aus diesen und anderen Gründen wird das Reich mit so hohen Anlagekosten und Abfindungen zu rechnen haben, daß eine Ergiebigkeit der Betriebe bei volkswirtschaftlich und sozial annehmbaren Tarifen nicht zu erwarten ist. Demgegenüber wäre im Zusammenhang eines Genehmigungsgesetzes die Einführung eines vom Verfasser ausgearbeiteten veredelten Heimfallverfahrens möglich gewesen, das die Eigenkosten des Reiches wesentlich verringert hätte, ohne die Unternehmer drückend zu belasten. Dieses Verfahren sollte die großen wirtschaftlichen und technischen Mängel des alten Heimfallverfahrens vermeiden und die Errichtung eines Anlage- und Ausgleich-Schatzes ermöglichen, der von Anfang an für die Wirtschaft des Reiches verwertbar gewesen wäre.

Die Bedingungen der Enteignung sind gegenüber dem ursprünglichen Entwurfe dadurch weiter verschlechtert worden, daß den Unternehmern als Wahlmöglichkeit neben dem Gestehungswerte — wie ich jenen ersten Wertbegriff des Gesetzes im Gegensatze zu anderen Auslegungen des Oberbegriffes Sachwert nenne — die Beanspruchung des Ertragswertes zugebilligt worden ist. Da natürlich nur solche Unternehmer den Ertragswert wählen werden, die dadurch einen höheren Preis erzielen, fehlt zum Schaden des Reiches der sonst übliche Ausgleich, daß Werke von ungewöhnlich geringer Ergiebigkeit zu einem entsprechend niedrigen Preis erworben würden. Da ferner der Ertragswert auf Grund der Ergebnisse der letzten Vorkriegsjahre berechnet werden soll, belastet sich das Reich mit dem ganzen Schaden, der aus der ungeheueren Verteuerung der Betriebskosten und der sonstigen Verschlechterung der Wirtschaftslage folgen muß; die deutsche Volkswirtschaft wird damit in unbilliger Weise belastet. Mußte man den Unternehmern eine Abfindung über den Sachwert hinaus zugestehen, so wäre ein anderer Weg richtiger gewesen. Ueberdies ist nicht einmal der Kapitalisierungsfaktor festgesetzt; der Enteignungspreis schwankt also schon grundsätzlich je nach Bewertung der Regelverzinsung zwischen dem Siebzehnfachen und dem Fünfundzwanzigfachen des Ertrages.

Auch abgesehen von den besonderen Umständen, die eine Heranziehung des Ertragswertes — auch nach Ansicht der Regierung — hätten ausschließen müssen, ist der Begriff des Ertragswertes für Unternehmen von verwickelten Wirtschaftsverhältnissen unbrauchbar, weil alle Bestandteile dieses Wertbegriffes zweifelhaft sind. Seine Grundlagen sind geradezu die zweifelhaftesten Begriffe der Privatwirtschaftslehre: Kapital, Selbstkosten, Gewinn. Den großen grundsätzlichen Zweifeln gesellen sich zahllose Verschiedenheiten, Fehler und Willkürlichkeiten der Einzelanwendung, weil es an zureichenden gesetzlichen Abschlußgrundlagen und an einheitlicher, rechtlich und wirtschaftlich richtiger Uebung fehlt. Der auszuweisende Ertrag kann ohne rechtliche Verfehlung in so weiten Grenzen persönlichen Wünschen, die von der inneren Wahrheit abweichen, angepaßt werden, daß es bei Unternehmen, wie sie hier in Betracht kommen, möglich wird, ein Mehrfaches des wahren Wirtschaftswertes als Ertragswert herauszurechnen. Hierbei wirkt erleichternd mit, daß die Wirtschaft der privaten Elektrizitätswerke — im Gegensatze zu den Großunternehmen der elektrotechnischen Fertigung — überhaupt auf den möglichst großen Gewinnausweis eingestellt ist, weil für diese befristeten Unternehmen die Rücksicht auf eine entferntere Zukunft entfällt; zumal wenn die Abtretung der Anlagen bevorsteht, wird der herausziehbare Gewinn oft mit allen Mitteln gesteigert. Hauptmerkmale solcher Ausbeutungswirtschaft sind unzureichende Bemessung der Abschreibungen oder Erneuerungsrücklagen und Geizen an Unterhaltung, Erneuerung, Verneuzeitlichung und Ausbau der Anlagen. Dies bedeutet aber, daß im Widerspruche mit dem sinkenden inneren Werte der äußere Ertragswert hinaufgetrieben wird.

Die Zweifel, die sich bei Ermittelung des Ertragswertes ergeben, hängen besonders mit folgenden Fragen zusammen: Berühren gewisse Einnahmen und Ausgaben das Vermögen oder den Ertrag? Sind Erträge aus Nebenbetrieben, aus der Herstellung von Anschlußanlagen und aus Warenverkäufen zu berücksichtigen? Sind Gewinne aus außergewöhnlichen Geschäften, Buchgewinne, Zufallsgewinne und Kursgewinne oder andere Gewinne aus Geldgeschäften im Sinne des Gesetzes Ertrag? Sind Anleihezinsen Selbstkosten? Sind echte Zinseinnahmen aus Teilen des Vermögens, ist rechnungsmäßiger Zinsenzuwachs aus echten und unechten Rücklagen als Ertrag zu behandeln? Sind die Abschreibungen angemessen, und ist das Verfahren der Abschreibung richtig? Sind Rücklagen, Abgaben an den Konzessionsgeber und gewisse Dritten eingeräumte Gewinnanteile Kosten oder Gewinn? — Diese und andere Fragen geben zu Streitigkeiten Anlaß und werden nur von wenigen Sachkennern beherrscht. An dieser Stelle kann zu ihrer grundsätzlichen Beurteilung nur ein maßgebender Richtpunkt gezeigt werden: Da es sich nicht um die Uebernahme ganzer Unternehmen mit Vermögen und Verbindlichkeiten, sondern um den Erwerb bestimmter Vermögensteile handelt, ist nicht ein üblicher abschlußmäßiger Reingewinn maßgebend; als Grundlage kommt vielmehr nur solcher Reinertrag in Betracht, der eine dauernde und regelmäßige Funktion jener Anlagen ist, die gegen Vergütung des Ertragswertes übereignet werden.

Diese Andeutungen berühren nur einige der wichtigen Gegenstände, die durch die Ausführungsbestimmungen gründlich geklärt werden müssen. Für die Lösung dieser Aufgabe und weit darüber hinaus wird es in maßgebender Weise auf die Auswahl der Mitglieder des Beirates und der Schiedsgerichte ankommen. Aus diesem

Grunde — und ebenso im Hinblick auf den kommenden Reichswirtschaftsrat — sei angelegentlich auf einen Irrtum hingewiesen, der die Auswahl wirtschaftlicher Sachverständiger bei uns zu beherrschen pflegt: die viel zu einseitige Betonung des Einflusses von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die auf der fehlerhaften Annahme beruht, daß die Resultante aus dem Streben der Arbeitnehmer und dem Willen der Arbeitgeber das Heil der Volkswirtschaft darstelle. Neuerdings verwickelt man den Lösungsversuch, ohne das Ergebnis zu bessern, gern dadurch, daß man jenem Kräftepaar einen Verbrauchereinfluß, eine durchaus unbestimmte und unerfaßbare Größe, beizugesellen sucht. Das Ergebnis dieses Verfahrens kann nur ein Vergleich zwischen mehreren eigensüchtigen Parteien sein, abgeschlossen auf Kosten, nicht aber zum Besten von Staat und Volkswirtschaft. Um das gemeine Beste zu sichern, ist vielmehr eine ausreichende Heranziehung unabhängiger Sachverständiger Bedingung, wobei der Begriff „unabhängig“ ebenso wie der Begriff „sachverständig“ nachdrücklich betont werden muß. Wahrhafte — wissenschaftliche wie praktische — Sachverständigkeit kann angesichts so verwickelter Aufgabengruppen in der Regel nur für ein Teilgebiet erwartet werden, und demgemäß ist die Zahl der mitwirkenden Sachverständigen ausreichend zu bemessen. Bei unserer anderen Forderung ist nicht nur an den Ausschluß jeder wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Unternehmertum und an Unbestechlichkeit im gewöhnlichen Sinne — leider soll auch diese, selbst bei Männern von hervorragender äußerer Stellung, nicht immer selbstverständlich sein —, sondern auch an volle geistige Unabhängigkeit zu denken. Wo etwa ein technischer Verband Großunternehmen einen Sondereinfluß einräumt und Sonderleistungen von ihnen annimmt, können Vertreter dieses Verbandes, auch wenn sie nicht im Dienste der Privatwirtschaft stehen, nicht ohne weiteres als unparteiisch angesehen werden; denn ohne daß hier — Oeffentlichkeit der Sachlage vorausgesetzt — etwas Unlauteres vorliegt, läßt ein solcher Zusammenhang Trübung der geistigen Unabhängigkeit befürchten. Da diesen Fragen infolge der politischen und sozialen Neuordnung und wegen der ausgedehnten gewerblichen Betätigung des Staates für die Zukunft eine stark gesteigerte Wichtigkeit zukommt, sei es dem Verfasser gestattet, sich in diesem Zusammenhang auf die Abschnitte „Sachverständigenwesen“ und „Bestechungsunwesen“ seiner Schrift „Vergesellschaftung, Regelung und Besserung der Wirtschaft“ (Stuttgart, 1919) zu beziehen.

Diese Ausführungen dürfen nicht geschlossen werden, ohne daß auf die mangelhafte, schwer verständliche Sprachform hingewiesen wird, in der das Gesetz aus dem Ausschuß hervorgegangen ist. Hauptwortkrankheit und Mittelwortseuche mit ihren übeln Folgen stehen in Blüte; die erlösende Hilfe des Beziehungssatzes und überhaupt des Nebensatzes scheint verloren. Im Volke Luthers und Goethes sollte die Sprache des Gesetzes besser gepflegt sein.

Revue der Presse.

Der Wert der Mark im Auslande spiegelt sich in den täglichen Devisennotierungen an der Börse. Viel schwieriger ist die Bewegung dieses Wertes der Mark im Inlande zu erfassen. Den Versuch zur Lösung der Frage

Was ist die Mark jetzt wert?

macht in der „Vossischen Zeitung“ vom 6. Juni d. J. Dr. R. Kuczinski. Kuczinski hat nach einem Schema für die Berechnung der Kosten des Existenzminimums die folgende Vergleichstabelle für die Lebenshaltung im Mai 1914 und 1920 aufgestellt:

	Mai 1914 ℳ	Mai 1920 ℳ
Ernährung: Mann	3,50	70,00
„ Frau	2,80	43,00
„ Kind (6 bis 10 Jahre)	1,75	27,00
Wohnung (Stube und Küche)	5,50	9,00
Heizung (1 Ztr. Briketts)	1,05	16,00
Beleuchtung (6 cbm Gas)	0,75	6,00
Bekleidung: Mann	2,50	42,00
„ Frau	1,65	28,00
„ Kind (6 bis 10 Jahre)	0,85	14,00
Sonstiges: Mann	3,35	36,00
„ Ehefrau	1,10	18,00
„ Kind (6 bis 10 Jahre)	0,65	10,00
Insgesamt: Mann	16,65	179,00
„ Ehepaar	22,20	268,00
„ Ehepaar mit 2 Kindern	28,70	370,00

Auf das Jahr umgerechnet hätte also das Existenzminimum eines Ehepaares mit zwei Kindern im Mai 1920 19 300 ℳ gekostet gegenüber 1500 ℳ im Mai 1914. An diesem Existenzminimum gemessen wäre die Mark in Groß-Berlin im Mai 1920 nur noch 0,08 ℳ wert gewesen. Man kann mit einem geringeren Verdienst als den Kosten des Existenzminimums auskommen, wenn man entweder noch aus früheren Zeiten hinreichend Kleidungsstücke und Hausrat besitzt oder wenn man auf eine auskömmliche Ernährung verzichtet oder endlich, wenn man in bezug auf Kleidung usw. hinter der Norm zurückbleibt, die früher bei Proletariern üblich war. Sicherlich verfügen heute noch nicht 10% der Groß-Berliner Familien über ein Jahreseinkommen von mehr als 19 000 ℳ. Diese Tatsache ist der deutlichste Beweis für den Grad unserer Verarmung. — Im Verkehr mit dem Auslande machen sich immer mehr

Klagen über schlechte Vertragserfüllung

durch deutsche Lieferanten fühlbar. Der „Berliner

Börsen-Courier" (10. Juni) veröffentlicht ein Schreiben der Handelskammer Malmö an den Eisen- und Stahlwarenindustriebund in Elberfeld. In diesem Schreiben heißt es, daß sich in schwedischen Handelskreisen ein immer wachsender Mißmut geltend macht gegen die Stellung, die man des öfteren von deutschen Lieferanten hinsichtlich der Erfüllung eingegangener Lieferungsaufträge beobachtet hat. Nach Ansicht der Handelskammer ist die Lage derart, daß zukünftige Handelsverbindungen zwischen Deutschland und Schweden auf dem Spiele stehen, wofern den deutschen Lieferanten nicht eingeschärft wird, wie wichtig es ist, eingegangene Verträge heilig zu halten. Die Handelskammer anerkennt, daß eine große Anzahl deutscher Firmen auch unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen übernommene Lieferungen loyal erfüllt. In den Fällen, in denen besonders in der Maschinenbranche die Lieferung zu den festgesetzten Preisen verweigert wurde, wurde von deutscher Seite hauptsächlich angeführt, daß die Ausfuhrerlaubnis nicht vorliege und andererseits auch, daß nach Vertragsabschluß eine starke Erhöhung der Arbeitslöhne und Rohstoffe eintrat. Was den ersten Grund betrifft, so ist es in einer Anzahl von Fällen geglückt, bindende Beweise dafür zu erhalten, daß die Angaben der deutschen Lieferanten nicht auf Wahrheit beruhten, und daß die angeblich fehlende Ausfuhrerlaubnis nur ein Vorwand war, um die Lieferung zu den vereinbarten Preisen abzulehnen. Was die Steigerung der Kosten nach Vertragsabschluß anbelangt, so würde es sowohl in der schwedischen als auch in der deutschen Geschäftspraxis unter normalen Verhältnissen als ausgeschlossen betrachtet werden, dieses Risiko während der Lieferungszeit vom Lieferanten auf den Verkäufer überzuwälzen. Die gleichen Klagen von holländischer Seite sind in einer Denkschrift der Neederlandschen Kamer van Kophandel vör Deutschland zum Ausdruck gebracht worden, die das Verwaltungsmitglied dieser Handelskammer, Dr. A. E. von Saher in Amsterdam, verfaßt hat. In dieser Denkschrift („Vossische Zeitung", 11. Juni) wird zur Ueberwindung der zahlreichen bestehenden Differenzen die

Einsetzung von Schiedsgerichten

empfohlen. Um zukünftige Streitigkeiten nach Möglichkeit auszuschließen, wird neben der Einrichtung von Schiedsgerichten die Ausarbeitung eines Stammvertrages empfohlen, der die Verteilung der Risiken durch Lieferanten und Abnehmer regelt. — In der „Frankfurter Zeitung" (9. Juni) weist Justizrat Dr. Fuld auf ein wichtiges Urteil des Reichsfinanzhofes in München hin vom 16. April 1920, in dem

Gesamtabschreibungen auf ein Unternehmen

als statthaft ausdrücklich anerkannt werden. Eine sächsische Aktiengesellschaft hatte mit einer französischen Firma einen Vertrag, demzufolge die französische Firma ihr zu vorteilhaften Preisen Rohstoffe bis 1930 zu liefern hatte. An dem Gewinn des Jahres 1917 nahm die Aktiengesellschaft wegen der Minderung, die ihr Unternehmen infolge des Außerkrafttretens dieses Vertrages erfahren hat, eine große Abschreibung vor. Die Veranlagungs- und Reklamationsstellen billigten diese Abschreibungen nicht, der Reichsfinanzhof hob aber die Entscheidung der Vorinstanz wegen Rechtsirrtums auf und führte unter anderem aus, daß es dem Kaufmann nicht verwehrt sein kann, die in einem Jahre eingetretene Entwertung seines Vermögens in der Bilanz in einem Posten unter den Passiven zum Ausdruck zu bringen. Der von der Steuerrechtsprechung anerkannte Grundsatz, daß die Einzelwerte der Bestandteile des Anlage- und Betriebskapitals eines gewerblichen Unternehmens nur Rechnungsfaktoren für die Ermittlung des Wertes des Unternehmens im ganzen bilden, und daß daher die Summe seiner Einzelwerte nicht ohne weiteres den Gesamtwert darstellt, führt folgerichtig dazu, daß, wenn die bloße Zusammenstellung der Einzelwerte eine den dem Unternehmen als ganzem beizumessenden Wert übersteigende Summe ergibt, weitere Abschreibungen an der Summe der Einzelwerte bis auf einen den wirklichen Wert des Unternehmens im ganzen darstellenden Betrag zuzulassen sind. Es ist auch nicht zu verkennen, daß Werteinbußen vorkommen, die sich für die einzelnen Aktivposten kaum begründen lassen, dagegen für das Unternehmen im ganzen augenfällig sind. Gerade hinsichtlich des Einflusses der Notwendigkeit, ein gewerbliches Unternehmen aus dem Kriegs- wieder in den Friedensbetrieb umzustellen, auf den zeitigen Gesamtwert des Gesamtunternehmens wird dies nicht selten der Fall sein. — Ueber die Wirkung der Vorschriften des Reichseinkommensteuergesetzes auf die

Wahlgelder der Großindustrie

stellt in der „Welt am Montag" (14. Juni) Bruno Buchwald die folgende Berechnung an: Auf Grund des § 13 des Gesetzes können von dem Gesamtbetrage der Einkünfte Beiträge an politische Vereinigungen, soweit ihr Gesamtbetrag 10% des Einkommens nicht überschreitet, in Abzug gebracht werden. Nun wird nach dem § 58 des Gesetzes die erstmalige Veranlagung für das Steuerjahr 1920 nach dem Jahreseinkommen erfolgen, das der Steuerpflichtige im Kalenderjahr 1920 bezogen hat. Dasselbe Jahr ist der Veranlagung für das Steuerjahr 1921 zugrunde zu legen. Das Jahr 1919 kommt also für die Finanzämter überhaupt nicht in Betracht. Dagegen wird das Einkommen des Jahres 1920 zweimal der Versteuerung zugrunde gelegt. Nimmt man nun an, ein Großindustrieller werde im Jahre 1920 ein Einkommen von 10 Mill. ℳ beziehen, so hat er eine Einkommensteuer von 5,95 Mill. ℳ zu zahlen. Da der gleiche Betrag für 1919 und 1920 zu entrichten ist, hat er insgesamt 11,9 Mill. ℳ zu zahlen, wie hoch auch immer sein Einkommen 1919 gewesen sein mag. Wenn dieser Steuerpflichtige nun im Jahre 1920 von den 10 Mill. ℳ ein Zehntel, also eine Million, für Parteizwecke ausgegeben hat, so hat er nur 9 Mill. ℳ zu versteuern. Der Steuerbetrag ist dann um 600 000 ℳ geringer, er beträgt also für zwei Jahre berechnet 10,7 Mill. ℳ. Der

Steuerpflichtige hat also bei der Ausgabe von 1 Mill. ℳ für Parteizwecke 1,2 Mill. ℳ gespart. Dieser Widersinn ergibt sich eben daraus, daß das Einkommen aus 1920 zweimal versteuert wird. Diese groteske Folge ist der Schlüssel für die Bereitwilligkeit der Großindustrie zur Hergabe von Wahlgeldern; aber schlimmer als diese Wirkung ist die Wirkung dieser zweimaligen Besteuerung nach dem Einkommen von 1920 auf die Steuerpflichtigen mit geringen oder mittleren Einkommen. Die betreffenden Bestimmungen des Reichseinkommensteuergesetzes bedürfen dringend der Abänderung. — Es ist interessant, daß die Vorschläge, auf Grund von Inderziffern gleitende Lohn- und Gehaltsskalen aufzustellen, die zunächst von der Arebiter- und Angestelltenseite ausgingen, zum Ausgleich der ständig wachsenden Teuerung jetzt aufgegriffen werden von einem Großindustriellen, Dr. Victor Zuckerkandel, dem Generaldirektor der Oberschlesischen Eisenindustrie A.-G., der in der „Neuen freien Presse" (9. Juni) das System der Inderlöhne als Voraussetzung für den

Abbau der Preise und Löhne

empfiehlt. Wenn die Mark weiter steigt, muß ein Abbau der Preise eintreten, dem später ein Abbau der Löhne und Gehälter folgen muß. Dieser Abbau wird zu den heftigsten Kämpfen führen, wenn nicht jetzt schon von den maßgebenden Stellen Vorsorge getroffen wird, einen reibungslosen Weg zu finden, und diesen reibungslosen Weg wird man nur in der Anpassung der Löhne und Gehälter an Inderziffern finden können.

Umschau.

fn. Die Bilanzen der D-Banken. Im Gegensatz zu den kleineren Grossbanken, die bisher ihre Abschlüsse veröffentlicht haben, verzichtet die Deutsche Bank auf eine Erhöhung der Dividende. Sie schlägt wie im Vorjahre die Verteilung von 12% Dividende vor, nachdem für das Jahr 1917 bereits ein Satz von 14% erreicht worden war. Diese abweichende Dividendenpolitik ist keineswegs die Folge einer weniger günstigen Geschäftsentwicklung bei der Deutschen Bank. Die Gewinnergebnisse, die die Bank ausweist, hätten mühelos eine wesentliche Erhöhung der Dividende gestattet. Je geringer infolge der Geldaufblähung der Anteil des Aktienkapitals an der Gesamtsumme der in der Bank arbeitenden Gelder wird, um so grösser wird der Spielraum der Bankleitungen bei der Bemessung ihrer Dividenden. Die Deutsche Bank weisst einschliesslich Vortrag einen Reingewinn von 64,46 Mill. M. aus gegen 49,57 Mill. M. im Jahre 1918 und 62,27 Mill. M. im Jahre 1917, in dem eine höhere Dividende verteilt wurde. Aus diesem Reingewinn werden 33 Mill. M., das heisst nicht viel mehr als die Hälfte, zur Dividendenausschüttung verwendet. 9 Mill. M. beanspruchen die Abschlusszuwendungen an Beamte, 5 Mill. M. die Zuweisung an den Jubiläumsfonds, 5 Mill. M. werden der freien Rücklage zugewiesen. Damit erreichen die Reserven die Gesamthöhe von 235 Mill. M. Entscheidend für die Dividendenbemessung ist aber vor allem die Tatsache, dass der Vortrag auf neue Rechnung auf 11,32 Mill. M. gegen 1,93 Mill. M. im Vorjahr, 6,42 Mill. M. im Jahre 1917 und 12,27 Mill. M. im Jahre 1916 erhöht wird. Es wird also die Höchstziffer von 1916 wieder annähernd erreicht. Dieser Vortrag birgt gleichsam eine Dividendenreserve von 4% in sich. Man wird kaum fehlgehen in der Auffassung, dass die zurückhaltende und vorsichtige Dividendenpolitik der Deutschen Bank nicht unbeeinflusst geblieben ist durch den Zeitpunkt der Fertigstellung ihres Abschlusses. Erst in den letzten Monaten haben sich die Krisenerscheinungen zugespitzt. Insbesondere ist der Haussetaumel an der Börse verflogen und eine ganze Anzahl von Krediten erscheinen heute mit stärkeren Verlustgefahren belastet, als noch vor einem Vierteljahr. Unter diesen Umständen hat die Zurückhaltung der Deutschen Bank bei ihrer Dividendenpolitik gleichsam eine programmatische Bedeutung. Sie enthält eine weithin sichtbare Warnung vor Ueberschätzung der angeschwollenen Gewinnziffern des Jahres 1919.

* * *

Betrachtet man die Gewinn- und Verlustrechnung im einzelnen, so findet man die bekannten typischen Züge. Am stärksten sind die Einnahmen auf dem Wechsel- und Zinsen-Konto gewachsen von 88,4 auf 141,4 Mill. M. Diese Steigerung bleibt prozentual hinter der bei anderen Banken ausgewiesenen Erhöhung der Zinsgewinne zurück. Sie erscheint insbesondere dann als relativ nicht gross, wenn man berücksichtigt, dass in der Bilanz die Summe der fremden Gelder von 6,74 auf 13,82 Millarden M. gestiegen ist. Allerdings weist die Deutsche Bank darauf hin, dass die ausserordentlich starke Steigerung der Kreditoren hauptsächlich auf die letzten Monate des Jahres entfällt. Die Nichtveröffentlichung der Zweimonatsbilanzen gestattet keinen Vergleich der Durchschnittssummen der Kreditoren. Wenn man den Zinsenertrag vergleicht mit der Kreditorenziffer vom 31. Dezember, was an sich natürlich nicht zulässig ist, so würde der Zwischengewinn der Bank an Zinsen auf ihre fremden Gelder nur rund 1% betragen. Wenn auch diese Berechnung, wie gesagt, nur bedingten Wert hat, weil die Endziffer nicht die Durchschnittsziffer darstellt, so ist doch zu berücksichtigen, dass ein relativ weniger angewachsener Zinsertrag bei der Deutschen Bank dadurch erklärlich wird, dass sie einen besonders hohen Prozentsatz der ihr neu zugeflossenen fremden Gelder auf dem Wechselkonot angelegt hat, das heisst, im wesentlichen in Schatzanweisungen des Reichs. Der Bestand auf diesem Konto ist von 4,6 auf 9,7 Milliarden M. gestiegen, während die Schuldner nur von 1,0 auf 2,1 Milliarden M. gestiegen sind. Das heisst also, dass von der Steigerung der fremden Gelder von 6,7 auf 13,8 Milliarden M. der weitaus grösste Teil in Schatzanweisungen angelegt worden ist, die natürlich geringere Zinsgewinne bringen als Debitoren. Die Provisionen sind von 37,6 auf 57,4 Mill. M. gestiegen. Die Gewinne aus Sorten und Zinsscheinen von 1,4 auf 6,3 Mill. M. Besonders bemerkenswert ist, dass die Deutsche Bank den leider fast allgemein gewordenen Brauch, Effektengewinne nicht auszuweisen, in diesem Jahre nicht mitmacht. Sie lässt auf dem Wertpapierkonto, das im vorigen Jahre einen Strich zeigte, 5,28 Mill. M.

erscheinen. Bei der Lebhaftigkeit des Effektengeschäftes im Jahre 1919 wird man ohne weiteres annehmen müssen, dass dieser Gewinn nur eine Spitze nach vorhergegangenen inneren Rückstellungen darstellt. Es ist selbstverständlich dass gegenüber den stark angewachsenen Einnahmen angeschwollene Unkosten stehen. Gehälter und allgemeine Unkosten erforderten 108.4 Mill. M. gegen 62.5 Mill. M. im Vorjahr, Steuern und Abgaben 25 Mill. M. gegen 14.2 Mill. im Vorjahr. Aus der Bilanz sei noch hervorgehoben, dass die Reports und Effektenlombards von 624 auf 273 Mill. M. zurückgegangen sind, ein Zeichen dafür, dass die Deutsche Bank augenscheinlich Ernst damit gemacht hat, die Börsenspekulation durch Einschränkung der Beleihungen nach Möglichkeit nicht zu fördern. Akzeptumlauf auf der Passivseite und Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen auf der Aktivseite zeigen Steigerungen, die von der allmählichen Wiederbelebung der Auslandsgeschäfte zeugen. Die für Rechnung des Reichs und der Reichsbank übernommenen Verbindlichkeiten sind auf beiden Seiten der Bilanz von 432 auf 1217 Mill. M angewachsen. Der Geschäftsbericht bemerkt dazu, dass diese Steigerung nur aus der Valutaverschlechterung folgt, während die Beträge in fremder Währung sich stark ermässigt haben. Die Verminderung dieser Bürgschaften hat sich im laufenden Jahre so fortgesetzt, dass Ende April nur noch 674 Mill. M. Verpflichtungen für Rechnung des Deutschen Reichs bestanden. Die enge Verquickung zwischen Bankbilanzen und Reichsfinanzen hat ihren Knoten bei dem Konto der Schatzanweisungen.

* * *

Wenn man sich ein Bild davon machen will, wie sehr das Anschwellen aller Ziffern der Bankabschlüsse eine Folge der Geldentwertung ist und wie wenig eine reale Geschäftsausdehnung hinter diesen geschwollenen Ziffern steht, so ist es ganz nützlich, an Hand des Geschäftsberichts der Deutschen Bank die Steigerung der Zahl der bei der Bank geführten Konten mit der Steigerung der fremden Gelder und der Steigerung der Umsätze prozentual zu vergleichen. Es ergibt sich dabei folgendes Bild. Es stieg von 1918 auf 1919:

die Zahl der Konten . .	um knapp 5%
die fremden Gelder . .	um über 100%
die Umsätze	um 76%

Von 1913 bis 1919 stiegen:

die Zahl der Konten	um 107%
die fremden Gelder	um 775%
die Umsätze	um 232%

Diese Vergleiche veranschaulichen von neuem, wie unangebracht jeder Jubel über die Rekordziffern in den aufgeblähten Bilanzen wäre.

* * *

Aus dem Geschäftsbericht verdient der Absatz Beachtung, der sich mit dem Problem der bevorstehenden Kapitalnot beschäftigt: „Immer fühlbarer wird es, dass wegen der gestiegenen Löhne, der hohen Preise für Rohmaterialien, der verteuerten Kosten für Anlagen jeder Art die verfügbaren Mittel unserer Industrie nach und nach erschöpft worden sind und aufgefüllt werden müssen. In der Mitte vorigen Jahres wurde zunächst die Beschaffung neuer Mittel durch die Ausgabe von Obligationen bewirkt, seit der Jahreswende und weiterhin durch Erhöhungen z. T. durch die Verdoppelung des bisherigen Grundkapitals. Dadurch werden an den Kapitalmarkt grosse Anforderungen gestellt. Die Erscheinung ist international. Im Auslande hat sie bereits ihren Ausdruck in einer Steigerung der Diskontosätze der grossen Noteninstitute gefunden. Dass nicht durch schroffes Eingreifen des Staates in das gewerbliche Leben das deutsche Kapital abgeschreckt wird, seine Mitwirkung zu leihen in einer Zeit, in der es sich darum handelt, unserer Industrie diejenigen Mittel zuzuführen, die sie zur Steigerung ihrer Produktion und zur Erhaltung ihrer Kraft im Wettbewerb auf dem Weltmarkte befähigen, ist die Sorge der nächsten Zukunft." — Diese Stellungnahme der Direktion der grössten deutschen Bank zum Problem der Kapitalbeschaffung ist recht dürftig. Mit der üblichen Verwahrung gegen steuerliche und andere Eingriffe des Staates in die Bewegung des Kapitals, wird man der Lösung der Aufgaben nur wenig nützen. Aber leider scheinen ja die Leiter unserer Grossbanken allgemein darauf zu verzichten, die Initiative zu ergreifen für die Schaffung neuer Formen der organisierten Befriedigung des Kapitalbedarfes der Industrie. Die Ideen, Grundlagen, insbesondere für Auslandskredite zur Rohstoffeinführung durch einen genossenschaftlichen Zusammenschluss der Erwerbsstände zu schaffen, sind bisher von den Banken, die doch zur praktischen Mitarbeit berufen wären, nicht aufgegriffen worden. Die Folge dieser negativen, sich auf Warnungen beschränkenden Stellungnahme der Bankwelt zur Kapitalnotfrage ist bedauerlich, weil sie die Lösung des für den Wiederaufbau wichtigen Problems erschwert. Diese passive Stellungnahme könnte aber einmal auch für die Banken von ihrem engeren Geschäftsstandpunkte aus schädlich werden. Nämlich dann, wenn infolge ihrer Passivität sich ohne sie Neubildungen vollziehen, bei denen aktiv mitzuarbeiten ihr Beruf wäre.

* * *

Die Deutsche Bank ist im Verharren bei dem vorjährigen Dividendensatz unter den Grossbanken allein geblieben. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Deutsche Bank mit 12% das höchste Dividendenniveau ohnedies erreicht hat. Die Disconto-Gesellschaft ist in der Erhöhung des Dividendensatzes gegenüber dem Vorjahre von den übrigen Banken am zurückhaltendsten. Sie verteilt 10% Dividende gegen 9% im Vorjahre. Die Dresdner Bank erhöht wie die Mehrzahl der Grossbanken ihre Dividende um 2%, von 7 auf 9%, die Darmstädter Bank erhöht ihre Dividende von 6 auf 8%. Die drei genannten Banken haben im Gegensatz zur Deutschen Bank Effektengewinne auch in diesem Jahre wieder nicht in der Gewinn- und Verlust-Rechnung erscheinen lassen. Die Disconto-Gesellschaft weist aus dem Reingewinn, der von 33,5 auf 53,2 Mill. M gewachsen ist, 6 Mill. M der besonderen Reserve zu und sie erhöht ihren Vortrag um rund 6 Mill. M auf 6,4 Mill. M. Ausserdem ist die Ueberweisung an die David Hansemannsche Pensionskasse um 1 Mill. M auf 1,4 Mill. M erhöht worden. Bei der Dresdner Bank ist der Reingewinn von 34,2 auf 50,6 Mill M gestiegen. Von einer Zuweisung

an die offenen Reserven ist Abstand genommen worden. Dagegen ist die Abschreibung auf Bankgebäude gegenüber den letzten Jahren von 2 auf 3 Mill. ℳ erhöht worden. Dem Pensionsfonds wurden 3,15 Mill. ℳ gegen 1,47 Mill. ℳ im Vorjahre überwiesen, und der Vortrag auf neue Rechnung ist von 388 778 ℳ auf 3,74 Mill. ℳ erhöht worden. Bei der Bank für Handel und Industrie werden aus dem Reingewinn 20,87 Mill. ℳ gegen 10,43 Mill. ℳ im Vorjahre, 3 Mill. ℳ der besonderen Reserve zugewiesen, 2 Mill. ℳ dienen zur Gründung eines Fonds zur Ergänzung der Bezüge der Altpensionäre, der Vortrag auf neue Rechnung bleibt mit 628 805 ℳ gegen 577 928 ℳ ziemlich unverändert. Im einzelnen zeigt die Gewinn- und Verlust-Rechnung bei allen Banken die gleichen Tendenzen, und es sind nur graduelle Unterschiede und Verschiebungen zu vermerken. Bei der Disconto-Gesellschaft verdient Beachtung die sehr starke Zunahme der auf dem Couponkonto verbuchten Einnahme von 1,07 auf 5,1 Mill. ℳ, die ohne Zweifel mit den Valutageschäften zusammenhängt, die dieses Konto berühren. Bei der Dresdner Bank ist es auffallend, dass im Gegensatz zu den anderen Banken, bei denen nicht nur absolut, sondern auch prozentual (von den kleineren Posten abgesehen) die Einnahmen auf Wechsel und Zinsen die stärkste Steigerung erfahren haben, die Einnahmen aus Provisionen eine besonders starke Zunahme von 22,6 auf 48,2 Mill. ℳ erfahren haben. Es ist wahrscheinlich, dass diese besonders starke Zunahme der Provisionen in einem gewissen Zusammenhang steht mit dem Konto Reports und Lombards, das bei allen übrigen Banken gegenüber dem Vorjahre gesunken ist, bei der Dresdner Bank aber eine Steigerung von 320 auf 538 Mill. ℳ zeigt. Dazu kommt, dass auch die Warenvorschüsse, die allerdings bei allen Banken erhebliche Steigerungen zeigen, bei der Dresdner Bank ganz besonders angewachsen sind, nämlich von 13,4 auf 381,7 Mill. ℳ.

* * *

Aus den letzten drei Grossbankbilanzen seien hier nur kurz die wesentlichsten Posten aufgeführt. Eine vergleichende Betrachtung der Ziffern aller Grossbankbilanzen soll der nächsten Nummer des Plutus vorbehalten bleiben. Es wuchsen die Kreditoren bei der Disconto-Gesellschaft von 3,65 auf 8,19 Milliarden ℳ, bei der Dresdner Bank von 4,15 auf 8,12 Milliarden ℳ und bei der Darmstädter Bank von 2 auf 3,98 Milliarden ℳ. Auf der Aktivseite stiegen die Anlagen auf dem Konto der Wechsel und Schatzanweisungen bei der Disconto-Gesellschaft von 1,97 auf 4,23 Milliarden ℳ, bei der Dresdner Bank von 2,37 auf 4,39 Milliarden ℳ und bei der Darmstädter Bank von 848 Mill. auf 2,14 Milliarden ℳ. Gegenüber dieser Hauptanlage der neuen Gelder in Schatzanweisungen wuchsen die Debitoren bei der Disconto-Gesellschaft von 887 Mill. auf 2,42 Milliarden ℳ, bei der Dresdner Bank von 1 Milliarde auf 1,87 Milliarden ℳ, bei der Darmstädter Bank von 533 Mill. auf 1,08 Milliarden ℳ. Die Bestände an Wertpapieren zeigen durchweg auch bei diesen Banken eine gewisse Verminderung. Reports und Lombards gingen bei der Disconto-Gesellschaft von 299 auf 99 Mill. ℳ zurück, bei der Darmstädter Bank von 372 auf 279 Mill. ℳ während die Dresdner Bank, wie schon erwähnt, hier eine Sonderstellung einnimmt, mit einer Steigerung dieses Postens von 320 auf 538 Mill. ℳ. Diese Steigerung dürfte darauf zurückzuführen sein, dass die Dresdner Bank bei der Unterstützung des Börsengeschäftes durch Kredite weniger zurückhaltend war, als die anderen Grossbanken.

* * *

Die Bank für Handel und Industrie schlägt gleichzeitig mit der Veröffentlichung des Geschäftsberichtes eine Erhöhung des Aktienkapitals um 60 Mill. ℳ auf 220 Mill. ℳ vor. Sie ist damit nach der Commerz- und Diskonto-Bank und der Mitteldeutschen Creditbank die dritte Grossbank, die eine Stärkung der eigenen Mittel durch Kapitalserhöhung vornimmt. Begründet wird dieser Schritt insbesondere mit der starken Ausdehnung des Filialnetzes der Bank, das z. B. auch infolge des Ankaufs einer Anzahl von Grundstücken in verschiedenen Orten eine Erhöhung des Kontos der Bankgebäude um 3,7 auf 27,5 Mill. ℳ zur Folge hat. Allein im Jahre 1919 wurden mehr als ein Dutzend neuer Tochteranstalten und Filialen errichtet, und im laufenden Jahre sind eine ganze Anzahl weiterer Niederlassungen eröffnet worden und andere befinden sich in Vorbereitung. Schon diese starke Expansion lässt eine Kapitalserhöhung begreiflich erscheinen. Wenn man darüber hinaus erstreben wollte, zwischen den fremden Mitteln der Banken und dem Eigenkapital wieder ein einigermassen, früheren Gewohnheiten entsprechendes Verhältnis zu schaffen, so müsste man allerdings zu Kapitalserhöhungen in ganz anderen Dimensionen schreiten. Denn durch den ungeheuren Zustrom der fremden Gelder bei allen Grossbanken ist die Ziffer des Eigenkapitals, gleichviel ob sie 50—100 Mill. ℳ mehr oder weniger beträgt, auf einen bescheidenen Prozentsatz der gesamten in den Banken arbeitenden Gelder herabgesunken. Unter dem Gesichtspunkt der Sicherung einer möglichst stabilen Rentabilität ist es nur zu begrüssen, dass die Banken es vermeiden, ihre Kapitalziffern auch nur annähernd an der Aufblähung der übrigen Bilanzziffern teilnehmen zu lassen. Bei relativ kleinem Kapital brauchen Rückschläge nicht so heftig auf die Dividendenziffern einzuwirken, wie bei einem Kapital, das mit der Aufblähung Schritt gehalten hätte.

* * *

Aus dem Geschäftsbericht der Dresdner Bank sei der folgende Abschnitt hervorgehoben, der sich mit der künftigen Entwicklung des deutschen Geldmarktes befasst. „Während noch zu Beginn des Jahres Industrie und Handel umfangreiche Bankguthaben unterhielten, führte die durch die Steigerung der Preise und Löhne notwendig gewordene Erhöhung der Betriebskapitalien zu vermehrten Kreditansprüchen, die unter normalen Verhältnissen, ebenso wie die Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch neue Ausgabe von Obligationen und Aktien eine starke Versteifung des Geldmarktes hätte bewirken müssen. Trotzdem war Geld während des ganzen Jahres fast gleichmässig flüssig und der Reichsbankdiskont betrug unverändert 5%. Die Rückkehr zu normalen Verhältnissen ist nur möglich, wenn es gelingt, in unsere Finanzgebarung Ordnung zu bringen und den Notenumlauf einzudämmen. Wenn damit — ähnlich wie in England und Amerika — auch in Deutschland, eine Geldknappheit eintritt, die sich angesichts unserer Verarmung besonders fühlbar machen müsste, so dürfte nicht

übersehen werden, dass nur dieser Weg zur Gesundung führt." — Die Verwaltung der Dresdner Bank teilt also offenbar die Auffassung, dass der unnormale Zustand des billigsten Diskontsatzes in dem kapitalärmsten Lande nicht von Dauer sein kann. Die Geldknappheit dürfte besonders in dem Augenblick eintreten, in dem mit der Einziehung der Steuern vom Vermögen und Vermögenszuwachs einmal Ernst gemacht wird. Wenn die Banken die Notwendigkeit der Sanierung der Finanzgebarung des Reiches mit Recht in ihren Geschäftsberichten immer wieder betonen, so darf man sie wohl daran erinnern, dass sich leider die Teilnahme der Bankwelt an der Finanzreform bis jetzt im wesentichen auf viefach berechtigte Proteste gegen unerwünschte Formen in dem Erzbergerschen Steuerprogramm beschränkt haben. An eigenen Vorschlägen oder an der Unterstützung anderer weitgehender Vorschläge zum Neuaufbau der deutschen Finanzwirtschaft, der gleichzeitig ein Neuaufbau der deutschen Gesamtwirtschaft wird sein müssen, haben es die berufenen Vertreter der Bankwelt aber bisher fehlen lassen.

Hapag-Harriman. Mir wird geschrieben: „In der Wirtschaft gibt es kein sich Erschöpfen in fruchtlosen Protesten. Der Verlust unserer Handelsflotte gehört zu den schwersten Schlägen des Friedensvertrages. Unsere Grossreedereien haben aber, nachdem dieser schmerzliche Verlust einmal feststeht, nicht gezögert Schritte zu tun, um wenigstens das, was ihnen geblieben ist, Hafenanlagen, Organisation, Erfahrung und Arbeitskraft wieder produktiver Arbeit zuzuführen und damit den ersten schwachen Schritt in der Richtung des Wiederaufbaus deutscher Seeschiffahrt zu tun. Dabei konnte zunächst nur die Form des Zusammenarbeitens mit fremden Schiffsbesitzern in Frage kommen. Sowohl die Hamburg-Amerika-Linie, als auch der Norddeutsche Lloyd haben den Anschluss an die amerikanische Reederei gefunden. Die Einzelheiten der Vereinbarungen, die getroffen wurden, sind noch nicht bekannt. Der Norddeutsche Lloyd hat Vereinbarungen mit der United States Mail Steamship Co., die Hamburg-Amerika-Linie hat ein Abkommen für 20 Jahre mit dem Harriman-Konzern, vertreten durch die Firma W. A. Harriman & Co. abgeschlossen. Harriman kontrolliert die American Ship and Commerce Corporation, die ihrerseits alle Aktien der Kerrlinie besitzt, die wie bekannt, bereits seit längerer Zeit den Schiffsverkehr mit Amerika in Zusammenarbeit mit der Hapag aufgenommen hat. Darüber hinaus kontrolliert Harriman eine ganze Anzahl von Schiffahrtsgesellschaften, Schiffsmaklerfirmen und Werften, ebenso wie der Konzern eine grosse Macht in der amerikanischen Industrie und vor allen Dingen im Eisenbahnwesen darstellt. Der Name Harriman wird durch dieses Zusammenarbeiten mit unserer grössten Schiffahrtsgesellschaft wieder einmal populär in Deutschland, innerhalb und ausserhalb der Börse, sowie er es bis vor elf Jahren sehr häufig war. Der heutige Leiter des Harrimankonzern ist der Sohn des weltbekannten Eisenbahnkönigs Edward H. Harrimann. Der alte Harrimann, der im Jahre 1909 gestorben ist, und dessen vorangehende Krankheit wochenlang die Börsen der ganzen Welt in Erregung hielt, weil man von seinem Tode einen starken Einfluss auf den Eisenbahnaktienmarkt in New York erwartete, war von Hause aus Bankier, aber ein Bankier, der es mit seinen Finanzgeschäften zu verbinden verstand, einer der ersten Eisenbahnfachleute der Welt zu sein. Harriman stand in seinen Geschäften und in seinen oft sehr heftigen Kämpfen um den Einfluss auf amerikanische Unternehmungen, insbesondere auf amerikanische Eisenbahnen, stets in enger Verbindung zu der Rockefellergruppe, dem Konzern der Standard Oil Co. Im Jahre 1901 spielte sich zwischen Edward H. Harriman und James J. Hill ein Kampf um die Aktien der Northern-Pacific-Bahn ab, der die wüsteste Börsenspekulation entfesselte und von New York auf alle anderen Börsen der Welt übertrug. Hill blieb damals der Sieger in diesem Kampf. Aber immerhin war die Niederlage Harrimans so, dass der Sieger ein Abkommen mit ihm treffen musste, bei dem man den Gewinn, den Harriman aus dem Kampfe mit nach Hause trug, auf 80 Millionen Dollar schätzte. In der Persönlichkeit Harrimans mischte sich, wie es so oft bei den amerikanischen Geldfürsten der Fall war, ein starker aufbauender Geist mit der Neigung zu rücksichtslosen Methoden des finanziellen Raubrittertums. Nach dem Tode Edward H. Harrimans hat das Interesse der deutschen Oeffentlichkeit für seinen Konzern nachgelassen. Der Konzern selbst aber hat vielleicht an Temperament, aber kaum an Ausdehnung verloren. Jedenfalls berechtigt der Anschluss der deutschen Grosschiffahrt an starke amerikanische Gruppen zu der Hoffnung, dass es gelingen wird, die persönlichen und sachlichen produktiven Kräfte der deutschen Seeschiffahrt wieder zu entfalten und dadurch in langsamer, mühevoller Arbeit den Weg zur Wiedererstehung einer nationalen deutschen Handelsflotte zu bahnen."

fn. **Die fehlende Außenhandelsstatistik.** In der letzten Nummer des „Plutus" (S. 182) wurde wieder einmal mit Nachdruck auf den Uebelstand hingewiesen, daß die Statistik des deutschen Aussenhandels immer noch nicht veröffentlicht wird. Den gleichen Gegenstand nahm in der Aussprache des Wirtschaftsrates beim Reichswirtschaftsministerium über Valutafragen und Wirtschaftskrise Dr. Rudolf Hilferding zum Anlass eines Angriffes auf das Reichswirtschaftsministerium, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigliess. Hilferding sagte, dass die wirtschaftliche Berichterstattung der Nachkriegszeit auf dem gleichen Niveau stände, wie die offizielle Kriegsberichterstattung. Er wies darauf hin, dass gerade bei allen Valutaerörterungen das Fehlen der Aussenhandelsstatistik der Diskussion die einzigen realen Grundlagen entziehe. Der Staatssekretär Professor Julius Hirsch konnte wenig zur Verteidigung der Verwahrlosung der amtlichen wirtschaftlichen Berichterstattung vorbringen. Er verteidigte sich mit technischen Schwierigkeiten im Statistischen Amt und wandte ein, dass die Aussenhandelsziffern, wenn sie veröffentlicht worden wären, den Mangel gehabt hätten, infolge der starken irregulären Einfuhr durch das Loch im Westen kein zutreffendes Bild abzugeben. Gegenüber diesem letzten Argument habe ich an dieser Stelle bereits betont, dass es nicht stichhaltig für das Verschweigen der vorhandenen Ziffern sei, sondern dass es nur einen Grund abgeben könnte, bei der Veröffentlichung der Statistik auf die vorhandenen Fehlerquellen hinzuweisen. Dass dies möglich wäre, bestätigte der Staatssekretär in-

sofern, als er von sachverständigen Schätzungen der irregulären Einfuhr sprach, die dem Reichswirtschaftsministerium vorliegen, aus denen man ja auch kein Geheimnis zu machen brauchte. Der Hinweis auf die technischen Schwierigkeiten beim statistischen Amt ist nicht recht verständlich. Denn es wird doch wohl vom Staatssekretär Hirsch kaum bestritten werden, dass die Aussenhandelsstatistik beim statistischen Amt an sich fertiggestellt wird. Ein kleiner Kreis von auserwählten Persönlichkeiten erfährt meines Wissens die Ziffern dieser Statistik regelmässig. Technische Schwierigkeiten könnten doch wohl nicht gerade bei der Drucklegung für die Oeffentlichkeit auftauchen. Staatssekretär Hirsch führte Beschwerde darüber, dass in der Presse gelegentlich in der Diskussion mit Ziffern gearbeitet werde, die die Journalisten nur „aus der Tiefe ihres Gemütes" geschöpft haben könnten. Es muss angesichts dieser Beschwerde betont werden, dass die einzige Möglichkeit, unkontrollierbaren, vielleicht auch falschen Ziffern ihren Kurswert zu nehmen, in der Veröffentlichung der amtlichen Aussenhandelsstatistik besteht. Nichtveröffentlichung muss eine Quelle des Misstrauens sein. Es könnte sehr leicht nicht nur im Inlande der sehr unerwünschte Verdacht entstehen, dass diese Statistik der Offentlichkeit vorenthalten wird, weil die Regierung irgend etwas zu verbergen wünscht, was man aus der Statistik ersehen könnte. Schon um diesem Verdacht entgegenzuarbeiten, darf nicht länger mit der Veröffentlichung der Aussenhandelsstatistik gezögert werden. Es muss auch auf diesem Gebiete endlich mit dem Abbau schlechter Kriegssitten Ernst gemacht werden.

Börse und Geldmarkt.

Die Börse steht heute vor allem im Zeichen der Politik. Als am Tage nach den Wahlen es sich zeigte, dass die bisherige Regierungskoalition nicht intakt geblieben war und dafür die Deutsche Volkspartei und die Unabhängigen erheblichen Stimmen- und Mandatszuwachs zu verzeichnen hatten, prägte sich im Börsenverkehr eine bemerkenswerte Festigkeit aus. Glaubte man doch, dass nunmehr die Deutsche Volkspartei in die Regierungskoalition eintreten und damit ihre Basis nach rechts wesentlich verbreitern werde. Die nächsten Tage zeigten, dass das ein Trugschluss gewesen war, und dass eine Kombination, die gleicherweise Mehrheitssozialisten und und die keineswegs republikanisch zuverlässigen deutschen Volksparteiler einschlösse, ein Ding der Unmöglichkeit sei. Diese Erkenntnis war der Börse recht schmerzlich. Es ist kein Geheimnis, dass man in der Burgstrasse, in der früher der Liberalismus und die Demokratie Trumpf waren, zum erheblichen Teil deutsch-volksparteiisch gewählt hat. Ausschlaggebend war hier der Gesichtspunkt, dass die Deutsche Volkspartei bei einer Einflussnahme auf die Regierungsgeschäfte zunächst das von ihr leidenschaftlich bekämpfte Erzberger-Finanzprogramm revidieren oder aufheben und auf eine Steuergesetzgebung und Steuerpraxis drängen werde, die das mobile Kapital und vor allem das Produktionskapital milder behandeln würde, als es Erzberger getan hatte. Die Börse hat bei der Abgabe ihres Stimmzettels denselben Fehler gemacht, den ein grosser Teil des Volkes, der sich diesmal in die

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:[1])

Mittwoch, 16. Juni	*G.-V.:* Bergbau-A.-G. Justus, A.-G. für Federstahlindustrie vorm. A. Hirsch Cassel. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Joh. Girmes & Co., Bezugsrechts Fritz Andree & Co., Bezugsrechts Elsässisch-Badische Wollfabriken in Forst (Lausitz).
Donnerstag, 17. Juni	Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — *G.-V.:* Lübeck-Büchener Eisenbahn, Allgemeine Deutsche Kleinbahn-A.-G., Kraftübertragungswerke Rheinfelden, Westdeutsche Eisenbahn-Gesellschaft, Moselbahn-A.-G., Engelhardt Brauerei-A.-G., Bergwerksgesellschaft Trier, Deutsche Seefischerei-Akt.-Ges. Cuxhaven. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Deutsche Gussstahlkugel- und Maschinenfabrik.
Freitag, 18. Juni	*G.-V.:* Stärkezuckerfabrik Koehlmann, Dürkoppwerke A.-G., Deutsche Maschinenfabrik Duisburg. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Carl Lindström A.-G., Bezugsrechts Lauchhammer, Bezugsrechts Allgemeine Creditanstalt Leipzig.
Sonnabend, 19. Juni	Bankausweis New-York. — *G.-V.:* Barmer Creditbank, Stettiner Chamottefabrik vorm. Didier, Stadtberger Hütte, Deutsche Sprengstoff-A.-G. Hamburg, Sprengstoff-Gesellschaft Kosmos, Carbonit-A.-G. Hamburg, Dynamit-A.-G. vorm. Nobel, Schiffswerft Henry Koch Lübeck, Sondermann & Stier A.-G., Fabrik feuerfester und säurefester Produkte in Liq. Berlin.
Montag, 21. Juni	*G.-V.:* Sächsische Bank zu Dresden, Dittmann, Neuhaus & Gabriel, Jutespinnerei und Weberei Bremen, Löbwerke A.-G., Leipziger Spritfabrik. — Schluss des Bezugsrechts Aktienspinnerei Aachen, Bezugsrechts Nüscke & Co. Schiffswerft, Bezugsrechts Stahl & Nölke A.-G., Bezugsrechts Deutsche Kabelwerke A.-G.
Dienstag, 22. Juni	*Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Frerichs & Co. Schiffswerft und Maschinenfabrik, Consolidirte Alkaliwerke Westeregeln, Salpeterwerke Augusta Victoria. — Schluss des Bezugsrechts Deutsche Kunstleder-Akt.-Ges., Bezugsrechts Aktien Elsflether Werft, Bezugsrechts Dr. Paul Meyer A.-G., Bezugsrechts Hein, Lehmann & Co.
Mittwoch, 23. Juni	*G.-V.:* Orenstein & Koppel, Deutsche Kaliwerke A.-G., Rumpler-Werke, Magdeburger Strasseneisenbahn, Terrain-A.-G. Park Witzleben, Berlin-Spandauer Terrain-A.-G. — Schluss des Bezugsrechts Potsdamer Creditbank, Bezugsrechts Anhaltische Kohlenwerke, Bezugsrechts Wanderer-Werke, Winklhofer & Jaenicke, Bezugsrechts Plauener Spitzenfabrik, Bezugsrechts David Richter A.-G.

[1]) Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen.

Donnerstag, 24. Juni	Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — *G.-V.:* Deutsche Effekten- und Wechselbank, Allgemeine Deutsche Creditanstalt, Mitteldeutsche Privatbank, Dürener Bank, Handelsgesellschaft f. Grundbesitz, Commerz- und Disconto-Bank, Union Bau-Ges. auf Aktien, Chemische Fabrik J. Riedel A.-G., Friedrich WilhelmLebensversicherungs-Akt.-Ges., Lübecker Maschinenbau-Ges., Erzgebirgische Dynamitfabrik, Deutsch-Oesterreichische Dampfschiffahrts-A.-G., Demerag Donau-Main-Rheinschiffahrts-A.-G. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Gothaer Waggonfabrik, Bezugsrechts Textilosewerke u. Kunstweberei Claviez, Bezugsrechts Flensburger Dampfschiff-fahrts-Ges.
Freitag, 25. Juni	*G.-V.:* Siemens Elektrische Betriebe, Lokalbahn-A.-G. München, R. Frister Akt.-Ges, Akt.-Ges. Mix & Genest, Frankfurter Gas-Ges., Zellstoff-Fabrik Waldhof, Schlesische Elektrizitäts- und Gas-Akt.-Ges., Pyroluzit A.-G. — Schluss des Bezugsrechts Leonhard Tietz A.-G., Bezugsrechts Treuhand-Bank f. Sachsen, Bezugsrechts Wurzener Bank, Bezugsrechts Görlitzer Maschinenbau-A.-G.
Sonnabend, 26. Juni	Bankausweis New-York. — *G.-V.:* Stettin-Bredower Portland Cementfabr., Sprengstoffwerke Dr. R Nahnsen, Georg A. Jasmatzi A.-G, Deutsche Solvay-Werke, Akt.-Ges. vorm. Spinn & Sohn, Duxer Porzellan-Manufaktur, Leipziger Werkzeugmaschinenfabrik Pittler, Germania Lebensversicherung Stettin, Allianz Versicherungs-Ges. — Schluss des Bezugsrechts Maschinenfabrik Germania, Bezugsrechts Ver. Metallwarenfabr. Haller.
Montag, 28. Juni	*G.-V.:* Zentralbank Hamburg, Vereinsbank Wismar, Brieger Stadtbrauerei, Felten & Guilleaume Akt.-Ges., Niederrheinische Akt.-Ges. f. Lederfabriken vorm. Spier, Telephonfabrik Berliner Oelwerke Stern, Sonneborn, Continental Linoleum A.-G. Berlin, Elektrische Licht- und Kraftanlagen, Ver. Eisenbahnbau- u. Betriebs-Ges., Gebr. Goedhardt A.-G., Hallesche Kaliwerke, Continentale Wasserwerke.
Dienstag, 29. Juni	*G.-V.:* Süddeutsche Disconto-Ges., Berliner Makler-Verein, Deutsche Eisenbahn-Ges. Frankfurt, Deutsche Kaliwerke A.-G., Heldburg Akt.-Ges., Admiralsgartenbad, Amme Giesecke & Konegen, Lichtenberger Terrain-Akt.-Ges., Mannheim-Bremer Petroleum-Ges., Leonhard Tietz Akt.-Ges., Chemische Fabrik Grünau, Teltower Boden-Akt.-Ges., Neue Photographische Gesellschaft, Sielaff Maschinenfabrik A.-G., Akt.-Ges. für Montanindustrie, Atlas Deutsche Lebensversicherungs-Akt.-Ges.
	Verlosungen: 20. Juni: Congo 100 Fr. (1888), 3% Pariser 400 Fr. (1910). 22. Juni: 2 4/5% Crédit foncier de France Pfandbr. (1895), desgl. 2 3/5 und 3% Komm.-Obl. (1892, 1906, 1912). 25. Juni: 2% Pariser Metr.-Eisenb.-Anl. (1899).
Mittwoch, 30. Juni	*G.-V.:* Deutsche Bank, Elektrizitäts-A.-G. Lahmeyer, Deutsche Erdöl-Akt.-Ges., Allgemeine Gas- und Elektrizitäts-Ges. Bremen, Carl Lorenz A.-G., Bensberg-Gladbacher Bergwerks- und Hütten-A.-G. Berzelius, Chemische Fabrik Billwärder, Hell & Sthamer, Eisenbahn-Signal-Bau-Anstalt Max Jüdel & Co., Zoologischer Garten Berlin, Bochum-Gelsenkirchener Strassenbahn, Akt.-Ges. Weser, Königsberger Handels-Compagnie, Bröltbaler Eisenbahn, Basalt-Akt.-Ges., Akt.-Ges. für Mineralöl-Industrie, Gladbacher Feuer- und Rückversicherung. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Ilseder Hütte, Bezugsrechts W. Kreft Akt.-Ges., Bezugsrecht Zimmermann-Werke A.-G. Chemnitz, Bezugsrechts Ver. Riegel- und Schlossfabriken.
Donnerstag, 1. Juli	Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris.
Freitag, 2. Juli	*G.-V.:* Bayerische Vereinsbank, Bank für Bergbau und Industrie, Preussisches Leihhaus, Deutsche Mineralöl-Industrie A.-G. Wietze, Rositzer Braunkohlenwerke, Terrain-Gesellschaft am Neuen Botanischen Garten, Terrain-Gesellschaft am Treptower Park, Bautzener Tuchfabrik, Dommitzscher Thonwerke, Enzinger Werke. — Schluss des Bezugsrechts J. A. John Akt.-Ges.
Sonnabend, 3. Juli	Bankausweis New York. — *G.-V.:* Berliner Speditions- und Lagerhaus vorm. Bartz & Co., Chemische Fabrik Milch Akt.-Ges. — Schluss der Vorrechtsaktien Lauchhammer.
Montag, 5. Juli	*G.-V.:* Disconto-Gesellschaft, Werschen-Weissenfelser Braunkohlen-Akt.-Ges., Voltohm Seil- und Kabelwerke Frankfurt, Deutsche Jutespinnerei und Weberei Meissen, Straussberg-Herzfelder Kleinbahn, Lugauer Steinkohlenbauverein, Duxer Kohlenverein. — Schluss des Bezugsrechts Philipp Holzmann Akt.-Ges., Bezugsrechts Maschinenbau-A.-G. Balcke, Bezugsrechts Tellus A.-G. für Bergbau und Hüttenindustrie.
Dienstag, 6. Juli	*Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Dresdener Bank, Rümelingen-St. Ingberter Hochöfen und Stahlwerke, Midgart Deutsche Seeverkehrs-A.-G., Neue Boden-Akt.-Ges., Milowicer Eisenwerk, Schöneberg-Friedenauer Terrain-Gesellschaft.
	Verlosungen: 30. Juni: Bevilacqua la Masa 10 Lire (1888), Braunschweiger 20 Tlr. (1868), San Marino 25 Lire (1908). 1. Juli: 4% Amiens 100 Fr. (1871), 3% Madrider 100 Fr. (1868), Neapeler Prämienscheine (1881), Norwegische Präm.-Anl. 10 Kr. (1897), Oesterr. Credit-Anstalt 100 Gld. (1858), Sachsen-Meininger 7 Gld. (1870), 2½% Stuhlw.-Raab-Grazer Eisenb. 100 Tlr. 5. Juli: Crédit foncier de France 2 3/5, 3½ u. 3% Pfandbr. (1879, 1885, 1909, 1913), Oesterreichische Allg. Bodencredit-Anstalt 3% 100 Gld.-Präm.-Pfandbr. (1889), 2½% Pariser 400 Fr. (1894/96), dgl. 3% 300 Fr. (1912).

Opposition geschlagen hat, beging, weil er glaubte, damit einen wirksamen Protest gegen die Höhe der Lebensmittelpreise und gegen die allzu starke steuerliche Belastung abzugeben. Unter dem Gesichtspunkt einer notwendigen innerpolitischen Klärung ist es eigentlich zu bedauern, dass nicht, wie es zuerst den Anschein hatte, eine Regierung der Rechtsparteien zustande kommt. Denn dann hätte auch die Börse und mit ihr all die Kreise in Industrie und Handel es in nicht allzu ferner Zeit einsehen müssen, dass jede Regierung, die die Bestimmungen des Friedensvertrages respektieren will und ihre dringendste Pflicht, die Abbürdung der schwebenden Schulden, nicht vernachlässigt, ein Steuerprogramm aufstellen muss, das sich von dem Erzbergerschen nicht grundsätzlich und nicht graduell, sondern nur nuanciell unterscheidet. Jede Regierung, die im Endresultat dieselben riesenhaften Erträgnisse auf dem Steuerwege aus der Volkswirtschaft herauspressen muss, ist auch gezwungen, diese Lasten allen Volkskreisen in einem Masse aufzulegen, das bei jeder einzelnen Gruppe den Eindruck erweckt, als sei sie gerade über die Grenzen des Erträglichen hinaus belastet. Allenfalls hätte man einen Teil der direkten Steuern auf den Besitz noch auf irgendwelche neuen indirekten Steuern abwälzen können, aber auch das dürfte nur eine theoretische Möglichkeit sein, denn praktisch würde ein solches Unterfangen auf den geschlossenen Widerstand der beiden sozialdemokratischen Parteien mit ihren 191 Mandaten stossen und hätte damit zu den schwersten innerpolitischen Kämpfen geführt. Ja, auch die gewerkschaftlich organisierten Kreise des Zentrums und der Demokraten hätten eine solche Steuerpolitik nicht mitgemacht, sondern durch ihre Opposition sie schon im Parlament sogleich zu Fall gebracht.

Dass sich die finanzielle Lage des Reiches immer weiter verschlechtert, ist allerdings eine Tatsache, die jeder Kundige aus den erschreckenden Ziffern der Reichsbankausweise herauslesen kann. Was hieraus werden soll, ist unerfindlich. Man verlangt, dass das Reich seine Betriebskosten stark herabschraube und vor allem den riesigen Beamtenapparat einschränkt. In ganz grossem Umfange wird das aber zweifellos erst dann möglich sein, wenn die Zwangswirtschaft, die für ihre Durchführung so zahlreiche Organisationen mit gewaltigen Beamtenapparaten erfordert, aufgehoben ist. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft im gegenwärtigen Moment aber scheint, obwohl sie auf den Wahlprogrammen der rechtsstehenden Parteien als Lockmittel figurierte, denn doch noch ein sehr schwieriges Unternehmen zu sein. Und wir müssen es mit einem grossen Fragezeichen versehen, ob, wenn die Rechtsparteien die Regierung übernommen und sofort mit der Realisierung dieses ihres Programms endlich ernst gemacht hätten, sie imstande gewesen wären, ein weiteres steigen des Preises gerade der unentbehrlichsten Lebensmittel zu verhüten, das innerpolitisch zu unabsehbaren Konsequenzen hätte führen müssen. So scheint denn noch keine Aussicht dafür vorhanden zu sein, dass die Ansprüche des Reiches an den Kapitalmarkt sich in absehbarer Zeit mindern, und ein weiteres Ansteigen des Notenumlaufs über die jetzt erreichte 50 Milliarden-Grenze wird sich vorerst nicht verhindern lassen. Neben Reich und Staat aber sind es jetzt Industrie und Handel, die steigende Ansprüche an die Bankwelt und den offenen Kapitalmarkt stellen. Was hier vor einigen Wochen gesagt wurde, tritt von Tag zu Tag stärker in Erscheinung: Wir bekommen eine ganz erhebliche Geldversteifung und dieser Zustand wird dadurch nicht erträglicher gemacht, dass unsere Banken, worauf erneut hingewiesen sei, häufig recht unkulant und sehr wenig loyal die Kreditgewährung handhaben. Man sollte doch in den Chefkabinetts der Banken nicht immer gleich die schärfsten Seiten aufziehen, und nicht jedesmal, wenn eine Konjunkturwende eintritt, den Betroffenen ihren Kampf um die Fortführung der Betriebe durch Kreditkündigungen oder Einschränkungen erschweren. In solchen Zeiten müssen die Banken weitherzig, wenn auch vorsichtig die wirklich seriösen Kreditkunden unterstützen. Unsere Banken haben seit Jahren und — wie gerade jetzt der Ausweis der Deutschen Bank zeigt — auch in diesem Jahre eine so überaus vorsichtige und hausväterliche Dividenden- und Sparpolitik betrieben, dass sie es nicht nötig haben, jetzt ängstlich und engherzig ihre Kredite zu kündigen, weil ein grosser Teil ihrer Kundschaft unter dem Druck der Absatzkrise steht.

Justus.

Plutus-Archiv.

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Leitfaden für das Wertpapier-Geschäft der Raiffeisenschen Spar- und Darlehnskassen-Vereine. 2. Auflage. Bearbeitet vom Generalverband der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften e. V. Berlin 1920. Landwirtschaftliche Zentral-Darlehnskasse für Deutschland. Preis ℳ 0.75.

Vorwort. — Die Verwahrung der Wertpapiere durch die Landwirtschaftliche Zentral-Darlehnskasse. — Die Verwahrung der Wertpapiere durch die Spar- und Darlehnskassen-Vereine. — Die Verlosungskontrolle. — Die Einlösung der fälligen Zins- und Dividendenscheine. — Die Beschaffung neuer Zinsbogen. — Die Beleihung von Wertpapieren. — Die Beleihung von Reichsschuldbuchforderungen. — Die Beleihung von Wertpapieren, welche von der Reichsbank (Kontor für Wertpapiere) verwaltet werden. — Die Einlösung ausgeloster, gekündigter oder zur Rückzahlung fälliger Wertpapiere. — Der Ankauf von Wertpapieren. — Anhang.

Der Weltkrieg im Lichte naturwissenschaftlicher Geschichtsauffassung. Laiengedanken eines Berufsoffiziers. Berlin SW 11. Verlag von Georg Bath. Preis ℳ 20.—.

Vorwort. — Vom Sinn des Krieges. — Der Sinn dieses Krieges. — Vom Rassetrieb. — Der egozentrische Trieb. — Der Spiegel des Kriegsverlaufs. — Der Spiegel der Politik. — Porta Nigra. — Die Therapie.

Die deutsche Auslandshochschule. Vorläufige Denkschrift für das Reichsministerium des Innern. Von Dr. Anton Palme. Berlin 1920. Verlag der Haude & Spenerschen Buchhandlung Max Paschke. Preis *M* 2.—.

Die Luxussteuer. Ein Leitfaden für alle Gewerbetreibende und Luxussteuerpflichtige unter Berücksichtigung der Ausführungsbestimmungen des Reichsrates dargestellt von H. Weinbach, Regierungsrat in Frankfurt am Main. Berlin 1920. Karl Heymanns Verlag. Preis *M* 3.30.

Vorbemerkung. — Herstellungssteuer. — Die der erhöhten Steuer unterliegenden Gegenstände. — Hersteller. — Bestimmung der Gegenstände für die Hauswirtschaft. — Bauwerk. — Befreiung von Arzneimitteln. — Entnahme aus dem eignen Betrieb. — Versteigerungen. — Import und Export. — Steuervergütung bei Weiterverarbeitung und -bearbeitung. — Steuervergütung in andern Fällen. — Die Kleinhandelsluxussteuer. — Lieferung im Kleinhandel. — Inseratensteuer. — Wohnsteuer. — Depotsteuer. — Steuer auf Vermieten von Reittieren. — Ueberwachung des Steuerpflichtigen. — Buchführung. — Steuerberechnung und -Veranlagung. — Entrichtung der Steuer durch Quittungen. — Ueberwachung der Presse. — Zuständigkeit für die Steuererhebung. — Strafbestimmungen. — Uebergangsbestimmungen.

Der Bankangestelltenstreik in Hamburg. Ursache und Wirkung. Von Richard Geissler, Erster Vorsitzender des Zweigvereins Hamburg-Altona. Berlin 1920. Deutscher Bankbeamten-Verein E. V., Mittelstrasse 39. Preis *M* 1.—.

Leitfaden über den bargeldlosen Zahlungsverkehr. Von Dr. Marzin Grünefeld. Berlin C 19, Verlag für bargeldlosen Zahlungsverkehr. Preis *M* 1.—.

Die Herkunft der Ungarn, ihre Sprache und Urkultur. Von Josef Szinnyei. Ungarische Bibliothek für das ungarische Institut an der Universität Berlin. Herausgegeben von Robert Gragger. Erste Reihe, Heft 1. Berlin und Leipzig 1920. Vereinigung wissenschaftlicher Verleger Walter de Gruyter & Co., vorm. J. Guttentag, G. J. Göschen'sche Verlagshandlung, Georg Reimer, Karl I. Trübner, Veit & Co. Preis *M* 5.—.

Steuerrecht und Genossenschaften. Erster Teil. Kreditgenossenschaften. Von Dr. jur., Dr. oec. publ. E. H. Meyer, Rechtsanwalt, Syndikus des Allgemeinen Verbandes der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Genossenschaftliche Zeit und Streitfragen. Begründet von Ludwig Parisius und Dr. Hans Crüger. Heft 17. Berlin und Leipzig 1920. Vereinigung wissenschaftlicher Verleger Walter de Gruyter & Co., vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung. J. Guttentag Verlagsbuchhandlung, Georg Reimer, Karl I. Trübner, Veit & Co. Preis *M* 4.—.

Kreditgenossenschaften. — Formelle Steuergesetze. — Kriegs- und Vermögenssteuern. — Indirekte Steuern.

Das Schicksal des Einheitsgedankens im deutschen Verkehrswesen. Eine Kritik von Dr. rer. pol. R. Quaatz. Geheimer Regierungsrat, Syndikus der Handelskammer Essen. Essen 1920. Verlag der Wirtschaftlichen Nachrichten aus dem Ruhrbezirk, Bismarkstr. 13. Preis M. 8.50.

Das Rheinlandabkommen sowie die Verordnungen der Hohen Kommission in Coblenz. Dreisprachige Textausgabe. Erläutert von H. Vogels, Regierungsrat und Dr. W. Vogels, Staatsanwalt in Köln. Bonn 1920. A. Marcus & E. Weber, Verlag, Dr. jur. Albert Ahn. Preis M. 10.—.

Verzeichnis der Abkürzungen. — Einleitung. — Auszug aus den Waffenstillstandsverträgen, dem Haager Abkommen über den Landkrieg und dem Friedensvertrag. — Das Rheinlandabkommen vom 28. 6. 1919. — Die Verordnung der Hohen Interalliierten Rheinlandkommission. — Die Anweisung der Hohen Interalliierten Kommission. — Sachregister.

Geld und Kapital. Gesammelte Aufsätze von Dr. Friedrich Bendixen. Direktor der Hypothekenbank in Hamburg. Zweite, durchgesehene und vermehrte Auflage. Jena 1920. Verlag von Gustav Fischer. Preis M. 16.—.

Zur Theorie des Geldes. — Die Reichsbank und ihre Politik. — Das Kapital. — Anhang.

Zur Fortbildung der Erbschaftssteuer. Von Dr. Karl Muhs, Jena. Jena 1920. Verlag von Gustav Fischer. Preis M. 4.—.

Die Erbschaftssteuer in ihrer Beziehung zu gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftsfrage. — Die Verschärfung der objektiven Steuerpflicht. — Die Erweiterung der subjektiven Steuerpflicht. — Die sozialpolitische Gestaltung der Erbschaftsbesteuerung.

Wertgutgedanken. Die Wertgutgestaltung als Problem der Aesthek, der Wirtschaft und des Staates. Ein Beitrag zur Wiederaufrichtung der deutschen Arbeit von Paul Bröcker. Kultur- und Nationalpolitische Zeitfragen 3. Hamburg 1920. Deutschnationale Verlagsanstalt. Preis M. 6.—.

Vorwort. — Einleitung. — Die Wertgutgestaltung als Problem der Wissenschaft. — Die Wertgutgestaltung als Problem des Staates.— Schluss.

Die soziale Schöpferkraft im Aufbau Deutschlands und des Völkerlebens. Von Carl Kindermann. Hohenheim-Stuttgart. Münschen 1920. Verlag von Georg D. W. Callwey. Preis geheftet M. 16.80, gebunden M. 21.60.

Vorwort. — Unser Gesamtziel. — Der Wettbewerb um den Neubau. — Der Gesamtbau des deutschen Volkes und des Völkerlebens. — Die sozialen Grundkräfte. — Die wirtschaftliche Arbeit. — Die leitenden Tätigkeiten. — Die Jugend- und Volksbildnerei. — Das weltbürgerliche Leben. — Die Verstärkung der Hauptpfeiler des Gesamtbaues.

Ein Reichsfinanzprogramm für 1920. Von R. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amts der Stadt Berlin-Schöneberg. Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart. Eine Sammlung von Vorträgen und Schriften aus dem Gebiet der gesamten Staatswissenschaften. 17. Tübingen 1920. Verlag von J. C. B. Mohr. Preis *M* 6.—.

Das Geschlecht der Schelme. Roman von Fedor von Zobeltitz. Berlin 1920. Verlag Ullstein & Co. Preis *M* 4.—

Deutschland und Amerika. Erinnerungen aus dem fünfjährigen Kriege von Graf Johann-Heinrich Bernstorff. Berlin 1920. Verlag Ullstein & Co. Preis *M* 30.—.

Vorwort. — Einleitung. — Meine politischen Grundanschauungen vor und in dem Kriege. — Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika vor dem Kriege. — Die deutsche Propaganda in den Vereinigten Staaten. — Die politischen Ereignisse bis zu dem „Lusitania"-Fall. — Wirtschaftliche Fragen. — Die sogenannten deutschen Verschwörungen. — Der „Lusitania"-Zwischenfall. — Der „Arabic"-Zwischenfall. — Die zweite „Lusitania"-Krisis. — Der „Sussex-"Zwischenfall. — Die amerikanische Friedensvermittlung. — Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen. — Die Heimkehr.

Die Buchhaltung des Kaufmanns. Systematische Darstellung der einfachen und doppelten Buchführung nach deutscher (italienischer) und amerikanischer Art mit Beispielen und Aufgaben aus der Praxis von Karl Bott (Hans Bolten). Bearbeitet für den Unterricht in Handelsschulen, Buchhaltungslehrgängen und für das Selbststudium. Hamburg 1920. Hamburger Handels-Verlag. Preis *M* 8.20.

Schlüssel zum Lehrbuch der Buchhaltung des Kaufmanns. Von Karl Bott (Hans Bolten). Hamburg 1920. Hamburger Handels-Verlag. Preis *M* 2.50.

Der Wirtschaftskampf der Völker und seine internationale Regelung. Von Dr. Adolf Lenz, ord.

Professor an der Univ. Graz. Stuttgart 1920. Verlag von Ferdinand Enke. Preis ℳ 33.—.

Der Kampf des wirtschaftlichen Imperialismus. — Die Entstehung des wirtschaftlichen Imperialismus. — Der Wirtschaftskrieg im engeren Sinne. — Das Wesen des Wirtschaftskampfes. — Die internationale Regelung des Wettbewerbs der Völker. — Literaturverzeichnis.

Fünfzig Jahre bei Simens. Erinnerungsblätter aus der Jugendzeit der Elektrotechnik. Von Hermann Meyer, Oberingenieur der Siemens-Schuckertwerke. Berlin 1920. Ernst Siegfried Mittler & Sohn. Preis ℳ 12.—.

Die Reichsverfassung. Das neue Reichsstaatsrecht für den praktischen Gebrauch dargestellt von Dr. Otto Meissner, Geh. Regierungsrat und Referent beim Reichspräsidenten, Dozent der Verwaltungsakademie. Berlin 1920. Verlag von Reimar Hobbing. Preis ℳ 10.— und 20%.

Einleitung. — Aufbau und Aufgaben des Reichs. — Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen.

Reichseinkommen, Körperschaften, Kapitalertrags- und Landessteuergesetze. Guttentag'sche Sammlung von Textausgaben ohne Anmerkungen mit Sachregister. Berlin und Leipzig 1920. Vereinigung wissenschaftlicher Verleger Walter de Gruyter & Co. vorm G. J. Göschen'sche Verlagsbuchhandlung, J. Guttentag Verlagsbuchhandlung, Georg Reimer, Karl I. Trübner, Veit & Co. Preis ℳ 7.—.

Einleitung. — Einkommensteuergesetz. — Körperschaftssteuergesetz. — Kapitalertragsteuergesetz. — Vorläufige Vollzugsanweisung. — Landessteuergesetze. — Sachregister.

Deutschland und der Friedensvertrag von Versailles. Von Hermann Th. Drege. Geist und Arbeit, Schriften zu Deutschlands Erneuerung. Berlin 1920. Zentralverlag G. m. b. H. Preis ℳ 2.—.

Uebersichtliche Darstellungen der Verhältnisse in den Auswanderungsländern. Heft Nr. 5. Schweden. Herausgegeben im Auftrage des Reichswanderungsamtes März 1920. Auskunfthefte für deutsche Auswanderer. Berlin 1920. Zentralverlag G. m. b. H. Preis ℳ —.80.

Geldrevolution und Arbeitslohn. Ein Beitrag zur Lehre von den gleitenden Löhnen. Von Adolf Braun. Berlin 1920. Buchhandlung Vorwärts. Preis ℳ 1.50.

Sozialistische Monatshefte. Herausgeber Joseph Bloch. 5. und 6. Heft 1920. Alle 14 Tage ein Heft. Berlin 1920. Verlag der Sozialistischen Monatshefte G. m. b. H. Doppelheft ℳ 3.—, Vorzugsausgabe ℳ 5.—.

Inhalt des 5. und 6. Heftes: August Müller: Die Lehren der Staatsstreichepisode. — Max Schippel: Die soziale Lage in England. — Hermann Kranold: Das deutsche Militärsystem im Weltkrieg. — Ludwig Quessel: Ein Rückblick auf den Prozess Helfferich-Erzberger. — Hans Haustein: Max Hochdorf, Die Seelengeschichte des Gerard de Nerval.

Zeitschrift für Handelswissenschaftliche Forschung. Herausgegeben von Dr. E. Schmalenbach, Professor der Betriebswirtschaftslehre an der Universität Cöln. Leipzig 1920. G. A. Gloeckner, Verlag für Handelswissenschaft. 14. Jahrgang. Jan.-Febr. 1920. 1.—2. Heft. Bezugspreis ℳ 12.— für das Halbjahr. Der 14. Jahrgang (1920) erscheint in sechs Doppelheften.

Inhaltsangabe: Das eigene Kapital der eingetragenen Genossenschaften. Von Generalrevisor Hildebrand. — Die Technik der deutschen Eisenbahn-Güterbeförderung. Von Hermann Seuthe.

Steuernachsicht (Generalpardon). Von O. Kahn und L. Blum. Schweitzers Textausgaben mit Anmerkungen. München, Berlin und Leipzig 1920. Verlag I. Schweitzer. Preis ℳ 3.—.

Einleitung. — Gesetz über die Steuernachsicht. — Alphabetisches Sachregister.

Keine falschen Rechnungen? Schlusswort von Franz Oppenheimer und H. Oswalt. Frankfurt a. M. 1920. Verlagsbuchhandlung Blazek & Bergmann. Preis ℳ 2.—.

Die deutsche Finanzlage. Von Albert Oeser. Handelsredakteur der Frankfurter Zeitung (Berlin). Flugschriften der Frankfurter Zeitung. Frankfurt a. M. 1920. Druck und Verlag der Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H. Preis ℳ 1.—.

Die Todesgefahr des Kontinents. Von Arthur Feiler. Flugschriften der Frankfurter Zeitung. Frankfurt a. M. 1920. Druck und Verlag der Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H. Preis ℳ 1.—.

Zwischen Waffenstillstand und Frieden. Ein wirtschaftlicher Rückblick und Ausblick von Ernst Kahn. Flugschriften der Frankfurter Zeitung. Frankfurt a. M. 1920. Druck und Verlag der Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H. Preis ℳ 1.—.

Volkswirtschaftspolitik oder Erwerbspolitik. Zwei Vorträge von Dr. Otto Conrad. Wien 1919. Verlag Friedrich Schalk. Preis Kronen 3.—.

Die Schuld der Reichsbank an Deutschlands Zusammenbruch. Von Dr. Th. Christen. Sontra in Hessen 1920. Freiwirtschaftlicher Verlag. Preis halbjährlich ℳ 4.—.

Fragen, die zu lösen sind. Von W. Stankewitsch Berlin. Verlag „Friede und Arbeit". Preis ℳ 1.50.

Wirtschafts-Demokratie der Zukunft oder die Organisation der freien Arbeit und des Verbrauches. Von Wilhelm A. Wilhelm. Leipzig-Wien 1920. Anzengruber Verlag. Brüder Suschitzky. Preis ℳ 10.—.

Geschichte und Kritik des Kommunismus und Sozialismus. — Einleitung. — Die Klassenkämpfe der Vergangenheit. — Von der Utopie zur Wissenschaft. — Die materialistische Geschichtsauffassung und ihre Lehre. — Sozialistische Partei- und Wirtschaftsprogramme. — Der wissenschaftliche Sozialismus im Lichte der Kritik. — Die wirtschaftlichen Voraussetzungen zur Verwirklichung des Sozialismus. — Die Kollektivwirtschaft der Zukunft. — Die Wissenschaft über das Wirtschaften. — Die Mittel und Dinge des Wirtschaftens. — Die ungeschriebene Wirtschaftsverfassung. — Die Erzeugung gesellschaftlich notwendiger Bedarfsgüter. — Die Arbeitsleistung. — Die Bewirtschaftung der Güter. — Die gesellschaftliche Regelung des Waren- und Güterverkehrs. — Das Verteilen der Güter. — Der Verbrauch der Güter. — Die gesellschaftliche Vorsorge für soziale und wirtschaftliche Kultur. — Die Organisation einer vernunftgemässen und rationellen Kollektivwirtschaft. — Die Vergesellschaftung des Warenverkehrs und der Güterverteilung. — Die Vergesellschaftlichung der sozialen Kultur und des wirtschaftlichen Fortschrittes. — Der Weg zur demokratischen Gesellschaftswirtschaft. — Verzeichnis benützter Bücher und Zeitschriften.

Grundriss der gesamten neuen Steuergesetzgebung. Auf Veranlassung des Reichsverbandes der deutschen Industrie für den praktischen Gebrauch bearbeitet von Dr. Fritz Haussmann und Dr. Georg Cleeves, Rechtsanwälte in Berlin. Teil I: Finanzrechtliche Bestimmungen der Reichsverfassung, Kriegsabgabe 1919, Vermögenszuwachssteuer, Erbschaftssteuer, Grunderwerbssteuer. Berlin 1920. Industrieverlag Spaeth & Linde. Preis ℳ 5.40 und 20 %.

Einleitung. — Die Gesetze über eine ausserordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 und eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachse vom 10. September 1919. — Kriegsabgabegesetz 1919. — Vermögenszuwachssteuergesetz. — Das Erbschaftssteuergesetz vom 10. September 1919. — Das Grunderwerbssteuergesetz vom 12. September 1919. — Anhang.

Deutschlands Erneuerung. Monatsschrift für das deutsche Volk. 4. Jahrgang. Heft 5. Mai 1920. München. J. F. Lehmanns Verlag. Preis vierteljährlich ℳ 7.50. Einzelheft ℳ 2.75.

Die neue Reichsverfassung: Prof. Dr. W. Merk. — Das süddeutsche Bürgertum in der Politik: Friedrich Neckaethäler. — Der deutsche Arbeiter und das Judentum. (Forts.): Dr. Walter Liek. — Erfolgreiche völkische Politik in Ungarn: Werner v. Heimburg. — Die Sozialisierung industrieller Betriebe: Prof. Dr.-Ing. Heidebroek. — Wege zum Mythos: Curt Hotzel. — Bild der Lage: Dr. Erich Kühn. — Bücherschau.

Europäische Reisen rings um Deutschland. Von Clara Maerkel-Krumhaar. Herausgegeben von Prof. Dr. Paul Maerkel. Leipzig 1920. Druck von F. A. Brockhaus. Preis ℳ 30.—.

Spanien — Frankreich — Belgien — Holland — England — Norwegen — Russland — Die Balkanstaaten — Oesterreich — Die Schweiz — Italien — Anhang.

Sozialistische Monatshefte. Herausgeber Joseph Bloch. Alle 14 Tage ein Heft. Berlin 1920. Verlag der sozialistischen Monatshefte. Preis ℳ 2.—. Vorzugspreis ℳ 1.50.

Inhalt des 7. und 8. Heftes: Die deutsche Politik: Max Cohen. — Schicksalsstunden: Max Schippel. — Wissenschaftliche Voraussetzungen der Sozialisierung: Wilhelm Feld. — Oekonomischer und religiöser Sozialismus: Hans Ehrenberg. — Die Massen, übertragen von Max Hochdorf: Charles Baudelaire.

Bilanztypen Roh-, Probe-, Umsatz-, Verkehrs-, Erfolgs-, Betriebs-, Vermögens-, Zwischen-, Liquidations-, Fusions- und Konkursbilanzen mit erläuterter Abschluss- und Bilanztabelle. Von Johannes Schreier. „Orga"-Schriften". Heft 4. Berlin 1920. Organisations-Verlagsgesellschaft m. b. H. Preis ℳ 1.50.

Danzigs Schicksal. Von Artur Brausewetter. Leipzig-Stötteritz 1920. Verlag Max Koch, Eichstädter Strasse 17. Preis ℳ 1.—.

Nord und Süd. Eine deutsche Monatsschrift, herausgegeben von Ludwig Stein. 44. Jahrgang. Maiheft 1920. Verlag der Schles. Buchdruckerei von S. Schottländer A.-G., Breslau III. Preis pro Heft ℳ 3.—, pro Quartal (3 Hefte) ℳ 9.—, pro Jahrgang (12 Hefte) ℳ 36.—,

Gibt es soziale Gesetze: Ludwig Stein. — Offener Brief eines Engländers an den Herausgeber: William Robertson. — Kultur, Zivilisation und Staat: Paul Rechenberg-Linten. — Der Einfluss des Feldherrntalents auf die Weltpolitik: Dr. Schulte-Vaerting. — Unsere gesunkene Moral und ihre Ursachen: H. Wega. — Die persische Frage und England: Dalmo Carnevali, Rom. — Europa: Rudolf Alpers. — Ex oriente Lux: Hans Wendt. — Valutakrankheit und Weltwirtschaft: Carl Redtmann. — Fürst Bismarcks Entlassung: Geh. Rat Univ.-Prof. D. Dr. jur. Emil Sehling, Erlangen.

Ueber den politischen Wert des Judentums. Von Johann Plenge. Essen a. d. R. 1920. G. D. Baedeker, Verlagsbuchhandlung. Preis ℳ 2.25.

Geleitwort. — Anlass. — Zwei Vorbemerkungen. — Der Ausgangspunkt der Erörterung. — Die verschiedenen Seiten des Judentums. — Die eigentliche Frage. — I. Die eigentliche Frage. — II. Die politischen Auswirkungen des religiösen Judentums.

Zur Fortbildung der Erbschaftssteuer. Von Dr. Karl Muhs, Jena. Jena 1920. Verlag von Gustav Fischer. Preis ℳ 4.—.

Die Erbschaftssteuer in ihrer Beziehung zur gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftslage. — Die Verschärfung der objektiven Steuerpflicht. — Die Erweiterung der subjektiven Steuerpflicht. — Die sozialpolitische Gestaltung der Erbschaftsbesteuerung.

Preussen-Deutschland oder Deutsches Deutschland. Von Dr. B. Schmittmann, ord. Prof. an der Universität Köln, M. d. p. L. Bonn 1920. A. Marcus & E. Webers Verlag (Dr. jur. Albert Ahn). Preis ℳ 7.20.

Einleitung. — Die Rechtslage. — Wie stehen wir zum Einheitsstaate. — Materialien zur Ablehnung des zentralistischen Einheitsstaates. — Hindernisse für die Wirksamkeit des förderativen Einheitsstaates. — Die Notwendigkeit der Zerlegung Preussens. — Materialien hierzu. — Lösungsversuche für das Problem Preussen-Deutschland. — Anhang.

Volkswirtschaftslehre. Grundbegriffe und Grundsätze der Volkswirtschaft. Populär dargestellt von Carl Jentsch. Herausgegeben von Dr. Anton Heinrich Rose. Leipzig 1920. Verlag von Fr. Wilh. Grunow. Preis ℳ 15.—.

Vorwort. — Carl Jentsch. — Wirtschaft. — Volkswirtschaft. — Weltwirtschaft. — Volkswirtschaftslehre. — Der Mensch als Zweck und Träger der Volkswirtschaft. — Naturgesetze der Volkswirtschaft. — Die wirtschaftliche Natur des Menschen. — Von den Gütern. — Vom Werte. — Vermögen. — Der Wirtschaftsprozess. — Die Arbeit. — Die Produktivität der Arbeit. — Das Eigentum. — Das Kapital. — Geld und Währung. — Kredit, Zins, Wucher. — Güterumlauf, Handel, Handelsbilanz. — Einkommen und Einkommenverteilung. — Teilung des Volkseinkommens in Arbeitslohn und Rente. — Privatwirtschaft mit freier Konkurrenz und Kommunismus. — Die Lage unseres Vaterlandes in wirtschaftlicher Beziehung kurz vor Beginn des Weltkrieges. — Die volkswirtschaftlichen Lehren des Weltkrieges und der Revolution. — Einige Leitsätze nebst Ratschlägen für das Selbststudium. — Sach- und Namenregister.

Wie kommen wir wieder zu erträglichen Preisen? Ein Beitrag zur Verständigung von Adolf Hinze. Osterwieck am Harz 1920. Kommissions-Verlag von A. W. Zickfeldt. Preis ℳ 4.—.

Die Elemente der Parteibildungen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Von Dr. Ludwig Sevin. Hamburg 1920. Deutschnationale Verlagsanstalt. Preis ℳ 1.50.

Die Banken und der Wiederaufbau der Volkswirtschaft. Von Dr. Fritz Georg Steiner. Wien-Leipzig 1920. Manz Verlag. Preis K. 12.— (ℳ 4.50).

Die Entwickelung der Bankfunktionen in der Volkswirtschaft. — Die einzelnen Bankfunktionen. — Das Bankwesen in der Ideologie der politischen Parteien. — Das Bankkapital in der Kriegswirtschaft. — Die Grundlagen der Bankentwicklung nach dem Kriege. — Richtlinien der Bankpolitik nach dem Kriege. — Die politischen Voraussetzungen der weiteren Bankentwicklung.

Gesetz betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft vom 31. Dezember 1919. Nach amtlichen Quellen erläutert von Wilhelm Coermann, Amtsgerichtsrat in Stuttgart. München und Berlin 1920. Druck und Verlag von R. Oldenbourg. Preis ℳ 6.—.

Literatur. — Aus der Gesetzbegründung. — Der Inhalt des Gesetzes. — Elektrizitätswirtschaftsgesetz. — Ergänzungsgesetze.

Soldaten-Siedlung. Ein Mahnwort an die Obrigkeit Ein Sammelruf für siedlungswillige Soldaten. Von Rechtsanwalt Dr. Hans Breymann, Leipzig. Leipzig 1920. Dietrich'sche Verlagsbuchhandlung. Preis ℳ 3.60.

Bürgerausschuss Gross-Berlin 1917—1920. Beitrag zur Geschichte der Reichshauptstadt. Mit Wortlaut des Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. April 1920. Aktenmässiger Bericht von Victor Noack, Geschäftsführer des Bürgerausschusses Gross-Berlin. Nr. 544/49 der Sammlung „Sozialer Fortschritt". Hefte für Volkswirtschaft, Sozialpolitik, Frauenfrage, Rechtspflege und Kulturinteressen. Gautzsch b. Leipzig 1920. Felix Dietrich. Preis des Einzelheftes ℳ —.40.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Fritz Naphtali-Berlin.

DEUTSCHE BANK.

Geschäftsbericht für das Jahr 1919.

Wir beehren uns, den Bericht über das fünfzigste Geschäftsjahr unserer Bank vorzulegen, deren Betrieb am 9. April 1870 eröffnet wurde.

In Rücksicht auf die durch den unglücklichen Ausgang des Krieges entstandene traurige Lage unseres Vaterlandes haben wir davon abgesehen, diesen Tag festlich zu begehen. Wir haben zur Erinnerung unseren Angestellten, ferner den pensionierten Beamten und Pension beziehenden Witwen und Waisen eine Jubiläumsgabe gewährt und unseren Beamten davon Kenntnis gegeben, daß wir im Einvernehmen mit unserem Aufsichtsrat bei der Generalversammlung die Errichtung eines Jubiläumsfonds beantragen werden, der bis zur Höhe von zehn Millionen Mark angesammelt werden soll. Der Antrag steht auf der Tagesordnung unserer Generalversammlung vom 30. Juni d. J.

Unserem Institut war im verflossenen halben Jahrhundert eine glückliche Entwicklung beschieden. Der Sonderaufgabe, die unserer Bank bei ihrer Gründung gestellt wurde, den geldlichen Verkehr der deutschen Heimat mit überseeischen Ländern zu pflegen, ist sie in weitgehendem Umfang gerecht geworden. Im Zusammenwirken mit führenden Unternehmungen der Industrie hat sie die Bahnen schaffen helfen, die der Ausbreitung unserer wirtschaftlichen Betätigung im Auslande zugute kamen.

Zu gleicher Zeit wuchs ihre Stellung und Bedeutung dadurch, daß es ihr gelang, auch für den Geld- und Kreditverkehr des Inlandes neue Wege zu finden. Das deutsche Bankwesen hat durch die organische Verbindung des Wertpapier- und Kontokorrentgeschäfts mit dem Betrieb der Depositenkassen eine Gestaltung erfahren, die sich in den letzten Jahrzehnten und ganz besonders in den Stürmen der Kriegszeit voll bewährt hat. Wenn es eines Beweises bedürfte, daß der zurückgelegte Weg richtig und nützlich gewesen ist, so liegt er in der Tatsache, daß die Organisation unseres Bankwesens auch bei unseren früheren Feinden vielfach als mustergültig anerkannt wird.

Während der fünf Jahrzehnte des Bestehens der Deutschen Bank hat es nicht an Krisen gefehlt, die das wirtschaftliche Leben unserer Heimat und des Auslandes auf das schwerste schädigen. Erwähnt seien der Börsenkrach im Jahre 1873, die Pariser Börsenkrisis in der Wende der Jahre 1881/1882, die russisch-englischen Wirren in der Afghanistan-Frage im Jahre 1885, die Zahlungseinstellung verschiedener Staaten 1892/1893, die Börsenderoute in Deutschland 1900 mit ihren tiefgreifenden Nachwirkungen im Jahre 1901, die Welthandelskrisis 1907. Alle diese Ereignisse mit ihren verhängnisvollen Folgen vermochten das Vorankommen unserer Bank nicht zu hemmen. Einzelne Merkmale ihrer Entwicklung seien in Erinnerung gebracht:

Es betrugen die Umsätze

		in Millionen Mark
am Ende des 1. Jahrzehnts	1879	8,834
„ „ „ 2. „	1889	28,125
„ „ „ 3. „	1899	50,770
„ „ „ 4. „	1909	101,780
„ „ „ Jahres	1913	129,201
„ „ „ „	1918	242,952
„ „ „ „	1919	428,878

An diesen Umsätzen waren beteiligt

	das Kontokorrentgeschäft	das Wertpapiergeschäft
1879	mit 3,373 Millionen Mark	mit 1,397 Millionen Mark
1889	„ 11.608 „ „	„ 4,262 „ „
1899	„ 21,231 „ „	„ 4.529 „ „
1909	„ 46,654 „ „	„ 6,366 „ „
1913	„ 61,068 „ „	„ 4,655 „ „
1918	„ 120,401 „ „	„ 7,522 „ „
1919	„ 212,932 „ „	„ 6,546 „ „

Die alle Ziffern des letzten vollen Friedensjahres weit übersteigenden Umsätze der Jahre 1918 und 1919 sind allerdings stark durch die Wertminderung der Reichsmark beeinflußt.

Die Summe der der Bank anvertrauten fremden Gelder stellte sich

Ende 1879 auf rund . . .	68,5 Millionen Mark
„ 1889 „ „ . . .	217,3 „ „
„ 1899 „ „ . . .	479,9 „ „
„ 1909 „ „ . . .	1 294,8 „ „
„ 1913 „ „ . . .	1 580,0 „ „
„ 1918 „ „ . . .	6 740,1 „ „
„ 1919 „ „ . . .	13 822,0 „ „

Im laufenden Jahre haben die fremden Gelder einen weiteren Zuwachs erfahren.

Für den Geschäftsumfang der Deutschen Bank gibt die folgende Uebersicht einen Anhalt. Es betrugen die fremden Gelder:

	bei der Deutschen Bank	bei allen deutschen Banken mit einem Aktienkapital von 1 Million Mark und darüber	also in Prozenten für die Deutsche Bank
	in Millionen Mark:		
1913 . . .	1,580	9,642	16,39
1918 . . .	6,740	29,981	22,48

Die Zahl der bei der Bank geführten Konten ist von der bescheidenen Ziffer im ersten vollen Betriebsjahr (1871): 472 gestiegen

1889 auf	20 428
1899 „	64 612
1909 „	227 985
1913 „	289 709
1918 „	573 367
1919 „	601 921

Die Bank hat gegenwärtig außerhalb Berlins 108 Niederlassungen. Sie hat außer ihren Berliner Gebäuden, die eine Bodenfläche von 22 814 qm umfassen, eigene Gebäude in 62 Städten.

Der Krieg hat den geregelten Gang unseres Wirtschaftslebens unterbrochen und Handel und Gewerbe unseres Landes bis in ihre Fundamente erschüttert. In die Organisation unserer Bank hat er auch unter anderem dadurch empfindlich eingegriffen, daß er die Tätigkeit unserer ausländischen Niederlassungen lahmlegte. Andererseits haben sich nach Friedensschluß die Umsätze mit dem Auslande außerordentlich vermehrt, indem fremde Unternehmer und Kapitalisten im Vertrauen auf die deutsche Arbeitskraft große Beträge von Reichsmark kauften und für diese Gelder Betätigung in Deutschland suchten. Ein Teil ist zum Erwerb von Wertpapieren verwendet worden, die Guthaben sind jedoch immer noch außergewöhnlich hoch. Es ist dies von großer Bedeutung für die künftige Entwicklung und den Wiederaufbau unserer Wirtschaft; denn die neugeschaffenen Verbindungen rechtfertigen

(Forts. nebenstehend)

die Hoffnung, daß der Wert der deutschen Mitwirkung in der Weltwirtschaft allmählich wieder Anerkennung findet. Es wird um so eher geschehen, je schneller sich die Verhältnisse des Arbeitsmarktes bessern.

Das hervorstechendste Kennzeichen der bankgeschäftlichen Tätigkeit im vergangenen Jahre war ein ungewöhnlich großer Umfang des Börsengeschäfts. Als sich nach der Unterzeichnung des unheilvollen Friedens und nach Aufhebung der Blockade unsere Valuta täglich verschlechterte, weil es unmöglich war, die großen Mengen notwendiger und überflüssiger Einfuhrwaren anders als mit deutschem Gelde zu bezahlen, nahmen die Umsätze an der Börse eine Ausdehnung an, der gegenüber die vorhandenen Einrichtungen und die verfügbaren Arbeitskräfte versagten. Die gesteigerte Inflation wurde die Ursache einer Effektenspielwut, die in den ersten Monaten des laufenden Jahres jedes Maß überstieg. Die Börsenbehörden sahen sich genötigt, vorübergehend den Verkehr auf nur drei Tage der Woche zu beschränken.

In den vorangegangenen Kriegsjahren hatten die regelmäßig ausgegebenen Kriegsanleihen das beliebteste Anlagepapier gebildet. Seit der Revolution jedoch übte das Publikum den Anleihen des Reiches gegenüber Zurückhaltung. Die im November v. J. aufgelegte, mit großen Vorteilen ausgestattete Spar-Prämienanleihe hatte nur einen mäßigen Erfolg; ihr Ergebnis wäre entschieden größer gewesen, wenn nicht zur Zeit der Emission in der Nationalversammlung die unheilvollen, die Sparkraft und Kapitalbildung schädigenden Steuergesetze zur Verhandlung gestanden hätten. Als im September auch für die festverzinslichen Werte die amtliche Notierung wieder eingeführt werden sollte, war daher eine Stütze für die Kursnotierung der Reichsanleihe nötig. Es tat sich die gesamte deutsche Bankwelt zur Gründung der Reichsanleihe-Aktiengesellschaft zusammen, die den Kurs der Anleihen stabil halten konnte.

Da der Staat die Arbeit der Notenpresse durch die Aufnahme großer langfristiger Anleihen nicht mehr in erträglichen Grenzen halten konnte und die Einziehung der verschiedenen neuen Steuern wegen technischer Mängel noch nicht vor sich ging, wurde der gesteigerte Geldumlauf nicht abgeschöpft und wirkte auf allen Gebieten des gewerblichen Lebens preisverteuernd. Die Folge war die fortgesetzte Steigerung der Lohnforderungen, denen die Unternehmer nachgaben, weil es ihnen angesichts des großen Warenhungers möglich war, die Mehrausgaben durch Hinaufsetzen ihrer Verkaufspreise auszugleichen. Die Industrieaktien, von denen das Kapital, verängstigt durch die Ansprüche der Arbeiter und durch die drohende Sozialisierung in den ersten Monaten nach der Revolution, sich abgewendet hatte, wurden zu beliebten Anlagepapieren und im weiteren Verlauf zum Gegenstand zügelloser Spekulation, da die unheimlich wachsende Teuerung, der die bisherigen Einkommen nicht gerecht werden konnten, immer weitere Kreise des Volkes zu Spielern machte. Die Beteiligung am Erwerb von Industrieaktien wurde auch dadurch gefördert, daß die Enteignung der ausländischen Wertpapiere und die erzwungenen Verkäufe großer Industrieunternehmungen in dem besetzten Gebiet große Geldbeträge in Bewegung setzten, die in erster Linie dem Effektenmarkt zuströmten.

Durch das Schwanken unserer Währung ist ein unsicherer Faktor in die Beurteilung der allgemeinen Wirtschaftslage gekommen. Gesichtspunkte, wie die Preisentwicklung der Rohmaterialien, der Ausfall der Ernte, die Verkehrsverhältnisse, die Steuerlasten, der Wettbewerb anderer Unternehmungen, die früher einen Anhalt für die Kursbewertung boten, haben an Bedeutung verloren, weil die nicht übersehbare Entwicklung der Valuta jede Schätzung unmöglich macht. So niedrig die Mark noch immer bewertet wird, so hat doch die ziemlich unerwartete Besserung im Monat März dieses Jahres einen großen Umschwung in der allgemeinen Wirtschaftslage hervorgerufen. Für die in den Vormonaten zu jedem Preis angefüllten Läger der Warenhändler fehlt gegenwärtig der Absatz, weil das Publikum in Erwartung billigerer Preise mit seinen Einkäufen zurückhält. Auf die stellenweise zügellosen, für unsere Währung und Wirtschaft gleicherweise schädlichen Einkäufe ausländischer Waren während der Periode des scharfen Niederganges unserer Valuta haben wir — unter Mißbilligung mancher Kunden — im Interesse der Allgemeinheit und im wohlverstandenen Interesse der Kunden selbst nach Möglichkeit eindämmend einzuwirken versucht.

Die Größe des wirtschaftlichen Chaos in Europa hat anscheinend die Auffassung unserer bisherigen Gegner gegenüber den Verhältnissen unseres Landes geändert. Wäre nach dem Waffenstillstand die Blockade gefallen, wären zur Bezahlung von Nahrungsmitteln die in Deutschland beschlagnahmten ausländischen Wertpapiere angenommen worden, wäre nicht für uns der Zwang entstanden, diese Einfuhren unter großen Opfern mit Gold und durch Reichsmark-Verkäufe zu begleichen, so hätte man schon früher mit einer Hebung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit rechnen können.

Immer fühlbarer wird es, daß wegen der gestiegenen Löhne, der hohen Preise für Rohmaterialien, der verteuerten Kosten für Anlagen jeder Art die verfügbaren Mittel unserer Industrie nach und nach erschöpft worden sind und aufgefüllt werden müssen. In der Mitte vorigen Jahres wurde zunächst die Beschaffung neuer Mittel durch die Ausgabe von Obligationen bewirkt, seit der Jahreswende und weiterhin durch Erhöhungen, zum Teil durch die Verdoppelung des bisherigen Grundkapitals. Dadurch werden an den Kapitalmarkt große Anforderungen gestellt. Die Erscheinung ist international. Im Auslande hat sie bereits ihren Ausdruck in einer Steigerung der Diskontosätze der großen Noteninstitute gefunden. Daß nicht durch schroffes Eingreifen des Staates in das gewerbliche Leben das deutsche Kapital abgeschreckt wird, seine Mitwirkung zu leihen in einer Zeit, in der es sich darum handelt, unserer Industrie diejenigen Mittel zuzuführen, die sie zur Steigerung ihrer Produktion und zur Erhaltung ihrer Kraft im Wettbewerb auf dem Weltmarkte befähigen, ist die Sorge der nächsten Zukunft.

Im einzelnen ist folgendes zu berichten:

Wie im vorangegangenen Geschäftsjahr haben wir die Bilanzzahlen unserer ausländischen Filialen nach deren letzten an uns gelangten Ausweisen in unseren Abschluß unter vorsichtiger Bewertung der Aktiven eingestellt. Die Bearbeitung ihrer Geschäfte, soweit sie durch den Friedensvertrag unserer Mitwirkung nicht entzogen ist, erfolgt in besonderen Abteilungen innerhalb des Betriebes unserer Zentrale.

Die von uns für Rechnung des Deutschen Reiches und der Reichsbank im Ausland übernommenen Verpflichtungen sind infolge der Steigerung der Wechselkurse erheblich größer als im Vorjahre; auch die Avalverpflichtungen haben sich aus dem gleichen Grunde vermehrt. Doch ist hervorzuheben, daß sich in beiden Fällen die Beträge in fremder Währung durch Abdeckungen stark ermäßigt haben. Die Verminderung hat sich im laufenden Jahr fortgesetzt, so daß Ende April noch 674 Mill. M. Verpflichtungen für Rechnung des Deutschen Reiches und der Reichsbank und 950 Mill. M. Verpflichtungen aus Avalen vorhanden waren.

Unser A k z e p t k o n t o ist durch das Wiederaufleben des Handelsverkehrs und besonders wegen des

(Forts. umstehend)

vermehrten Außenhandels höher als im Vorjahr. Besonders ist dies für einige unserer Filialen der Fall.

Unsere Niederlassungen haben befriedigend gearbeitet.

Das Konto Bankgebäude ist unverändert geblieben, da die Aufwendungen für die besonders durch die Ausdehnung unserer Filialen bedingten Neuerwerbungen und Neubauten durch die vorgenommenen Abschreibungen ausgeglichen wurden.

Im Geschäftsjahr hat sich die Unruhe der Bankangestellten noch gesteigert. Verhandlungen des Verbandes Berliner Bankleitungen über den Abschluß eines örtlichen Tarifvertrages, welche im Verfolg des Schiedsspruchs vom 20. April 1919 geführt wurden, verliefen ergebnislos. Um indes der steigenden Teuerung Rechnung zu tragen, bewilligten die Verbandsbanken den Angestellten anstatt der von ihnen vom Tarif erhofften Einkommenserhöhung eine Abgeltungssumme und ließen außerdem für die Zeit vom 1. Oktober 1919 ab eine Erhöhung der Teuerungszulage eintreten, welche mit Beginn des laufenden Jahres eine weitere Steigerung erfuhr.

Inzwischen war auf seiten der Angestelltenorganisationen das Verlangen nach Zusammenschluß der örtlichen Verbände der Bankleitungen zu einem Reichsverbande und Abschluß eines Reichstarifs verschärft hervorgetreten. Dem Verlangen ist durch Errichtung des Reichsverbandes der Bankleitungen entsprochen worden. Auch die Verhandlungen dieses Verbandes führten zu keiner Einigung. Der Reichsverband hat indes, ohne den am 3. März 1920 ergangenen Schiedsspruch anzunehmen, den Angestellten die darin festgestezten Einkommensbezüge mit Wirkung vom 1. Februar dieses Jahres ab in Form einer Neuregelung gewährt. Seine Erwartung, dadurch Ruhe in der Angestelltenschaft zu schaffen, ist leider nicht in Erfüllung gegangen. Nachdem schon früher in Hamburg und an einzelnen anderen Plätzen gestreikt worden war, brachen an zahlreichen Orten im Rheinland, in Westfalen, Bayern, Sachsen, Schlesien und Ostpreußen hartnäckige Streiks aus, bei denen es vielfach, zum Teil unter Zuziehung von nicht zu den Bankangestellten zählenden Elementen, zu gewaltsamem Vorgehen gegen die Arbeitswilligen und zu sonstigen bedauerlichen Ausschreitungen gekommen ist. Nachdem die Streiks teils zusammengebrochen, teils beigelegt waren, wurde die Arbeitseinstellung, soweit sie noch bei Aufnahme von Einigungsverhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium bestand, durch ein Abkommen beendet, in welchem der Reichsverband für die Zeit vom 1. April dieses Jahres ab eine neue Erhöhung der Teuerungszulage auf sich nahm.

Die persönlichen Aufwendungen für die Angestellten, welche sich für das Jahr 1917 auf 41,9 Mill. Mark, für 1918 auf 60,7 Mill. M. beliefen, erhöhten sich für das Jahr 1919 auf 90,6 Mill. M. und dürften sich für das laufende Geschäftsjahr schätzungsweise auf etwa 180 Mill. M. steigern.

Die Zahl der Angestellten am Ende des Geschäftsjahres hat gegenüber dem Stande vom 31. Dezember 1918 eine Erhöhung nicht erfahren.

Der rege Geschäftsverkehr und der erweiterte Geschäftsumfang brachten im Berichtsjahre eine außerordentlich große Arbeitslast mit sich. Hierzu trat die völlig unproduktive Arbeit, die den Banken durch immer neue Gesetze und Verordnungen, insbesondere auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung und der Maßnahmen zur Verhütung der Kapitalabwanderung, auferlegt wurden. An die Arbeitskraft der Angestelltenschaft mußten ganz ungewöhnliche Anforderungen gestellt werden. Wir erkennen gern an, daß mit Eifer, zum großen Teil mit vollem Einsatz aller Kräfte gearbeitet worden ist.

Das Konto der Handlungsunkosten zeigt ohne Berücksichtigung der Steuern und Abgaben eine Erhöhung auf 117 437 473,31 M. Die andauernde und auch im laufenden Jahr wieder in erheblichem Umfang vorhandene Steigerung dieses Kontos ist für uns ein Gegenstand großer Sorge.

Für Steuern und Abgaben hatten wir einschließlich der Rücklage für Zinsbogensteuer und der Geldumsatzsteuer 25 059 847,20 M. zu erlegen gegen 14 203 502,69 Mark im Vorjahre.

Der Ertrag aus „Dauernden Beteiligungen“ und Kommanditen enthält die für 1918 vereinnahmten Dividenden auf unseren Besitz an Aktien

	1918	für 1919
der Deutschen Vereinsbank	(6%)	6%)
der Essener Credit-Anstalt	(9%)	9%)
der Hannoverschen Bank	(8%)	8%)
der Mecklenburg. Hypotheken- und Wechselbank	(15%)	15%)
der Oldenburgischen Spar- und Leih-Bank	(10%)	10%)
der Pfälzischen Bank	(6%)	7%)
der Privatbank zu Gotha	(6½%)	7½%)
der Rheinischen Creditbank	(5%)	7%)
der Württembergischen Vereinsbank	(7%)	7%)
und der Deutschen Treuhand-Gesellsch.	(15%)	15%)

Das Anwachsen unserer „Dauernden Beteiligungen“ erklärt sich aus unserem Besitz an Aktien der Reichsanleihe-Aktiengesellschaft.

Die Deutsche Ueberseeische Bank hat die Bilanz für 1919 bis jetzt noch nicht fertigstellen können. Es ist jedoch ein gutes Ergebnis zu erwarten, da nicht nur bei der hiesigen Zentrale der Geschäftsumfang erheblich zugenommen hat, sondern auch die überseeischen Niederlassungen mit dem Eintritt des Friedenszustandes ihre Tätigkeit auf allen Gebieten mit Erfolg wieder aufnehmen konnten.

Die Deutsch-Ueberseeische Elektrizitäts-Gesellschaft wird für 1919 wiederum nur eine Dividende von 6% auf die Vorzugsaktien verteilen, während auf die Stammaktien eine Dividende nicht ausgezahlt werden kann. Im Jahre 1919 erreichten die Kosten der Brennstoffbeschaffung ihren Höhepunkt. Seit Friedensschluß ist hierin eine Besserung eingetreten, so daß jetzt auch in Buenos Aires wieder Ueberschüsse erzielt werden. Andererseits macht sich jetzt aber auch die Notwendigkeit geltend, in der Unterhaltung und Ausgestaltung der Werke vieles nachzuholen, was während der Kriegsjahre unterbleiben mußte, und den wachsenden Bedürfnissen der in steter und rascher Entwicklung begriffenen südamerikanischen Arbeitsgebiete der Gesellschaft Rechnung zu tragen. Die gegenüber der Vorkriegszeit stark erhöhten Weltmarktpreise einerseits, die katastrophale Entwertung der Mark andererseits stellten die Gesellschaft hinsichtlich der künftigen Kapitalbeschaffung vor ein Problem, das unlösbar schien. Die Verwaltung hat sich daher schweren Herzens entschlossen, den Aktionären das Angebot einer spanischen Bankengruppe zur Annahme zu empfehlen, das die Ueberführung der Aktiva der Gesellschaft auf eine zu bildende spanische Aktiengesellschaft zum Ziele hat. Die Aktionäre erhalten danach im Umtausch für ihre Aktien Werte der neuen spanischen Gesellschaft, teils in Form von 6proz. Rentenbons, teils in Form von Aktien, so daß sie auch an der weiteren Entwicklung des Unternehmens beteiligt bleiben. Durch die Vereinbarungen mit der spanischen Bankengruppe sind die deutschen Interessen sowohl in materieller wie auch in sonstiger Hinsicht derart gewahrt, daß die geplante Umwandlung als ein unter den gegebenen Verhältnissen für alle Teile befriedigender Ausweg aus einer leider unhaltbar gewordenen Situation betrachtet werden darf, so schmerzlich es auch an und für sich ist, ein so

(Forts. nebenstehend)

bedeutendes überseeisches Unternehmen, das deutscher Initiative seine Entstehung verdankt, in fremde Hände übergehen zu sehen.

Ueber das Schicksal verschiedener anderer uns nahestehender Auslandsunternehmungen ist noch nicht entschieden.

Die Deutsche Petroleum - Aktien - Gesellschaft verteilte wiederum 8% Dividende. Die noch unter Zwangsverwaltung stehende Steaua Romana Aktien-Gesellschaft für Petroleum-Industrie, Bukarest, hat für das Jahr 1918 eine Dividende von 16% (wie für die Vorjahre) erklärt.

Der Bayerische Lloyd - Schiffahrts-Aktiengesellschaft hat seinen Verkehr im laufenden Jahr, zunächst allerdings in beschränktem Umfange, wieder aufgenommen.

Die Bayerischen Stickstoffwerke A.-G. befinden sich in erfreulicher Entwicklung und haben neuerdings ihr Kapital auf 18 Mill. M. erhöht.

Deutsche Bank V

Von Gemeinschaftsgeschäften erwähnen wir:

Gründung
der Reichsanleihe-Aktiengesellschaft,

Kapitalerhöhungen
der Hubertus Braunkohlen A.-G. 6proz. Vorzugsaktien,
der Braunschweigischen Bank & Kreditanstalt A.-G.,
der Aktien-Gesellschaft vorm. Seidel & Naumann,
der Mechanischen Baumwollspinnerei & Weberei, Bamberg,
der F. H. Hammersen Akt.-Ges.
der Schubert & Salzer Maschinenfabrik A.-G.,
der Deutschen Vereinsbank,
der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A.-G.,
der Hirsch, Kupfer- & Messingwerke, Aktiengesellschaft,
der Vereinigten Fränkischen Schuhfabriken vormals Max Brust — vorm. B. Berneis,
der Lübecker Privatbank,
der R. Wolf Aktiengesellschaft,
der Maschinenfabrik Eßlingen,

Einführung von Aktien
des Siegen-Solinger Gußstahl-Aktien-Vereins.

Von abgewickelten Geschäften erwähnen wir: Obligationen der Badischen Anilin- & Soda-Fabrik, der Anhaltischen Kohlenwerke, der Braunkohlen- und Briket-Industrie A.-G., der Gesellschaft für Teerverwertung m. b. H., der Oberschlesischen Eisenbahn-Bedarfs-Act.-Ges., der Siemens & Halske A.-G., der R. Wolf A.-G., der Sächsischen Kammgarn-Spinnerei zu Harthau, der Lingner-Werke A.-G., der Gewerkschaft Carlsfund, der Gewerkschaft Wilhelma Braunkohlenwerk & Briketfabrik, der Donnersmarckhütte, Oberschles. Eisen- u. Kohlenwerke A.-G., Anleihe der Firma E. Merck Chemische Fabrik und Aktien der R. Wolf A.-G., der Schultheiß' Brauerei A.-G., Fusion Brauerei Pfefferberg A.-G. vorm. Schneider & Hillig; ferner von Obligationen der Deutschen Continentalen Gas - Gesellschaft, des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation, der Farbwerke vorm. Meister, Lucius & Brüning, des Steinkohlenbergwerks Graf Bismarck, der Phönix, A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, der Rütgerswerke A.-G., der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft, der Linke-Hofmann Werke A.-G., der Oberschlesischen Eisen-Industrie, Akt.-Ges. für Bergbau und Hüttenbetrieb, die 4proz. Anleihe der Stadt Dresden von 1918, der 4proz. Sächsischen Staats-Anleihe von 1919 und Aktien der Buderus'schen Eisenwerke Akt.-Ges., der Akt.-Ges. für Anilin-Fabrikation, der Farbwerke vorm. Meister Lucius & Brüning und der Anhaltischen Kohlenwerke.

Unsere **Konsortialrechnung** enthielt am Jahresschlusse

Beteiligungen	an festverzinslichen Werten	1 841 760,80 M.
„	an Aktien von Banken, sowie von Eisenbahnen und anderen Transportunternehmungen . .	1 557 040,20 M.
„	an Grundstücksgeschäften	1 846 931,56 M.
„	an industriellen und verschiedenen anderen Unternehmungen . .	16 990 423,06 M.
„	an Kriegskreditbanken u. Kriegsgesellschaften	1 592 242,87 M.
	im Buchwerte von	23 828 398,49 M.

Unsere Abteilung für Zahlungen an Kriegsgefangene und Zivilinternierte wird wegen der inzwischen fast restlos erfolgten Rückkehr der Gefangenen demnächst ihre Arbeit beendet haben. Es war von vornherein beabsichtigt, aus eigenen Mitteln die Unkosten der Abteilung zu tragen. Der Zuschuß dürfte recht erheblich sein. Zur Linderung des Elends der aus den früher feindlichen Ländern sowie aus Elsaß-Lothringen und den Ostmarken vertriebenen Deutschen haben wir in Gemeinschaft mit anderen Banken unter Beihilfe des Reiches eine Reihe von Darlehnskassen ins Leben gerufen, deren Geschäftsführung wir trotz der damit verbundenen Arbeit unentgeltlich besorgen. Diese Kassen haben bis jetzt große Beträge an Hilfsbedürftige ausgezahlt und dadurch beigetragen, vielen Tausenden die Not der Uebergangszeit und die Errichtung einer neuen Existenz zu erleichtern.

Zu dem Reingewinn des Jahres von	62 527 128,76 M.
tritt der Vortrag aus 1918 mit . . .	1 937 693,— „
zusammen	64 464 821,76 M.

Wir beantragen:

1. der freien Rücklage zu überweisen	5 000 000,— M.
2. für Abschluß-Zuwendungen an die Angestellten zu bewilligen	9 000 000,— „
3. dem aus Anlaß des fünfzigjährigen Bestehens der Bank neu zu bildenden „Jubiläums-Fonds" zu überweisen	5 000 000,— „
4. eine **Dividende von 12%** auf 275 000 000 M. Grundkapital an die Aktionäre zu verteilen	33 000 000,— „
5. dem Aufsichtsrat den satzungsgemäßen Gewinnanteil (7 vom Hundert nach $6^1/_2$% Dividende und allen Rücklagen und Zuwendungen) zu überweisen	1 138 440,86 „
6. und den Rest von . . . . . auf neue Rechnung vorzutragen.	11 326 380,90 „
zusammen	64 464 821,76 M.

Das Vermögen der Deutschen Bank an Kapital und Rücklagen beträgt somit **510 000 000 M.**

Berlin, im Juni 1920. [2124

Der Vorstand der Deutschen Bank

E. Heinemann. P. M. Herrmann. P. Mankiewitz. C. Michalowsky. O. Schlitter. G. Schröter. Dr. E. G. v. Stauß. O. Wassermann.

Nationalbank für Deutschland

Bilanz per 31. Dezember 1919

Aktiva	M	Pf
1. Nicht eingezahltes Aktienkapital	—	—
2. Kasse, fremde Geldsorten und Kupons 3. Guthaben bei Noten- und Abrechnungs-Banken	55 304 400	83
4. Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	262 156 411	42
5. Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen	175 670 788	63
6. Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere	176 800 778	10
7. Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen	16 251 640	50
8. Eigene Wertpapiere	26 946 793	—
9. Konsortialbeteiligungen	20 341 239	07
10. Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	6 427 121	75
11. Debitoren in laufender Rechnung	338 823 628	53
Ausserdem: Aval- und Bürgschafts-Debitoren . . . . . M. 104 350 991,31		
12. Bankgebäude	5 100 000	—
13. Sonstige Immobilien.	—	—
14. Sonstige Aktiva	—	—
15. Pensionsfonds-Effekten-Konto	2 518 676	40
Summa der Aktiva Mark	1 086 341 478	23

Passiva	M	Pf
1. Aktien-Kapital	90 000 000	—
2. Reserven	10 000 000	—
3. Kreditoren	911 172 335	40
4. Akzepte und Schecks	56 478 877	81
5. Sonstige Passiva	2 948 195	35
6. Gewinn	15 742 069	67
Summa der Passiva Mark	1 086 341 478	23

Gewinn- und Verlust-Konto per 31. Dezember 1919

Debet	M	Pf
Verwaltungskosten	12 672 227	52
Steuern	1 585 708	46
Abschreibung auf Mobilien	55 831	90
Gewinn	15 742 069	67
	30 055 837	55

Kredit	M	Pf
Vortrag	227 591	52
Wechsel- und Zinsen einschließlich des Gewinnes auf Kupons und Sorten	19 579 280	88
Provisionen	10 248 965	15
	30 055 837	55

Berlin, den 31. Dezember 1919. [2123

Vorstand der Nationalbank für Deutschland

Wittenberg. Schacht. Goldschmidt.

Commerz- und Disconto-Bank.

Bilanz per 31. Dezember 1919.

Aktiva.	ℳ	₰	ℳ	₰
Kassa, fremde Geldsorten, Zinsscheine u. Guthaben bei Noten- u. Abrechnungsbanken			62654476	25
Wechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen			1288713253	04
Nostroguthaben bei Banken u. Bankfirmen			151038010	53
Reports u. Lombards gegen börsengängige Wertpapiere			180790227	76
Vorschüsse auf Waren u. Warenverschiffungen			31889958	97
Eigene Wertpapiere			31195053	86
Konsortialbeteiligungen			18921380	—
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken u. Bankfirmen			12332040	—
Debitoren in laufender Rechnung:				
a) gedeckte	297812415	—		
b) ungedeckte	296487467	60	594299882	60
Ausserdem: Aval- u. Bürgschaftsdebitoren ℳ 518 399 260.29				
Bankgebäude u. Inventar in Hamburg, Berlin u. Filialen			7886624	13
Sonstige Immobilien			4795934	34
			2384516841	48

Passiva.	ℳ	₰	ℳ	₰
Aktienkapital			85000000	—
Reservefonds I			8500000	—
Reservefonds II			9000000	—
Talonsteuer-Rückstellung			170000	—
Beamten-Pensions- u. Unterstützungsfonds			1545242	93
Kreditoren:				
a) Nostroverpflichtungen	51562892	51		
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	1983012	95		
c) Guthaben deutscher Banken u. Bankfirmen	95962674	17		
d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung	749774211	50		
e) sonstige Kreditoren	1229207198	91	2128490080	04
Akzepte und Schecks			135270972	15
Ausserdem: Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen ℳ 518 399 260.29				
Dividenden-Rückstände			199820	50
Reingewinn			16340725	86
			2384516841	48

Gewinn- und Verlust-Rechnung

für das fünfzigste Geschäftsjahr, abgeschlossen am 31. Dez. 1919.

Ausgabe.	ℳ	₰
Unkosten	22713400	62
Steuern	3462260	79
Abschreibung auf Bankgebäude u. Inventar	577468	33
Reingewinn	16340725	86
	43093855	60

Einnahme.	ℳ	₰
Gewinnvortrag von 1918	300017	70
Zinsen	29713276	08
Provision	12147854	93
Gewinn auf Sorten und Zinsscheine	932706	89
	43093855	60

2126]

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank).

Bericht über das 67. Geschäftsjahr 1919.

Das Uebergangsjahr 1919, in welchem die Weltwirtschaft Störungen ausgesetzt war, deren Wirkungen auf die Zukunft sich noch nicht im entferntesten abschätzen lassen, brachte besonders in seiner zweiten Hälfte unserer Bank eine rege Tätigkeit in allen Zweigen des Geschäfts. Das erzielte Rohertragnis übertrifft dasjenige aller früheren Jahre um ein bedeutendes und setzt uns in die Lage, trotz der ungeheuer gesteigerten Unkosten bei sorgfältigster Bilanzierung aller Risiken, unseren Aktionären die Ausschüttung einer gegen das Vorjahr um 2% erhöhten Dividende vorzuschlagen, nachdem ℳ 3 000 000 den offenen Reserven und ℳ 2 000 000 einem Fonds zugeführt sind, der uns in den Stand setzen soll, die Bezüge unserer Altpensionäre in Zeiten der Teuerung zu ergänzen. Wie unser Gewinn- und Verlust-Konto zeigt, sind lediglich die Erträgnisse des laufenden Geschäfts ausgewiesen, während die Gewinne aus Effekten und Finanzoperationen wie in den Vorjahren zu Abschreibungen benutzt wurden.

Die Erhöhung der Unkosten beruht auf den im letzten Jahresbericht ausführlich dargelegten Gründen; angesichts der immer wachsenden Teuerung hat sie einen Umfang angenommen, der alle Voreinschätzung bei weitem übertrifft. Im neuen Jahr hat diese Bewegung noch in verstärktem Masse angehalten.

Unsere Bilanz spiegelt die lebhafte Geschäftstätigkeit wider: auf der Passivseite zeigt sie den fast ununterbrochen stark gebliebenen Zustrom fremder Gelder, auf der Aktivseite in der bedeutenden Erhöhung der Posten „Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen“ und „Debitoren in laufender Rechnung“ das wachsende Kreditbedürfnis unserer Kundschaft, welches das nach Kriegsende erwachende Wirtschaftsleben hervorrief. Im Zusammenhang hiermit steht die Erhöhung unserer Akzeptverbindlichkeiten; das Avalkonto hat aus den im Vorjahre dargelegten Gründen eine weitere sehr erhebliche Steigerung erfahren.

Das Netz unserer Zweiganstalten haben wir unserem Programm gemäss weiter ausgebaut. Neben den im Vorjahrsbericht bereits erwähnten, im Jahre 1919 zur Eröffnung gelangten Tochteranstalten in Cöln, Dresden, Fulda, Crossen (Oder), Gera (Reuss), Göppingen, Limburg (Lahn) und Weilburg errichteten wir im Berichtsjahre eine Filiale in Aachen, Niederlassungen in Kreuznach, Wetzlar und Worms, Zweigstellen in Bad Nauheim und Züllichau sowie Depositenkassen in Berlin-Weissensee und in Cuxhaven (Abteilung Fischereihafen). Wir können mit Genugtuung feststellen, dass unsere in den letzten Jahren begründeten Tochteranstalten sich zur Zufriedenheit entwickeln und dank der Zeitverhältnisse teilweise bereits in bedeutendem Masse zu dem erzielten Gewinn beigetragen haben.

Im laufenden Jahre eröffneten wir Filialen in Elberfeld, Duisburg, Chemnitz, Niederlassungen in Bielefeld, Bonn, Zweigstellen in Wald (Rhld.), Tegernsee, Bad Salzschlirf, Friedberg (Hessen) sowie je eine Depositenkasse in Frankfurt a. M. und München. Weitere Tochteranstalten sind in Vorbereitung.

An der Firma Otto Hirsch & Co. in Frankfurt a. M. haben wir uns mit einer Kommanditeinlage beteiligt.

Das Konto „Bankgebäude“ erhöhte sich durch den Ankauf von passenden Grundstücken in Aachen, Fulda, Gera, Kreuznach, Pforzheim, Schweinfurt und Zeitz; ferner erwarben wir in Leipzig und Nürnberg Grundstücke zur Erweiterung unserer dortigen Bankgebäude. Um eine Ausdehnung unserer Berliner Bureauräume zu ermöglichen, sicherten wir uns massgebenden Einfluss auf eine Aktiengesellschaft, der die Grundstücke Werderscher Markt Nr. 7, 8, 9, 10 und Werder-Strasse Nr. 7 gehören.

Die Ausdehnung unserer Geschäfte lässt uns die Erhöhung unseres Aktienkapitals um ℳ 60 000 000,— als geboten erscheinen, welche wir der Generalversammlung in Vorschlag zu bringen beabsichtigen. Da durch die Kapitalvermehrung eine Statutenänderung notwendig wird, scheint es uns angezeigt, die Gelegenheit zu benutzen, um unseren Satzungen eine überholte Bestimmungen beseitigende und der Entwicklung der Zeitverhältnisse besser entsprechende Fassung zu geben.

Für unseren Gewinnverteilungsvorschlag ergibt sich folgende Berechnung:

Der Bruttogewinn beläuft sich (einschliesslich des Vortrages von ℳ 577 927,88 aus dem Jahre 1918) auf		ℳ 85 721 593,57
davon ab:		
a) Geschäftsunkosten	ℳ 54 647 276,99	
b) Steuern	„ 6 135 529,38	
c) Abschreibungen auf Immobilien u. Mob.	„ 3 678 581,56	
d) Rückstellung für die Talonsteuer . . .	„ 384 000,—	„ 64 845 387,93
		ℳ 20 876 205,64
Wie oben gesagt, beantragen wir zuzuführen:		
der besonderen Reserve .	ℳ 3 000 000,—	
und einem Rückstellungskonto zur Aufbesserung d. Bezüge d. Altpensionäre	„ 2 000 000,—	„ 5 000 000,—
		ℳ 15 876 205,64
davon sind zu zahlen die Tantieme des Vorstandes, des stellvertretenden Vorstandes und der am Reingewinn der Bank beteiligten Direktoren	ℳ 1 935 400,—	
die satzungsgemässen Tantiemen für den Aufsichtsrat (8% der ℳ 6 400 000,— betragenden Superdivid.)	„ 512 000,—	„ 2 447 400,—
verbleibt ein Ueberschuss von		ℳ 13 428 805,64
aus welchem die beantragte Dividende von 8% zu entnehmen ist mit		„ 12 800 000,—
während der Rest von		ℳ 628 805,64

auf neue Rechnung übergeht.

Es würden somit ℳ 80,— auf die Aktien von ℳ 1000,— und ℳ 34,28 auf die Aktien von fl. 250,— zur Verteilung kommen.

Zu einzelnen Posten unserer Bilanz haben wir noch folgende Erläuterungen zu geben:

Grundkapital und Reserven.

Das Grundkapital setzte sich am Anfang des Berichtsjahres 1919 zusammen aus 3689 Stück Aktien à fl. 250,— = nom. ℳ 1 581 000,— und aus 158 419 Stück Aktien à ℳ 1000,— = nom. ℳ 158 419 000,—. Im Jahre 1919 haben Inhaber von alten Guldenaktien von der Befugnis, dieselben in Aktien à ℳ 1000,— umzutauschen, zu einem Betrage von 42 Stück = nom. ℳ 18 000,— Gebrauch gemacht.

Das gesamte Grundkapital bestand sonach Ende 1919 aus:

3 647 Aktien à fl. 250,— . .	= nom. ℳ	1 563 000,—
158 437 „ à ℳ 1000,— . .	= „ „	158 437 000,—
	zusammen nom. ℳ	160 000 000,—

Die Reserven unseres Instituts werden sich nach Genehmigung der Gewinnverteilung durch die Generalversammlung per 31. Dezember 1919 wie folgt stellen:

1. Die Allgemeine Reserve (gesetzliche Reserve, gemäss § 262 H.G.B.) beziffert sich auf . . . . ℳ 19 000 000,—
2. Die Besondere Reserve (früher Hauptreserve) beträgt . . . . „ 16 000 000,—

zusammen ℳ 35 000 000,—

Konsortialbeteiligungen.

Von den vor dem Jahre 1919 eingegangenen Geschäften sind unter anderen die folgenden abgewickelt und die darauf bis zum Schluss des Jahres 1919 zur Ausschüttung gelangten Gewinne verrechnet worden:

Aktien der Bären- und Eckenbüttner Bräu Aktiengesellschaft, Deutsch-Südamerikanischen Telegraphengesellschaft, Ostbank für Handel und Gewerbe, Ostelbischen Spritwerke Aktiengesellschaft, Anteile der Lenz & Co. G. m. b. H., 5% Bosnisch-Hercegowinische Landesanleihe von 1914.

Die grösseren Finanzoperationen, an denen wir im Jahre 1919 durch Uebernahme oder Beteiligung interessiert waren, sind im wesentlichen die folgenden:

Aktien der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation, Archimedes Aktiengesellschaft für Stahl- u. Eisenindustrie, J. P. Bemberg Aktiengesellschaft, Berlin-Gubener Hutfabrik Aktiengesellschaft vorm. A. Cohn, Brauerei Gebr. Dieterich Aktiengesellschaft, Chemische Fabrik Griesheim-Elektron, Deutsche Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, Deutsche Wollenwarenmanufaktur Aktiengesellschaft, Eisenhüttenwerk Thale Aktiengesellschaft, Engelhardt Brauerei Aktiengesellschaft, Holland'sche Credietbank, Eduard Lingel Schuhfabrik Aktiengesellschaft, Ludw. Loewe & Co. Aktiengesellschaft, Hermann Meyer & Co. Aktiengesellschaft, Oberschlesische Eisenbahn-Bedarfs-Aktiengesellschaft, Rheinische Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau u. Brikettfabrikation, Sächsische Webstuhlfabrik vorm. Louis Schönherr, Veithwerke Aktiengesellschaft, Bank für Industriewerte Aktiengesellschaft, Erfurter Mechanische Schuhfabrik Aktiengesellschaft, Heldburg Aktiengesellschaft für Bergbau, bergbauliche und andere industrielle Erzeugnisse (Umwandlung in Vorzugsaktien), Gründung der Reichsanleihe Aktiengesellschaft, Deutsche Spar-Prämien-Anleihe, 4½% Hamburger Staatsanleihe von 1919, 4% Oldenburger Staatsanleihe von 1919, 4% Sächsische Staatsrente von 1919, 4% Schlesische Communal-Anleihe von 1919, 4% Darmstädter Stadtanleihe von 1919, 4% Dresdner Stadtanleihe von 1919, 4% Düsseldorfer Stadtanleihe von 1919, 4% Flensburger Stadtanleihe von 1919, 4% Anleihe von 1919 der Stadt Frankf. a. M., 4% Mülheimer Stadtanleihe von 1919, 4½% Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft Obligationen, 4½% AEG. Schnellbahn-Obligationen, 4½% Archimedes Aktiengesellschaft für Stahl- u. Eisenindustrie Obligationen, 4% Grosse Berliner Strassenbahn Obligationen, 4½% Gebr. Böhler & Co. Obligationen, 4½% Grosse Casseler Strassenbahn Obligationen, 4½% Concordia Bergbau Aktiengesellschaft Obligationen, 4½% Ernemann-Werke Aktiengesellschaft Obligationen, 4½% Freiberger Papierfabriken Obligationen, 4½% Hessische Eisenbahn Aktiengesellschaft Obligationen, 4½% Lechwerke Aktiengesellschaft Obligationen, 4½% Ludw. Loewe & Co. Aktiengesellschaft Obligationen, 4½% Mainkraftwerke Aktiengesellschaft Obligationen, 4½% Oberschles. Eisenbahn-Bedarfs-Aktiengesellschaft Obligationen, 4½% Phönix Aktiengesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb Obligationen, 4½% Rheinische Stahlwerke Obligationen, 4½% Schlesische Electricitäts- u. Gas Aktiengesellschaft Obligationen, 4½% Hugo Schneider Aktiengesellschaft Obligationen, 4½% Ges. für Teerverwertung m. b. H. Obligationen, 4½% Thüringer Elektrizitätslieferungs-Gesellschaft Obligationen.

Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen.

Die unter obiger Ueberschrift laufenden Engagements bezifferten sich Ende 1919 auf:

ℳ 5 936 248,42 Aktien von Banken,
„ 2 635 180,50 Kommanditistische Beteiligung bei Bankgeschäften

ℳ 8 571 428,92

Bankgebäude.

Dieses Konto umfasst unsere Bank-Grundstücke und Gebäude (einschliesslich Mobiliar und Einrichtung) in Berlin, Darmstadt, Aachen, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Fulda, Halle a. S., Hamburg, Hannover, Leipzig, Mannheim, München, Nürnberg, Stettin, Trier, Bamberg, Frankfurt a. O., Freiburg (Breisgau), Gera (Reuss), Giessen, Kreuznach, Neustadt (Haardt), Pforzheim, Quedlinburg, Schweinfurt, Zeitz, Breslau, Beuthen, Gleiwitz, Görlitz, Hirschberg i. Schl., Kattowitz, Oppeln und Ratibor, welche unter Berücksichtigung der bisherigen und der per 31. Dezember 1919 vorgenommenen Abschreibungen mit . . . . ℳ 28 972 621,08

abzüglich Hypotheken und Restkaufgelder auf Berlin, Werderscher Markt 2 bis 4, Schinkelplatz 5, Niederlagstr. 4 bis 5, auf Stettin, Mönchenstr. 31, auf Trier, Johann-Philippstr. 6, auf Breslau, Ohlauerstr. 85 u. Pforzheim, Westliche Karl-Friedrichstrasse 88 im Gesamtbetrage von . . . . „ 1 479 000,—

d. h. per Saldo mit . . . . ℳ 27 493 621,08

Zweiganstalten.

Unser Institut besitzt neben seinen Hauptsitzen in Berlin und Darmstadt Zweiganstalten in folgenden Städten, und zwar:

Filialen in: Aachen, Augsburg, Braunschweig, Breslau, Chemnitz, Dortmund, Dresden, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld, Frankfurt a. M., Fulda, Halle (Saale), Hamburg, Hannover, Köln a. Rh., Leipzig, Mainz, Mannheim, München, Nürnberg, Stettin, Strassburg i. E., Stuttgart, Trier, Wiesbaden, Würzburg.

Niederlassungen in: Amberg (Oberpfalz), Aschaffenburg, Bamberg, Bensheim a. d. Bergstrasse, Beuthen O.-S., Bielefeld, Bingen a. Rh., Bonn, Cottbus, Crossen a. O., Cuxhaven, Forst (Lausitz), Frankfurt a. O., Freiburg (Breisgau), Fürth i. B., Gera (Reuss), Giessen, Glatz, Gleiwitz, Göppingen, Görlitz, Greiz i. V., Guben, Heilbronn a. N., Hindenburg O.-S., Hirschberg (Schlesien), Jauer, Kattowitz O.-S., Kehl a. Rh., Kreuznach, Landau (Pfalz), Leobschütz, Limburg (Lahn), Ludwigshafen a. Rh., Neustadt (Haardt), Neustadt O.-S., Offenbach a. M., Oppeln, Passau, Pforzheim, Pirmasens, Quedlinburg, Ratibor, Rybnik, Schweinfurt, Wetzlar, Worms, Zeitz.

Zweigstellen in: Alsfeld (Hessen), Bad Nauheim, Bad Salzschlirf, Biebrich a. Rh., Butzbach, Friedberg i. H., Greifswald, Herborn (Dillkr.), Kreuzburg (O.-S.), Lauban (Schlesien), Michelstadt i. O., Myslowitz, Pasewalk, Prenzlau, Sangerhausen, Senftenberg i. L., Sorau N.-L., Spremberg N.-L., Stargard i. P., Tegernsee, Wald (Rhld.), Weilburg (Lahn), Züllichau.

Depositenkassen in: Berlin und Vororten (31), Breslau (7), Cuxhaven (1), Darmstadt (1), Dresden (1), Frankfurt a. M. (5), Hannover (1), Leipzig (6), München (4), Stettin (1), Stuttgart (1).

Der Vorstand.

Durch den von uns bestellten Ausschuss ist die in den Anlagen dieses Berichts wiedergegebene Bilanz sowie die Gewinn- und Verlust-Rechnung eingehend geprüft worden; wir finden dagegen nichts zu erinnern und erklären uns mit dem vorstehenden Bericht des Vorstandes, dem wir nichts hinzuzufügen haben, in allen Teilen einverstanden.

Der Aufsichtsrat. (2139)

Geschäftsbericht der Dresdner Bank für 1919.

Das Jahr 1919 war wirtschaftlich und politisch eines der schwersten in Deutschlands Geschichte. Unruhen und Streiks in grosser Ausdehnung, Verkehrsstörungen, Mangel an Kohlen und Rohstoffen, Hungersnot und seelische Erregungszustände der Bevölkerung als Folgen des Krieges und eines durch Blockade grausam verschärften Waffenstillstands, und ein Deutschland mit völliger Vernichtung bedrohender Friedensvertrag erschütterten die Grundlagen der deutschen Wirtschaft.

Erst einem kleinen Teil des Auslandes sind die Widersprüche in den wirtschaftlichen Bedingungen dieses Friedensvertrages und die Unmöglichkeit ihrer Erfüllung zum Bewusstsein gekommen. Die Zukunft Deutschlands, mit der die Europas eng verknüpft ist, kann nicht mit Zuversicht betrachtet werden, solange nicht eine Aenderung derjenigen Bedingungen des Vertrages erfolgt, welche eine Wiederherstellung des Gleichgewichts der deutschen Wirtschaft unmöglich machen. Die Bevölkerung Deutschlands war im Frieden auf einem relativ kleinen und von der Natur verhältnismässig wenig begünstigten Boden nur innerhalb eines wohlorganisierten Systems internationalen Güteraustausches lebensfähig, bei dem Nahrungsmittel und Rohstoffe, soweit sie aus dem Ausland bezogen wurden, aus den Erträgnissen der deutschen Arbeit, der deutschen Seeschiffahrt und der deutschen Kapitalsanlage im Auslande gedeckt wurden. Durch den Krieg und den Friedensvertrag sind die Einnahmen Deutschlands aus Schiffahrt und ausländischen Kapitalsanlagen zum grössten Teil vernichtet, sind uns wichtige Produktionsgebiete sowohl landwirtschaftlicher wie industrieller Art genommen, so dass das durch den Krieg ausgesogene Land sich einem vermehrten Einfuhrbedarf gegenüber sieht, für den eine Deckung zurzeit nicht besteht. Auch abgesehen von den noch zu leistenden Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage kann das Gleichgewicht der deutschen Zahlungsbilanz mit dem Ausland nicht wieder erreicht werden, wenn nicht Wege für die Linderung der unerträglichen Lage Deutschlands gefunden werden, wozu in erster Linie die Wiederherstellung internationaler Kreditbeziehungen gehört. Es wird abzuwarten sein, ob die bevorstehenden Konferenzen in Spa und Brüssel auf diesem Wege einen Fortschritt bedeuten.

Die Entwicklung der deutschen Valuta spiegelt die oben angedeuteten Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage wider. Während sie noch Anfang 1919 im Auslande mit etwa der Hälfte ihres Pari-Standes bewertet wurde, trat im zweiten Halbjahr ein starker Fall ein, der die Mark am Jahresende bis etwa auf ein Zwölftel ihres Friedenswertes herabdrückte. Ein weiterer Rückgang im neuen Jahre wurde im Frühjahr 1920 wieder ausgeglichen. Neben den allgemeinen Gründen des Misstrauens in Deutschlands Zukunft ist als unmittelbare Ursache dieser Valutaverschlechterung auf die Politik der Besetzungsmächte hinzuweisen, die es monatelang unmöglich machte, eine Ueberwachung der deutschen Zollgrenzen durchzuführen. Durch das „Loch im Westen" fand nicht nur eine sowohl der Menge wie der Art nach unkontrollierbare übermässige Einfuhr von Waren statt, sondern es wurde auch der Ausgangsweg für Kapitalflucht und ungesetzliche Exporte,

Neben der Valutaentwertung wirkte auf die Lebenshaltung verteuernd eine unnatürliche Geldflüssigkeit, eine Begleiterscheinung der Inflation, die durch die Kreditwirtschaft des Reiches herbeigeführt werden musste. Die Ausgaben des Reiches stiegen von Monat zu Monat, ohne dass es seit dem Herbst 1918 möglich gewesen wäre, sie anders als durch kurzfristige Schatzwechsel zu decken, wodurch Ende März 1920 die Reichsschuld auf nahezu 200 Milliarden Mark, davon 105 Milliarden unfundiert, angewachsen war. Die im Herbst 1919 aufgelegte Sparprämienanleihe erbrachte an neuem Geld noch nicht 2 Milliarden Mark. Die von der Nationalversammlung beschlossenen Steuern konnten wegen des Fehlens der dazu nötigen Organisation noch nicht erhoben werden, so dass die Möglichkeit, die Inflation abzubauen oder zum wenigsten ihrer Fortsetzung durch Sanierung der Reichsfinanzen und durch Eindämmung einer sich zum Teil in ungesunden Formen bewegenden Kaufkraft und Kauflust der Bevölkerung vorzubeugen, nicht genützt worden ist.

Unter solchen Verhältnissen wurde der allgemeine inländische Preisstand, der sich zu Beginn des zweiten Halbjahres noch erheblich unter der Parität der Weltmarktpreise hielt und dem Ausland den Ankauf deutscher Waren und Fabrikate zu einem Bruchteil der dort gültigen Preise zu unserem Schaden ermöglicht hatte, zu schnell und übertrieben in die Höhe gesetzt. Der mit der Besserung der Valuta jetzt einsetzende notwendige Preisabbau kann sich daher nicht ohne Schwierigkeiten vollziehen. Auch in Deutschland wird unter dem Eindruck einer Hoffnung auf Ermässigung der Preise Zurückhaltung der Käufer und eine Absatzstockung im inländischen Geschäfte beobachtet, während gleichzeitig der Export erschwert ist. Wenn Deutschland von diesen Zuckungen einer ungesunden Wirtschaft auch am härtesten getroffen wird, so ist nicht zu übersehen, dass die Stockung im Warenabsatz eine internationale Erscheinung ist, die mit dem Erlahmen der Kaufkraft weiter Verbraucherkreise zusammenhängt. In Deutschland darf diese Stockung nicht darüber hinwegtäuschen, dass das eigentliche Uebel, an dem unsere Wirtschaft krankt, nicht Warenüberschuss, sondern nicht ausreichende Erzeugung von Gütern ist. Wenn auf der einen Seite eine Gesundung unserer Verhältnisse nur dadurch herbeigeführt werden kann, dass wir durch Aenderung des Friedensvertrages überhaupt die Möglichkeit zu leben und zu arbeiten behalten, so wird auf der anderen Seite nur intensive Steigerung unserer produktiven Tätigkeit auf allen Wirtschaftsgebieten uns die Mittel zum inneren Wiederaufbau geben können. Der Glaube, dass mit einer gegenüber dem Frieden herabgesetzten Arbeitszeit die Bedürfnisse eines durch den Krieg und die Losreissung wichtiger Wirtschaftsgebiete geschwächten Landes befriedigt und der vervielfachte Geldbedarf des Reiches aufgebracht werden kann, ist ein verderblicher Irrtum.

Der Geldmarkt und die Anspannung der Banken im Kreditgeschäft boten während des Jahres 1919 ein eigenartiges Bild, das die ungesunden Verhältnisse widerspiegelt, unter denen sich unser Wirtschaftsleben vollzieht. Während noch zu Beginn des Jahres Industrie und Handel umfangreiche Bankguthaben unterhielten, führte die durch die Steigerung der Preise und Löhne notwendig gewordene Erhöhung der Betriebskapitalien zu vermehrten Kreditansprüchen, die unter normalen Verhältnissen, ebenso wie die Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch neue Ausgabe von Obligationen und Aktien eine starke Versteifung des Geldmarktes hätte bewirken müssen Trotzdem war Geld während des ganzen Jahres fast gleichmässig flüssig und der Reichsbank-Diskont betrug unverändert 5%. Die Rückkehr zu normalen Verhältnissen ist nur möglich, wenn es gelingt, in unsere Finanzgebahrung Ordnung zu bringen und den Notenumlauf einzudämmen. Wenn damit — ähnlich wie in England und Amerika — auch in Deutschland eine Geldknappheit eintritt, die sich angesichts unserer Verarmung besonders fühlbar machen müsste, so darf nicht übersehen werden, dass nur dieser Weg zur Gesundung führt.

Der Gesamtumsatz der Dresdner Bank auf einer Seite des Hauptbuches belief sich auf 399 809 415 001,80 ℳ gegen 192 689 191 665,90 ℳ im Vorjahr. Die Zahl der Konten stieg von 376 460 in 1918 auf 427 850. Die Zahl der Angestellten betrug am Jahresschluss 9810 gegen 9569 im Vorjahr.

Nach Vornahme umfangreicher Abschreibungen und Rückstellungen verbleibt ein Rohgewinn von M. 136 007 231.70 (gegen M. 74 143 606.15 in 1918).

Im einzelnen betragen die erzielten Gewinne auf

	1919	gegen	1918
Sorten- und Kupons-Konto	M. 2 972 026.25		M. 1 334 716.35
Wechsel- und Zinsen-Konto	„ 81 061 480.35		„ 46 415 734.65
Provisions-Konto . . .	„ 48 227 023.15		„ 22 647 872.50
Konto Dauernde Beteilig.	„ 2 364 310.45		„ 2 626 607.25

Den erhöhten Einnahmen stehen wesentlich gestiegene Steuern und Unkosten — M. 85 349 192.30 gegen M. 39 940 726.95 in 1918 — gegenüber. Die Aufwärtsbewegung der Unkosten erklärt sich vor allem aus den unseren Angestellten gewährten höheren Gehältern und Teurungzulagen, deren Steigerung im laufenden Jahre noch anhält, ferner aus dem Umstande, dass

die Tantiemen der Filialleiter von den Erträgnissen der Niederlassungen in Abzug gebracht und über Handlungs-Unkosten-Konto verbucht worden sind. Es verbleibt ein Reingewinn von M. 50 658 039.40 (gegen M. 34 202 879.20 in 1918), aus dem wir die Ausschüttung einer Dividende von 9%, gegen 7% im Vorjahr, beantragen.

Infolge der durch die Steuergesetzgebung und andere behördliche Massnahmen den Banken aufgebürdeten Arbeitslast und des zeitweise ausserordentlich lebhaften Geschäfts war dessen Erledigung und selbst die Bereitstellung der dazu nötigen Räumlichkeiten in Berlin und an verschiedenen Filialplätzen nur unter grössten Schwierigkeiten möglich. Namentlich das Effekten-Kommissionsgeschäft nahm in den letzten Monaten des Jahres einen grösseren Umfang an und steigerte sich im neuen Jahre im Zusammenhang mit der weiteren Entwertung unserer Valuta zu einer solchen Höhe, dass die Bewältigung der Arbeit, selbst nachdem einzelne Wochentage für den Börsenverkehr ausfielen, nur unter grössten Anstrengungen und Verzögerungen erfolgen konnte.

Seit unserem letzten Bericht sind neue Niederlassungen eröffnet worden u. a. in Ludwigshafen a. Rh., in Königsberg i. Pr. (unter Uebernahme der Firma Gebrüder Schlimm), in Konstanz und in Mainz (unter Uebernahme der Firma Lebrecht & Benfey). Die Liquidation unserer Filiale London hat weiter Fortschritte gemacht, ohne dass sich indessen bis jetzt der Zeitpunkt für die Beendigung derselben auch nur annähernd übersehen lässt. Durch die an verschiedenen Plätzen erforderlich gewordenen Neuerwerbungen von Bankgrundstücken und Erweiterungsbauten und durch die Rückzahlung von zwei fällig gewordenen Hypotheken erhöhte sich unser Immobilien-Konto auf M. 46 164 280.35. Unser gesamter Immobilbesitz bleibt mit vertragsmässig noch nicht ablösbaren Hypotheken im Betrage von M. 4 001 873.30 belastet. Mit Rücksicht auf das stärkere Anwachsen dieses Kontos schlagen wir eine Abschreibung in Höhe von M. 3 000 000.— vor.

Die Deutsch-Südamerikanische Bank hat, nachdem die bis jetzt fehlenden Zahlen ihrer überseeischen Niederlassungen eingetroffen sind, ihre rückständigen Bilanzen aufgestellt und verteilt für das Jahr 1919 eine Dividende von 8%.

Bezüglich der Deutschen Orientbank ist im Anschluss an das im vorjährigen Bericht Gesagte hervorzuheben, dass ihre Niederlassungen in Berlin und Hamburg eine befriedigende Tätigkeit entfalten, die Bank aber die Veröffentlichung von Bilanzen bisher noch nicht wieder aufnehmen konnte.

Die Bestrebungen, mit den Organisationen der Angestellten zu einem Reichstarif zu gelangen, sind bisher ergebnislos geblieben, weil der im März 1920 ergangene Schiedsspruch weder von den Banken noch von den Angestellten als geeignete Grundlage betrachtet wurde. Geleitet von dem Wunsche, eine durchgreifende Erhöhung der Einkommen trotzdem herbeizuführen, beschlossen die Banken eine Neuregelung, die in ihrer materiellen Auswirkung dem oben erwähnten Schiedsspruch annähernd entspricht. Diese Neuregelung sowie die inzwischen erfolgte Erhöhung der Teuerungszulagen bringt uns eine sehr beträchtliche Vermehrung der Handlungsunkosten im neuen Jahre.

Ueber einzelne Bilanzposten ist folgendes zur Erläuterung zu bemerken:

Wertpapiere und dauernde Beteiligungen.

Die eigenen Wertpapiere bestanden am 31. Dezember 1919 aus:

a) Anleihen und verzinslichen Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten . . . . (davon verzinsliche Schatzanweisungen M. 44 154 138.65)	M.	55 499 274.85
b) sonstigen bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbaren Wertpapieren	„	6 210 657.35
c) sonstigen börsengängigen Wertpapieren	„	54 420 313.40
d) sonstigen Wertpapieren	„	5 871 553.50
	M.	122 001 799.10

In dieser Summe befinden sich insgesamt M. 83 000 000.— festverzinsliche Werte.

Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken	M.	53 718 053.15

Konsortialbeteiligungs-Konto.

Der Gewinn aus Konsortial-Geschäften und derjenige des Effekten-Kontos ist nach Abzug von 4% Geldzinsen, welche dem Zinsen-Konto zugute gekommen sind, zu Abschreibungen verwandt worden.

Der Reichsanleihe-Aktiengesellschaft, die von der Reichsbank in Gemeinschaft mit der gesamten deutschen Bankwelt für die Regelung des Marktes der deutschen Reichsanleihen errichtet wurde, sind wir mit einer erheblichen Quote beigetreten.

Unser Konsortialbeteiligungs-Konto zeigt folgende Zusammensetzung:

1. Acht Beteiligung. an festverzinsl. Werten	ℳ	20 977 709,55
2. Dreizehn Beteiligungen an Eisenbahn- u. Strassenbahn-Unternehmungen . . .	„	5 600 074,75
3. Zwölf Beteiligungen an Bankaktien . .	„	5 592 703,60
4. Drei Beteiligungen an Vers.-Gesellschaft.	„	326 573,85
5. Dreiundzwanzig Beteiligungen an Terrains und Terrain-Gesellschaften	„	5 956 991,55
6. Vier Beteiligungen an überseeischen Unternehmungen	„	452 165,—
7. Acht Beteiligungen an elektrischen und Kabel-Unternehmungen	„	2 411 326,25
8. Sieben Beteiligungen an Bergwerks- und Hütten-Unternehmungen	„	6 653 003,55
9. Sechsundzwanzig Beteiligungen an anderweitigen Unternehmungen	„	5 376 809,80
	ℳ	53 347 357,90

Avale.

Die erhebliche Steigerung dieses Kontos ist ausschliesslich eine Folge der innerhalb des Berichtsjahres eingetretenen Entwertung der Mark. Ein nennenswerter Teil der von uns verbürgten Verpflichtungen des Reiches und der Reichsbank sowie unserer Kundschaft ist inzwischen im neuen Jahre erledigt worden.

Pensions-Fonds-Konto.

Das Guthaben des im Jahre 1879 begründeten Pensionsfonds betrug am 31. Dezember 1918	ℳ	7 000 000,—
hierzu kamen Zinsen im Jahre 1919 . . .	„	369 849,60
Rückvergütungen d. Beamtenversich.-Vereins	„	26 785,75
	ℳ	7 396 634,75
hiervon ab gewährte Pensionen	„	555 175,15
	ℳ	6 841 459,60
Durch die von uns beantragte Zuweisung von	„	3 158 540,40
wird er die Höhe von . . . . erreichen.	ℳ	10 000 000,—

Die von uns an den Beamtenversicherungsverein des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes im Jahre 1919 gezahlten Prämien beliefen sich auf ℳ 1 392 363,85.

In Uebereinstimmung mit dem Aufsichtsrate beantragen wir, den als Ueberschuss der Aktiva über die Passiva sich ergebenden Reingewinn von			ℳ	50 658 039,40
wie folgt zu verwenden:				
Abschreibung auf Bankgebäude	ℳ	3 000 000,—		
Abschreibung a. Mobil.-Konto	„	2 218 501,90		
Zuweis. z. Pensionsfonds	„	3 158 540,40		
Rückstellung für die Talonsteuer . . .	„	500 000,—		
4% Dividende auf ℳ 260 000 000,— . . .	„	10 400 000,—		19 277 042,30
			ℳ	31 380 997,10
Satzungsgem. Gewinnanteil a. d. Aufsichtsrat	ℳ	1 900 717,—		
Vertragsmäss. Gewinnanteile a. d. Direktoren und stellv. Direktoren	„	3 742 172,—		
Gratifikationen an die Beamten	„	9 000 000,—		
5% weitere Dividende a. ℳ 260 000 000,—	„	13 000 000,—		
Vortrag	„	3 738 108,10	ℳ	31 380 997,10

Berlin, im Juni 1920.

Der Vorstand.

E. Gutmann. Nathan. Jüdell. Herbert M. Gutmann. Hrdina. Kleemann. Ritscher. Frisch.

Disconto-Gesellschaft Berlin.

Ordentliche Generalversammlung.

Die Kommanditisten unserer Gesellschaft werden hierdurch auf

Montag, den 5. Juli 1920, nachm. 4 Uhr,

zu der diesjährigen **ordentlichen Generalversammlung** nach unserem hiesigen Geschäftshause, Behrenstraße 42 II, eingeladen.

Verhandlungsgegenstände:

1. Vorlage der Bilanz und Gewinn- und Verlust-Rechnung sowie der Berichte der Geschäftsinhaber und des Aufsichtsrats für das Jahr 1919. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz, die Gewinnverteilung und über die der Verwaltung zu erteilende Entlastung.
2. Aenderung des Art. 1 der Satzung (Ausscheiden des Herrn Dr. Hermann Fischer aus der Zahl der Geschäftsinhaber); des Art. 22 Abs. 2 (Wohnsitz des Vorsitzenden des Aufsichtsrats und seiner Stellvertreter); des Art. 29 (Uebernahme der Tantiemesteuer auf die Gesellschaft); und des Art. 35 (Ermächtigung des Aufsichtsrats zu Satzungsänderungen, die lediglich die Fassung betreffen). 3. Aufsichtsratswahlen.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung ist jeder Kommanditist, zur Stimmenabgabe bei den zu fassenden Beschlüssen sind nur diejenigen Kommanditisten berechtigt, deren Anteile mindestens acht Tage vor Berufung der Generalversammlung im Aktienbuche der Gesellschaft auf ihren Namen eingetragen sind, und welche ihre Anteile — oder Depotscheine der Reichsbank oder der Bank des Berliner Kassen-Vereins — spätestens einen Tag vor der Generalversammlung entweder bei ihrem Notar oder

in **Berlin** in **unserer Effekten-Abteilung**, W., Behrenstraße 43/44,
„ **Aachen** bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G., Filiale Aachen,**
„ **Augsburg** bei der **Bayerischen Disconto- und Wechsel-Bank A.-G.,**
„ **Barmen** bei dem **Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp.,**
„ **Bielefeld** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Bielefeld,**
„ **Bonn** bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G., Filiale Bonn,**
„ **Braunschweig** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Braunschweig,**
„ **Bremen** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Bremen,**
„ **Breslau** bei dem Bankhause **E. Heimann,**
bei dem Bankhause **G. v. Pachaly's Enkel,**
„ **Coblenz** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft. Filiale Coblenz,**
„ **Cöln** bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein**
bei dem Bankhause **A. Levy,**
bei dem Bankhause **Sal. Oppenheim jr. & Cie.,**
„ **Crefeld** bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G., Filiale Crefeld,**
„ **Danzig** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Danzig,**
„ **Dessau** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Dessau,**
„ **Dresden** bei der **Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, Abteilung Dresden,**
bei dem Bankhause **Philipp Elimeyer,**
„ **Düsseldorf** bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein Düsseldorf A.-G.,**
„ **Essen** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Essen,**
„ **Frankfurt a. M.,** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Frankfurt a. M.,**
bei der **Deutschen Effecten- und Wechsel-Bank,**
„ **Hamburg** bei der **Norddeutschen Bank in Hamburg,**
bei der **Vereinsbank in Hamburg,**
in **Hannover** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Hannover,**
„ **Hildesheim** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Hildesheim,**
„ **Karlsruhe i. B.** bei der **Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G.,**
bei dem Bankhause **Veit L. Homburger.**
bei dem Bankhause **Straus & Co.,**
„ **Königsberg i. Pr.** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Königsberg i. Pr.,**
„ **Leipzig** bei der **Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt** und bei **deren Abteilung Becker & Co.,**
„ **Lübeck** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Lübeck,**
„ **Magdeburg** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Magdeburg,**
bei dem Bankhause **F. A. Neubauer,**
„ **Mainz** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft. Filiale Mainz,**
„ **Mannheim** bei der **Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G.,**
„ **Meiningen** bei der **Bank für Thüringen vormals B. M. Strupp A.-G.,**
„ **Mülheim (Ruhr)** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Mülheim (Ruhr).**
„ **München** bei der **Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank,**
bei der **Bayerischen Vereinsbank,**
„ **Münster i. W.** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Münster i. W.**
„ **Nürnberg** bei der **Bayerischen Disconto- u. Wechsel-Bank A.-G.,**
bei dem Bankhause **Anton Kohn,**
„ **Posen** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft. Filiale Posen,**
„ **Saarbrücken** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Saarbrücken,**
„ **Stettin** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft. Filiale Stettin,**
„ **Stuttgart** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Stuttgart,**
„ **Trier** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft. Filiale Trier,**
und bei **unseren Niederlassungen** in **Andernach, Aschersleben, Bad Oeynhausen, Bochum, Burg b. M., Cannstatt, Cöpenick, Cöthen i. A., Cüstrin, Detmold, Eßlingen a. N., Feuerbach, Frankfurt a. Oder, Freudenstadt, Friedrichshafen, Geislingen-Steig, Gießen, Gronau i. W., Halberstadt, Hattingen, Herford, Homburg v. d. H., Kirchheim u. Teck, Lemgo, Ludwigsburg, Minden i. W., Mühlhausen i. Th., Naumburg a. S., Nordhausen, Offenbach a. M., Peine, Potsdam, Ravensburg, Reutlingen, Rheine i. W., Sagan, Salzwedel, Schwäb. Gmünd, Schwäb. Hall, Schwenningen a. N., Sorau N.-L., Stendal, Tilsit, Tübingen, Tuttlingen, Ulm a. D., Vaihingen a. d. F., Wiesbaden, Wildbad, Zuffenhausen,**
bei den **übrigen Niederlassungen** des **A. Schaaffhausen'schen Bankvereins A.-G.** in **Benrath, Berg. Gladbach, Beuel, Brühl, Cleve, Cöln-Mülheim, Dinslaken, Duisburg, D.-Meiderich, D.-Ruhrort, Dülken, Düren, Emmerich, Eschweiler, Euskirchen, Geldern, Godesberg, Grevenbroich, Hamborn, Kaldenkirchen, Moers, Neuß, Neuwied, Odenkirchen, Rheydt, Siegen, Viersen, Wesel,**
und der **Norddeutschen Bank** in **Altona** und **Harburg a. E.**

gegen Bescheinigung bis zur Beendigung der Generalversammlung hinterlegen.

Berlin, den 16. Juni 1920.

Direction der Disconto-Gesellschaft.

Die Geschäftsinhaber:

Dr. **Salomonsohn.** Dr. **Russell.** **Urbig.**
Dr. **Solmssen.** **Waller.** Dr. **Mosler.** **Schlieper.**

Die Einlösung der am 1. Juli 1920 fällig werdenden Zinsscheine der preussischen Staatsschuld, der Reichsschuld und der Schutzgebietsschuld beginnt bei den amtlichen Einlösestellen **am 21. Juni 1920.** Bei der Einlösung der Zinsscheine werden 10 v. H. Kapitalertragsteuer in Abzug gebracht. Die Einlösung der Zinsscheine erfolgt unter Beobachtung der Vorschriften der Verordnung über Massnahmen gegen die Kapitalflucht vom 24. Oktober 1919 (R. G. Bl. S. 1920). Nichtbankiers haben bei der Einlösung der Zinsscheine ein vom zuständigen Finanzamt bestätigtes Verzeichnis ihres Besitzes an Wertpapieren vorzulegen.

Die am 1. Juli 1920 fälligen **Zinsen der in das Preussische Staatsschuldbuch und in das Reichsschuldbuch** eingetragenen Forderungen werden, ebenfalls unter Abzug von 10 v. H. Kapitalertragsteuer, durch die Post, durch Gutschrift auf Reichsbankgirokonto, bei der Staatsschuldentilgungskasse und bei der Reichsbankhauptkasse vom 18. März d. Js., bei den Zahlstellen ausserhalb Berlins vom 21. Juni 1920 ab gezahlt.

Berlin, den 5. Juni 1920.

Hauptverwaltung der Staatsschulden und Reichsschuldenverwaltung. [2133

Bank für Handel und Industrie.

67. ordentliche Generalversammlung.

Wir beehren uns, unsere Aktionäre nach §§ 24—27 der Satzung zu der

am Freitag, den 16. Juli d. J.,
nachmittags 3½ Uhr

in unserem Geschäftslokale zu **Darmstadt** stattfindenden siebenundsechzigsten ordentlichen Generalversammlung mit folgender Tagesordnung einzuladen:

1. Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates über das Geschäftsjahr 1919.
2. Genehmigung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Gewinnverteilung.
3. Erteilung der Entlastung an die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrats.
4. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
5. Beschlussfassung über die Genehmigung der Erhöhung des Grundkapitals von ℳ 160 000 000 auf ℳ 220 000 000 durch Ausgabe von 60 000 auf den Inhaber lautenden Aktien über je ℳ 1000 mit Dividendenberechtigung ab 1. Juli 1920 unter Ausschluss des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre Beschlussfassung über die Bedingungen für die Ausgabe der jungen Aktien.
6. Abänderung der Satzung der Gesellschaft durch
   a) Aenderung der Fassung der §§ 3, 4, 7, 9, 10, 16 17, 18, 19, 22, 25, 26, 31.
   b) Verschmelzung der §§ 1 und 2 Satz 1 und 2 Halbsatz 1; 5 und 6 Abs. 3; 16 und 17; 24 und 25, sowie der verschiedenen Absätze des § 31 und Eingliederung des § 20 Abs. 3 in den vierten Abschnitt der Satzungen.
   c) Streichung der §§ 2 Satz 2 Halbsatz 2 und 3; 3 Abs. 2 Halbsatz 2; 6 Abs. 1 und 2; 7 Absatz 1, 2 Halbsatz 2 und Absatz 4; 8; 10 Abs 2—5; 14; 15; 16 Abs. 1 und Satz 1 und Abs. 2 und 3; 17 Satz 1 und 3; 18 Satz 3—6; 20 Abs. 2; 21 Abs. 4, mit Ausnahme von Satz 1, Halbsatz 1; 24 Abs. 1, 3 und 4; 29 Abs. 2 Satz 2; der Worte „in Darmstadt“ in § 30 Abs. 1; 31 Abs. 3 Satz und 3.
   d) Abänderung von
      § 5 durch Einfügung gesetzlicher Vorschriften und Festsetzung der Einzahlungstermine bei Erhöhung des Grundkapitals;
      § 7 durch Neuregelung der Dauer der den Aktien beizugebenden Gewinnanteilscheine;
      § 9 durch Hinzufügung einer Bestimmung über die Gewinnanteilscheine der für kraftlos erklärten Aktien;
      § 13 durch Ausbau des Vollmachtswesens und der Bestimmungen über die Vertretung der Gesellschaft;
      § 16 und 17 durch Einführung des vierjährigen Turnus bei Erneuerung des Aufsichtsrats;
      § 19 durch Neuregelung der sofortigen Einberufung einer Sitzung des Aufsichtsrats;
      § 23 durch anderweitige Bestimmung über die feste Vergütung und den Gewinnanteil der Aufsichtsratmitglieder sowie durch Hinzufügung einer Bestimmung über die Tantiemesteuer;
      § 24 durch Neuregelung der Teilnahme und Abstimmung in der Generalversammlung;
      § 25 durch Neuregelung der Vertretung von abwesenden Aktionären in der Generalversammlung und der diesbezüglichen Vollmachten;
      § 30 durch Ergänzung der Vorschriften über Einberufung einer ausserordentlichen Generalversammlung;
      § 31 durch Verlängerung der Frist zur Vorlage der Bilanz;
      § 32 durch anderweitige Bestimmungen über Verwendung des Reingewinnes;
      § 36 durch Zusatzbestimmung betr. die Wahl d. Liquidatoren.
7. Genehmigung der in Gemässheit des Punkt 6 der Tagesordnung abgeänderten Satzung durch die Generalversammlung.

Die Hinterlegung der Aktien bezw. des ordnungsmässigen Hinterlegungsscheines eines deutschen Notars, der Reichsbank oder der Bank des Berliner Kassen-Vereins in Gemässheit des § 24 der Satzung hat spätestens am **12. Juli d. J.** während der üblichen Geschäftsstunden zu erfolgen und zwar entweder bei den Niederlassungen unseres Instituts in **Berlin, Darmstadt, Aachen, Alsfeld, Amberg Aschaffenburg, Augsburg, Bad Nauheim, Bamberg, Bensheim, Beuthen O.-S., Biebrich a. Rh., Bielefeld, Bingen a. Rh., Bonn, Braunschweig, Breslau, Butzbach, Chemnitz, Cottbus, Crossen (Od.), Cuxhaven, Dortmund, Dresden, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld, Forst N.-L., Frankfurt a. M., Frankfurt a. O., Freiburg i. B., Friedberg (Hessen), Fulda, Fürth (Bayern), Gera, Giessen, Glatz, Gleiwitz, Göppingen, Görlitz, Greifswald, Greiz, Guben, Halle a. S., Hamburg, Hannover, Heilbronn a. N., Herborn, Hindenburg O.-S., Hirschberg (Schl.), Jauer, Kattowitz, Kehl, Köln, Kreuzburg O.-Schl., Kreuznach, Landau (Pfalz), Lauban (Schl.), Leipzig, Leobschütz, Limburg (Lahn), Ludwigshafen a. Rh., Mainz, Mannheim, Michelstadt i. O., München, Myslowitz, Neustadt (Haardt), Neustadt (O.-S.), Nürnberg, Offenbach a. M., Oppeln, Pasewalk, Passau, Pforzheim, Pirmasens, Prenzlau, Quedlinburg, Ratibor, Rybnik, Sangerhausen, Schweinfurt, Senftenberg, Sorau (N.-L.), Spremberg, Stargard i. P., Stettin, Stuttgart, Trier, Wald (Rhld.), Weilburg, Wetzlar, Wiesbaden, Worms, Würzburg, Zeitz, Züllichau,** oder in: **Bremen** bei der **Deutschen Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien; Coblenz** bei Herrn **Leopold Seligmann; Dortmund** bei der **Deutschen Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien; Dresden** bei den Herren **Albert Kuntze & Co.; Essen a. d. Ruhr** bei Herrn **Simon Hirschland; Frankfurt a. M.** bei den Herren **Otto Hirsch & Co.; Glogau** bei Herrn **H. M. Fliesbach's Wwe.; Grünberg i. Schl.** bei Herrn **H. M. Fliesbach's Wwe.; Königsberg i. Pr.** bei der **Ostbank für Handel und Gewerbe; München** bei den Herren **Merck, Finck & Co.**

Berlin und **Darmstadt,** den 21. Juni 1920.

Bank für Handel u. Industrie.

v. Simson. Andreae.

Bilanz der Mitteldeutschen Creditbank per 31. Dezember 1919.

Aktiva.		M.	Pf
Nicht eingezahltes Aktienkapital		—	—
Kasse, fremde Geldsorten, Kupons u. Guth. bei Noten- u. Abrechnungs- (Clearing-) Banken		105 967 006	38
Wechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen		507 399 702	02
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen		92 157 037	31
Reports u. Lombards geg. börsengäng. Wertpap.		28 587 321	17
Vorschüsse auf Waren u. Warenverschiffungen		1 258 440	25
Eigene Wertpapiere		12 148 856	—
Konsortial-Beteiligungen		11 862 580	97
Dauernde Beteil. bei and. Banken u. Bankfirmen		1 935 500	—
Debitoren in laufender Rechnung			
a) gedeckte	M. 222 953 708.92		
davon durch börsengängig. Wertpap. gedeckt M. 149 217 235.70			
b) ungedeckte	„ 125 817 497.17	348 771 206	09
außerdem Aval- und Bürgschaftsdebitoren M. 82 602 873.62			
Uebergangsposten uns. Niederl. untereinander		736 516	11
Bankgebäude	M. 9 792 000.—		
abzüglich Hypotheken	„ 292 000.—	9 500 000	—
Sonstige Immobilien	M. 1 652 684.56		
abzüglich Hypotheken	„ 255 000.—	1 397 684	56
Mobiliar		1	—
		1121 721 851	86

Passiva.		M.	Pf
Aktienkapital		60 000 000	—
Reserven		9 250 000	—
Kreditoren		1019 100 409	72
Akzepte und Schecks		27 504 928	39
außerdem Aval- u. Bürgschaftsverpflichtungen	M. 82 602 873.62		
Unerhobene Dividenden		93 907	50
Reingewinn des Jahres 1919	M. 5 648 466.62		
Vortrag aus dem Jahre 1918	„ 124 139.63	5 772 606	25
		1121 721 851	86

Gewinn- und Verlust-Rechnung per 31. Dezember 1919.

	M.	Pf
Unkosten		
a) Gehälter, Teuerungszulagen, Gratifikationen, Tantiemen und sonstige Geschäftsunkosten	16 606 647	30
b) Steuern	2 161 848	41
Beiträge zum Beamtenversicherungsverein des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes und zur Pensionskasse der Bank	211 650	74
Abschreibungen auf Bankgebäude	155 728	22
„ auf Mobiliar	131 369	35
Reingewinn Verteilung:		
8 pCt. Dividende auf M. 60 000 000.—	4 800 000	—
Tantieme des Aufsichtsrats	324 324	32
Ueberweisung an die Wohlfahrtskonten	500 000	—
Vortrag auf neue Rechnung	148 281	93
	25 039 850	27

	M.	Pf
Gewinn-Vortrag aus 1918	124 139	63
Gewinn aus Zinsen sowie aus deutschen und fremden Wechseln	16 178 315	78
Gewinn aus Provisionen	8 019 301	08
Gewinn aus dauernden Beteiligungen bei Banken und Bankfirmen	339 928	52
Verschiedene Gewinne und Mieteinnahmen	378 165	26
	25 039 850	27

In der heute abgehaltenen 65. ordentl. Generalversammlung unserer Aktionäre wurde die Dividende für das Geschäftsjahr 1919 auf 8% festgesetzt.

Der Dividendenschein für **1919** kommt
mit **M. 24.—** für jede Aktie zu **M. 300,—**
mit **M. 96.—** für jede Aktie zu **M. 1200,—**
zur Auszahlung. Die Einlösung der Dividendenscheine erfolgt von heute ab:

in **Frankfurt a. M., Berlin, Augsburg, Baden-Baden, Essen, Fürth, Giessen, Göttingen, Hanau, Hannover, Hildesheim, Karlsruhe, Köln, Königsberg i. Pr., Magdeburg, Mainz, Memmingen, München, Nürnberg** und **Wiesbaden** bei unseren Niederlassungen, sowie bei unseren Depositenkassen und Wechselstuben in **Alsfeld i. H., Biebrich a. Rh., Büdingen, Butzbach i. H., Friedberg i. H., Höchst a. M., Lauterbach i. H., Limburg a. d. L., Marburg a. d. L., Neu-Isenburg i. H., Nienburg a. W., Offenbach a. M., Schotten i. H., Uelzen** (Prov. Hannover) und **Wetzlar** an unseren Kassen vormittags zwischen 9 und 11 Uhr, in **Coblenz** und **Köln** bei der Firma **Leopold Seligmann**, in **Hamburg** bei der Firma **M. M. Warburg & Co.**, in **Leipzig** bei der **Allgemeinen Deutschen Creditanstalt (Abteilung Becker & Co.)**, in **Meiningen** und **Gotha** bei der **Bank für Thüringen vormals B. M. Strupp Aktiengesellschaft**, in **München** bei den Firmen **H. Aufhäuser** und **Moritz Schulmann**, in **Stuttgart** bei der Firma **Doertenbach & Cie. G. m. b. H.**, in **Tübingen, Hechingen** und **Sigmaringen** bei der **Bankcommandite Siegmund Weil.**

Die Dividendenscheine sind auf der Rückseite mit dem Firmenstempel oder dem Namen des Einreichenden zu versehen.

Frankfurt a. M., den 20. Juni 1920. [2134]

Der Vorstand der Mitteldeutschen Creditbank.
Dr. Katzenellenbogen. Mommsen. Reinhart. Wolfensperger.

4% Anleihe der Firma Fried. Krupp, Gußstahlfabrik, Essen/Ruhr, vom Jahre 1893.

Die am **1. Juli 1920** fälligen Zinsscheine und Schuldverschreibungen dieser Anleihe werden vom Verfalltag ab eingelöst:

in **Essen** bei der **Hauptkasse von Fried. Krupp Aktiengesellschaft,**
„ „ bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Essen,**
„ **Berlin** bei der **Preußischen Staatsbank (Seehandlung),**
„ „ bei der **Berliner Handels-Gesellschaft,**
„ „ bei der **Dresdner Bank,**
„ „ bei der **Deutschen Bank,**
„ „ bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft,**
„ „ bei dem Bankhause **S. Bleichröder,**
„ „ bei der **Bank für Handel und Industrie,**
„ „ bei dem Bankhause **Delbrück Schickler & Co.,**
„ **Dresden** bei der **Dresdner Bank,**
„ **Elberfeld** bei der **Bergisch-Märkischen Bank, Filiale der Deutschen Bank,**
„ **Frankfurt a. M.** bei der **Deutschen Bank, Filiale Frankfurt,**
„ „ bei der **Deutschen Vereinsbank,**
„ „ bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft,**
„ „ bei der **Dresdner Bank in Frankfurt a. M.,**
„ **Hamburg** bei der **Deutschen Bank, Filiale Hamburg,**
„ „ bei der **Dresdner Bank in Hamburg,**
„ **Köln** bei dem **A. Schaaffhausenschen Bankverein A.-G.,**
„ „ bei dem Bankhause **Deichmann & Co.,**
„ „ bei der **Dresdner Bank in Köln,**
„ „ bei dem Bankhause **Sal. Oppenheim jr. & Co.,**
in **Leipzig** bei der **Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt,**
„ „ bei der **Dresdner Bank in Leipzig,**
„ **Magdeburg** bei dem Bankhause **F. A. Neubauer.**

4% Anleihe der Fried. Krupp Aktiengesellschaft, Essen/Ruhr, vom Jahre 1908.

Die am **1. Juli 1920** fälligen Zinsscheine und Schuldverschreibungen dieser Anleihe werden vom Verfalltag ab bie den auf den Zinsscheinen angegebenen Zahlstellen eingelöst. [2132

Verantwortlich für die Rubrik „Aus der Geschäftswelt“ und für den Inseratenteil Röse Louis, Neukölln
Druck von Pass & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstrasse 66.